

Julia Satovich

Kreiskys 'Marshallplan' und der Nord-Süd-Gipfel in der Arbeiterzeitung

Mediale Darstellung entwicklungspolitischer Themen

Forschungsseminar Archive des Helfens? Das Mittelalter der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr 2014

Wien 2016, letzte Bearbeitung W. Schicho 2019

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Quelle - Die Arbeiterzeitung (AZ)	3
	2.1. Was ist die Arbeiterzeitung?	4
	2.2. Arbeiten mit der Arbeiterzeitung (Online-Archiv)	5
3.	Hintergrund	7
	3.1. Bruno Kreisky	7
	3.2. Marshallplan für die Dritte Welt	8
	3.3. Nord-Süd-Gipfel in Cancún	8
4.	Forschungsinteresse – Forschungsfrage	9
5.	Methodische Herangehensweise	10
6.	Ergebnisse	12
	6.1. Platzierung und Aufmachung der Artikel	13
	6.2. Verfasser, inhaltliche Darstellung und die Rolle Kreiskys	16
	6.3. Bilder	21
7.	Conclusio	24
8.	Literatur & Quellen	25
9.	Anhang	27

1. Einleitung:

Im Zuge der Seminar-Reihe „Archive des Helfens?“ untersuchten Studierende unterschiedliche „Epochen“ der österreichischen Entwicklungspolitik. Das Seminar „Archive des Helfens? – Das Mittelalter der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit“ beschäftigte sich dabei mit den 1970er und 1980er Jahren. Die Entwicklungshilfe der 1970er Jahren war geprägt durch das Konzept und Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung und der entwicklungspolitische Diskurs nahm sich neuer Themen an, wie Grenzen des Wachstums oder Gender. Die 1980er Jahre werden hingegen oft als „verlorenes Jahrzehnt“ in der Entwicklungspolitik bezeichnet.

In diesen beiden Jahrzehnten ist die vorliegende Arbeit verortet. Ziel des Seminars war der Umgang und das Arbeiten mit Primärquellen; ich werde mich mit einer solchen Quelle genauer befassen und versuchen, aus den darin enthaltenen Informationen Rückschlüsse auf die mediale Darstellung von Entwicklungspolitik zu ziehen.

Die vorliegende Arbeit befasst sich konkret mit der Arbeiterzeitung und der Darstellung von entwicklungspolitisch bedeutenden Themen in der erwähnten Zeitspanne. Mein Fokus liegt dabei auf der Berichterstattung über den 'Marshallplan für die Dritte Welt' (teilweise auch als 'Marshallplan Kreiskys' (siehe Anhang 14) bezeichnet) sowie über den Nord-Süd-Gipfel in Cancún, der 1981 stattfand.

Zu Beginn stelle ich die Arbeiterzeitung, also die von mir herangezogene Quelle, näher vor. Daran schließt eine kurze Darstellung der oben genannten Hauptthemen, sowie einige biographische Angaben zu Bruno Kreisky, dem zentralen Akteur im Diskurs um die beiden Themen. Zudem werde ich kurz mein Forschungsinteresse darlegen, woraus sich auch meine Forschungsfrage ergibt. Nach der Darlegung meiner methodischen Herangehensweise präsentiere ich die gewonnenen Erkenntnisse und fasse sie in einer Conclusio zusammen.

2. Quelle - Die Arbeiterzeitung (AZ)

Wie bereits erwähnt, ist die Arbeit bzw. der Umgang mit Primärquellen das Ziel der Lehrveranstaltung. Bei Primärquellen handelt es sich um Quellen, welche direkt dokumentierte Informationen beinhalten. Im Gegenzug dazu haben sich bei Sekundärquellen schon andere Wissenschaftler mit einem bestimmten Themengebiet

auseinander gesetzt und diesen dann in in einem eigenen Text (etwa einer wissenschaftlichen Arbeit) aufbereitet.

Bei der von mir gewählten Primärquelle handelt es sich um die Arbeiterzeitung (AZ). Das bedeutet für mich, dass ich mich mit in der Zeitung erschienen Artikel, welche sich mit meinem Forschungsinteresse beschäftigen, auseinandersetzen werde.

Auch Sekundärquellen werden für diese Arbeit herangezogen. Dies vor allem für das notwendige Hintergrundwissen und die Forschungsmethode.

2.1. Was ist die Arbeiterzeitung?

Die Arbeiterzeitung erschien (mit einer längeren Unterbrechung) beinahe durchgängig von 1889 bis 1991. In den ersten Jahren wurde sie 14-tägig, danach bis zu ihrer Einstellung als Tageszeitung (sechs Mal die Woche) heraus gebracht.

Gegründet wurde die Arbeiterzeitung von Viktor Adler. Sie hatte als sozialistisches Zentralorgan Verbreitung in ganz Europa. Von Beginn an war das Ziel der Arbeiterzeitung, der Arbeiterklasse theoretisches Rüstzeug für den politischen Kampf mitzugeben, und so verstand sie sich auch als offizielles „Kampforgan“ der Sozialdemokratie (Dolp 2010: 38). Die austro-faschistische Regierung unter Dollfuß erschwerte das Erscheinen und 1934 wurde die Arbeiterzeitung in die Illegalität verdrängt (Dolp 2010: 41). Bis zum März 1938 wurde wöchentlich eine Ausgabe gedruckt und nach Österreich geschmuggelt. Das Nazi-Regime verbot das Erscheinen und so erschien im März 1938 die vorläufig letzte Ausgabe der Arbeiterzeitung.¹ Im August 1945 war die Arbeiterzeitung nach ihrem erzwungenen Schweigen wieder legal erhältlich und blieb, ein gutes Jahrzehnt nach ihrem Verbot, für zahlreiche Österreicher ein wichtiges Symbol für die wieder erlangte Freiheit. Sie war in den folgenden Jahrzehnten nicht nur Chronist des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus – sie wurde „*die Zeitung, die sich was traut*“ (Pelinka/Scheuch 1989: 109 ff).

Der Fokus der Berichterstattung der Arbeiterzeitung lag in der Politik- und Kulturberichterstattung, hier vor allem bei chronikalen und lokalen Reportagen. Auch ein Sportressort ist gegen Ende jeder Ausgabe zu finden. Bis zur Einstellung der Zeitung am 31.10.1991 berichtete die Arbeiterzeitung aber nicht nur über lokale österreichische

¹ „Nach dem Verbot der „Wiener“ Arbeiter-Zeitung (1934) erschien eine wöchentliche Ausgabe in Brünn und eine vierzehntägige Ausgabe in Paris. Die „Brünner“ Arbeiter-Zeitung wurde vermutlich am 3. Februar 1937 eingestellt, die „Pariser“ Arbeiter-Zeitung am 15. März 1938.“ (AustriaN Newspapers Online - http://anno.onb.ac.at/info/aze_info.htm, 19.10.2017)

politische Geschehnisse, sondern behandelte auch international bedeutsame Themen.

Während ihres langjährigen Bestehens durchlief die Arbeiterzeitung einige Wandlungen, Umgestaltungen und Neuerungen. Im Zuge einer derartigen Umgestaltung im Jahre 1962 äußerte der damalige Herausgeber der Zeitung, Oscar Pollak, dass die *„Zeitungen nicht mehr geschrieben, sondern 'gemacht', 'aufgemacht', mit Bildern aufgeputzt und 'herausgebracht' würden.“* Er kritisierte, dass eine Zeitung das Publikum *„anziehen, anreizen, anschreien“* müsse, *„was drin steht – das zählt erst in zweiter Linie“* (Pelinka/Scheuch 1989: 150). Es blieb also auch die Arbeiterzeitung nicht vom allgemeinen Wandel in der medialen Welt verschont.

Was sich während all der Jahre nicht änderte, war die Funktion der Arbeiterzeitung als Zentralorgan der sozialistischen Partei². Dies wurde auch im Redaktionsstatut von 1972 – die Arbeiterzeitung war die erste Tageszeitung mit Statut – festgehalten. Konkret bedeutete dies, dass *„das Programm der SPÖ Grundlage der Arbeit der AZ-Redakteure zu sein hat und Entscheidungen über die Haltung der AZ dem Bundespartei Vorstand obliegen“* (Pelinka/Scheuch 1989: 186). Die Berichterstattung der Arbeiterzeitung muss daher – meines Erachtens – auch immer vor diesem Hintergrund gesehen werden. Anders als bei „unabhängigen“ Tageszeitung ergibt sich aus dem Umstand, dass es sich bei der Arbeiterzeitung um das Zentralorgan einer Partei handelte, natürlich eine dementsprechend (parteilastige) Berichterstattung, worunter aber die Qualität der Berichterstattung (meist) nicht litt.

2.2. Arbeiten mit der Arbeiterzeitung – das Online-Archiv

Heute können die Ausgaben der Arbeiterzeitung ab 1945 über das Online-Archiv auf www.arbeiter-zeitung.at eingesehen werden. Sämtliche Ausgaben der Arbeiterzeitung von 1945 bis 1989 wurden eingescannt und online gestellt, es sind damit über 200.000 einzelne Tageszeitungsseiten, unabhängig von Tageszeit und örtlichen Aufenthalt, abrufbar. Die früheren Ausgaben sind leider in diesem Online-Archiv nicht enthalten³.

² Die Arbeiterzeitung erlebte den ideologischen Schwenk zur Mitte nicht mehr, der aus der SPÖ (wieder) eine „Sozialdemokratische“ Partei machte. „Auch die drastischen Veränderungen in der Weltpolitik um das Jahr 1989 (Fall der Berliner Mauer) hatten Folgen für das Selbstverständnis der SPÖ. Im Jahr 1991 erfolgte ihre Umbenennung in ‚Sozialdemokratische Partei Österreichs‘, womit sie wieder zu ihrem traditionellen Namen zurückkehrte.“ (<https://rotbewegt.at/#/epoche/1986-1997>, 4.5.2016)

³ Da die Ausgaben vor 1945 (bzw. vor 1938) nicht relevant für mein Forschungsvorhaben waren, habe ich mich auch nicht weiter mit der Frage der Möglichkeit einer Nutzung dieser Ausgaben beschäftigt. Die Jahrgänge 1889 bis 1937 können mit Hilfe der Datenbank ANNO („der virtuelle Zeitungslesesaal der Österreichischen Nationalbibliothek“) eingesehen werden. (<http://anno.onb.ac.at/cgi->

Das Archiv ist ohne Gebühren und Nutzungseinschränkungen zugänglich. Somit kann jede/r Interessierte ohne Hürden und großen Aufwand dieses Archiv nutzen. Eine spezielle Anmeldung auf der Seite für die Durchsicht der einzelnen Zeitungen ist nicht erforderlich. Es besteht allerdings auch die Möglichkeit sich im Online-Archiv anzumelden. Dazu sind lediglich die Bekanntgabe des Namens, der Mail-Adresse sowie des Grundes, zu welchem Zweck die Zeitung genutzt werden soll, notwendig. Nach erfolgter Anmeldung können einzelne Seiten von Ausgaben für eine spätere Nutzung bzw. für ein späteres leichteres Wiederauffinden gespeichert werden. So ist es möglich ein eigenes 'Archiv' zu erstellen.

Das Online-Archiv zeigt die Zeitungsseiten als Abbilder der gedruckten Seiten. Anders als die meisten Archive im Internet wird nicht nur der Text, sondern das gesamte Erscheinungsbild – vom Layout über die Schrift bis zu den Bildern – den Originalen entsprechend wiedergegeben. Jede Seite wurde dazu digitalisiert und nachbearbeitet. Dabei kann die Zeitung im HTML und im FLASH Format aufgerufen werden. Jede einzelne seit 1945 erschienene Ausgabe der Arbeiterzeitung ist auf diese Weise aufrufbar.

Ein Arbeiten mit diesem Online-Archiv ist allerdings ohne entsprechende weitere Primärquellen bzw. Sekundärquellen beinahe unmöglich, da es sich um ein Archiv ohne Index handelt und eine Suche nach Stichworten oder Themenbereichen somit nicht möglich ist.

Aus diesem Grund habe ich anhand von weiteren Primärquellen (aufgrund meines Forschungsinteresses handelte es sich hierbei zum größten Teil um Reden von Bruno Kreisky) und Sekundärquellen Daten relevanten Ereignissen gesucht und anhand dieser Daten die einzelnen Ausgaben durchforstet. Meiner Erfahrung nach empfiehlt es sich hier, einige Tage vor und nach dem relevanten Ereignis ebenfalls miteinzubeziehen, da so die Chance auf Treffer höher ist. Auch bei der Suche in der Arbeiterzeitung ist zu beachten, dass es sich hierbei um eine von einer österreichischen Großpartei herausgegebene und geprägte Zeitung handelt. Dementsprechend sind politische Ereignisse oder Ereignisse im Zusammenhang mit parteinahen bzw. parteizugehörigen Personen des öffentlichen Lebens leichter, da an populärerer Stelle positioniert, aufzufinden.

3. Hintergrund

Während meiner Suche nach entwicklungspolitisch relevanten Ereignissen in der Arbeiterzeitung, die ich anhand von mir relevant erscheinenden Daten durchforstete, fiel mir auf, dass mit einer großen Häufigkeit über Bruno Kreisky berichtet wurde. Zu dem ursprünglich angedachten Gegenstand – nämlich Artikel zu entscheidenden Eckpunkten der Entwicklungspolitik in der Arbeiterzeitung aufzufinden und deren Darstellung zu analysieren – habe ich meist nach längerer Suche nur kurze Beiträge gefunden. Über Kreisky hingegen waren viele Berichte in der Zeitung zu finden. Da auch Kurzmeldungen, Berichte und Reportagen zu entwicklungspolitisch relevanten Themen im Zusammenhang mit Bruno Kreisky zu finden waren, richtete sich mein Interesse bald auf seine Person.

3.1. Bruno Kreisky

Bruno Kreisky (1911 – 1990) zählt zu den bedeutendsten politischen Persönlichkeiten der Zweiten Republik. Schon in jungen Jahren war er in der sozialistischen Arbeiterjugend aktiv. Nachdem er als Mitglied der Revolutionären Sozialisten verhaftet worden war und zwischen 1935 und 1938 politische Freiheitsstrafen verbüßt hatte, lebte er 13 Jahre im schwedischen Exil. 1951 kehrte Kreisky als politischer Berater von Bundespräsident Theodor Körner nach Österreich zurück und war danach als Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und als Bundesparteivorsitzender der SPÖ tätig. 1970 trat Bruno Kreisky das Amt des Bundeskanzlers an. In den darauffolgenden dreizehn Jahren, in welchen er dieses Amt ausübte und welche auch als 'die Kreisky-Ära' bezeichnet werden, gelang ihm eine grundlegende Modernisierung der österreichischen Gesellschaft und auch die Stärkung der internationalen Rolle Österreichs. Außenpolitische Fragen und Problemstellungen waren abseits von innenpolitischen Reformvorhaben wohl das Steckenpferd Bruno Kreiskys. Vor allem im sogenannten 'Nord-Süd-Konflikt'⁴ und in der 'Nahostfrage' konnte er große Erfolge feiern. (<http://kreisky100.at/person/#exil>)

Nicht nur als Bundeskanzler betonte Bruno Kreisky in einigen seiner Reden die Wichtigkeit, Entwicklungshilfe zu leisten und internationale Solidarität zu achten. Der wahrscheinlich bedeutendste Beitrag Kreiskys zur internationalen entwicklungspolitischen

⁴ Als 'Nord-Süd-Konflikt' wird jener Konflikt bezeichnet, welcher aus der Kluft / dem ungerechtfertigten Gefälle zwischen den reicheren Ländern auf der Nordhalbkugel der Erde und den ärmeren Ländern auf der Südhalbkugel der Erde entstand.

Diskussion ist sein 'Marshallplan für die Dritte Welt'⁵ - „sein großes Konzept eines massiven Ressourcentransfers zum Aufbau der Infrastruktur in den Entwicklungsländern“ (Bielka et al. 1983: 270). Eine seiner letzten bedeutenden Initiativen war das Eintreten für einen Nord-Süd-Gipfel und dessen Mitorganisation; dieses Treffen fand von 22. bis 23. Oktober 1981 in Cancún, Mexiko, statt.⁶

3.2. 'Kreiskys Marshallplan'

Der 'Marshallplan für die Dritte Welt' bzw. auch 'Marshallplan Kreiskys' wie er zum Teil auch in der Arbeiterzeitung betitelt wird (siehe Anhang 14) bezeichnet ein Konzept / eine Idee Bruno Kreiskys, welche er insbesondere seit der Gründung des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen Anfang der 1960er Jahre verfolgte. Unter anderem stellte Kreisky diese Idee im Plenum der 3. Generalkonferenz der UNIDO am 30.1.1980 in Neu-Delhi auf internationaler Ebene vor. (Kreisky 1980: 856; <http://www.vidc.org/themen/global-dialogue/2011/100-jahre-kreisky/>)

In seinem 'Marshallplan für die Dritte Welt' forderte Bruno Kreisky eine ähnliche Unterstützung der Entwicklungsländer durch Industriestaaten wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg seitens der USA den an den Kriegsfolgen leidenden Staaten Westeuropas angeboten worden war, ohne dass hierbei politische Bedingungen gestellt wurden. Er gab in diesem Konzept dem Ausbau der Infrastruktur und nicht der forcierten Entwicklung von einzelnen industriellen Großprojekten den Vorrang, da er argumentierte, dass der Ausbau von Infrastruktur für die Entwicklung eines Landes nachhaltiger und sicherer sei. (Kreisky 1980: 852ff)

3.3. Der Nord-Süd-Gipfel in Cancún, Mexiko

Der Nord-Süd-Gipfel bzw. das ‚Internationale Treffen über Zusammenarbeit und Entwicklung‘ (*International Meeting on Cooperation and Development*) war eine internationale Konferenz, welche von 22. bis 23. Oktober 1981 in Cancún, Mexiko, stattfand. Insgesamt nahmen Staatschefs und hohe Politiker von 22 Ländern aus fünf Kontinenten teil, wobei die Initiatoren Willi Brandt und Bruno Kreisky letztlich an einer

⁵ Erste Erwähnung findet dieses Modell bereits in den späten 1950er Jahren, siehe u.a. Rede des Abgeordneten Dr. Toncic im Dezember 1958 (Protokolle Nationalrat VIII. GP. / 69. Sitzung am 3. Dezember 1958, p. 3140)

⁶ Für eine ausführlichere Darstellung des historischen Kontextes siehe Oliver Rathkolb, 2011. *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010*. Innsbruck: Haymon.

Teilnahme verhindert waren⁷. Teilnehmer an diesem internationalen Treffen waren: die Vereinten Nationen, Algerien, Österreich, Bangladesch, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Guyana, Indien, Elfenbeinküste, Japan, Mexiko, Nigeria, Philippinen, Saudi Arabien, Schweden, Tansania, Vereinigtes Königreich, USA, Venezuela, Westdeutschland und Jugoslawien. (vgl. Anhang 14)

Wie bereits erwähnt, geht der Nord-Süd-Gipfel auf eine Initiative von Bruno Kreisky zurück, welche er gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidenten Jose Lopez Portillo in die Tat umsetzte (vgl. Anhang 6). Die Grundidee zu diesem Gipfel kam allerdings von Willy Brandt, dem früheren Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, welcher im sogenannten 'Brandt-Report' den Vorschlag zu einer „*Internationalen Nord-Süd-Begegnung auf höchster Ebene*“ (Joffe 1981: 1) gemacht hatte.

Die Schwerpunkte dieser Konferenz lagen 1. in der Sicherheit der Nahrungsversorgung und der Entwicklung der Landwirtschaft, 2. bei Rohstoffen, Handel und Industrialisierung; 3. bei Energie und 4. bei Währungs- und Finanzfragen (vgl. Anhang 6).

Das Ergebnis des Gipfels war eine Schlusserklärung, die eine umfassende Zusammenarbeit befürwortete. Letztendlich blieb der Nord-Süd-Gipfel allerdings ohne nachhaltige Resultate (Stackl 2011).

4. Forschungsinteresse – Forschungsfrage

Die Analyse von Berichten der Arbeiterzeitung soll zeigen, wie von der breiten Öffentlichkeit (im Sinne der Leser der Arbeiterzeitung) entwicklungspolitisch relevante Thematiken wahrgenommen werden konnten. Auch sollen Rückschlüsse auf den Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit in der medialen Aufmerksamkeit ermöglicht werden, indem ich mir anschau, wie die AZ mit entscheidenden entwicklungspolitischen Ereignissen umging, das heißt, wie darüber berichtet wurde.

Meine zentrale Forschungsfrage lautet dementsprechend:

„Wie wird über entwicklungspolitisch bedeutende Themen in der Arbeiterzeitung berichtet?“

Dazu will ich nicht nur schauen, ob es über bestimmte Ereignisse überhaupt eine

⁷ Die *New York Times* vom 22.10.1981 berichtete von einer Irritation des US-Präsidenten Ronald Reagan, als Österreichs Vertreter Außenminister Pahr Kreiskys Idee eines Marshallplans für Entwicklungsländer ansprach. (<http://www.nytimes.com/1981/10/22/world/22-leaders-gather-for-two-day-cancun-meeting.html>, 4.5.2016)

Berichterstattung gibt, sondern auch wie darüber berichtet wird. Handelt es sich nur um Kurzmeldungen oder werden ausführliche Artikel geschrieben? Wird auch mit Bildern gearbeitet? Wenn ja mit welchen? Ist die Berichterstattung vollständig? Wird etwas ausgelassen, hervorgehoben oder anders dargestellt?

5. Methodische Herangehensweise:

Untersucht werden die gefundenen Artikel mit Hilfe einer Diskursanalyse komplexer Texte. Als Methode ist dieser Zugang besonders gut geeignet, da er sich nicht allein auf die formale und inhaltliche Analyse sprachlicher Texte beschränkt, sondern auch weitere Elemente wie etwa Bilder miteinbezieht.

Konkret möchte ich mich dem Thema mit Hilfe der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger annähern. Jäger lehnt sich (unter anderem) stark an den Diskursbegriff von Michel Foucault an, weshalb ich mich im Zuge meiner Arbeit auch auf die Diskurstheorie von Michel Foucault beziehe, der entscheidend für die moderne Bestimmung und Verwendung des Begriffes war und ist (Keller 2011: 32, 43f).

Michel Foucault veränderte den Diskursbegriff in seinen Werken stetig, bzw. entwickelte ihn weiter. Essentiell dabei ist der von ihm dargelegte Umstand, dass das Subjekt/das sprechende Individuum vom Diskurs beeinflusst wird und ihn zugleich beeinflusst (Keller 2011: 45, 50ff).

Siegfried Jäger vertritt in seinem Buch „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung“ einen etwas pragmatischeren Diskursbegriff. Jäger versteht Diskurs umfassend und definiert ihn als den „*Fluss von >Wissen< durch die Zeit*“ (Jäger 2009: 129). Wahrheit und Wirklichkeit werden nicht extern vorgegeben/sind nicht objektiv, sondern entstehen im und mit dem Diskurs (Jäger 2009: 129). Somit sind Texte niemals nur individuell, sondern immer auch in andere Diskurse (historisch und sozial) rückgebunden (Jäger 2009: 117), sodass anderes Wissen in das Verstehen einfließt.

Von Bedeutung für die Bearbeitung meiner Forschungsfrage ist auch der Zusammenhang von Diskurs und Macht. Macht ist in Verbindung mit Wissen, das im jeweiligen Diskurs relevant wird, zu betrachten. Die Ausübung von Macht in einem Diskurs erfolgt beispielsweise durch die Marginalisierung oder Unterdrückung bestimmter Wissens Elemente / Aussagen. Diskurse sind dabei allerdings nicht nur Ort der Machtausübung sondern sind auch selbst Machtfaktoren, die gesellschaftliche Machtverhältnisse strukturieren. (Jäger 2009: 149f) Macht wird somit, wie Siegfried Jäger

es ausdrückt, „*diskursiv transportiert und durchgesetzt*“ (Jäger 2009: 152). Foucault betont in seinen Arbeiten die Allgegenwart von Macht, sodass Macht nicht von einem einzelnen Individuum ausgeht, sondern von überall herkommt (Foucault 1983: 94).

In seiner Methode der Kritischen Diskursanalyse verortet Siegfried Jäger verschiedene Ebenen im Diskurs, welche eine gewisse Strukturierung zulassen. Sowohl in dem von ihm unterschiedenen Spezialdiskurs (wissenschaftlicher Diskurs), als auch im Interdiskurs (nicht-wissenschaftlicher Diskurs) kommen Diskursfragmente vor, welche ein bestimmtes Thema bearbeiten. Aus thematisch gleichen Fragmenten ergeben sich dann wieder sogenannte Diskursstränge (Jäger 2009: 160f). Ein derartiger Strang kann dann etwa diachron analysiert werden, eine eher historische Betrachtungsweise, welche „*versucht Genealogien der Identitäts- und Wahrheitsstiftung im Bedingungskreis von Machttechniken und Wissensproduktion auszumachen*“ (Jäger/Zimmermann 2010: 45).

Zum Analyseverfahren: „*Kurz und knapp könnte man sagen, dass es bei der Verortung eines Diskursstranges auf das Wer, Was, Wie, Wann und Wo ankommt, also auf das Subjekt der Aussage, das Referentiell oder die Aussage selbst, auf ihre Struktur oder Form, den Zeitpunkt oder auch Zeitraum und auf den extradiskursiven Rahmen, in dem sich der Diskursstrang bewegt. Den Bezug von Wie und Was könnte man daher auch als innerdiskursiv und die Relation von Subjekt und Rahmen als extradiskursiv bezeichnen*“ (Jäger 1999: 137).

Bei der in dieser Arbeit durchgeführten Diskursanalyse von Berichten in der Arbeiterzeitung, wird ein wesentlicher Fokus der Analyse auch auf der Textoberfläche liegen (nämlich Inhalt, Gewichtung der behandelten Themen, Platzierung der Artikel, grafische Darstellung und ihre Wirkung). Zudem werden die sprachlichen Mittel genauer betrachtet, wobei neben sprachlich-rhetorischen Mitteln (z.B. Metaphern, Redensarten, Autoritäten, Zitate, Einflüsse aus anderen Sprachen etc.) auch betrachtet wird, ob gewisse Elemente des Textes „*auf ein Vorwissen oder auch auf Normen und Werte oder sogar auf bestimmte Einstellungen anspielen*“ (Jäger 2012: 105), sowie die „*Art und Weise, wie argumentiert wird: Relativierung, Verleugnung, Nahelegung, Sprünge, [...] Verallgemeinerung*“ (Jäger 2012: 107). Jäger betont auch die Bedeutung des Verhältnisses von Bild und Diskurs und die Wichtigkeit, innerhalb der Diskursanalyse die Beziehungen zwischen dem Zielpublikum und den Bildinhalten zu erforschen und auch zu ergründen, „*welches Wissen durch Bilder reproduziert bzw. zur Produktion beim Betrachter [...] angeregt wird*“ (Jäger 2012: 66).

6. Ergebnisse

Wie bereits erwähnt, habe ich Artikel, welche sich mit dem 'Marshallplan für die Dritte Welt' beschäftigen und/oder über den Nord-Süd-Gipfel in Cancún berichten, aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet.

Zum einen handelt es sich dabei um eine Beschreibung formaler Aspekte:

- Wo ist der Artikel in der Zeitung platziert? An prominenter Stelle oder versteckt? Auf den ersten Seiten oder weiter hinten? Unter welche Sparte wurde er platziert?
- Wie war der Artikel aufgemacht - Schlagzeile? Langer Artikel oder kurzer Artikel, Leitartikel? Fällt er dem Leser ins Auge?

Zum anderen analysiere ich den Inhalt und befasse mich in diesem Zusammenhang auch mit dem Autor des jeweiligen Artikels und seiner Form der sprachlichen Realisierung:

- Wie erfolgt die Darstellung des Themas, über welches berichtet wird? Sachlich oder scheint sie reißerisch zu sein?
- Über wen wird geschrieben? Wie wird über denjenigen geschrieben? Wird jemand/etwas nicht erwähnt?
- Im Zuge der Betrachtung der Artikel fand ich auch folgende Frage relevant: Wird Bruno Kreisky in diesem Artikel erwähnt?
- Von wem wurde der Artikel verfasst? Handelt es sich um eine Recherche durch einen Reporter/Redakteur oder um die Wiedergabe einer Agenturmeldung (zumeist APA⁸)?

Zu guter Letzt bezog ich auch die Bilder, welche manchen Artikeln beigelegt sind, ein:

- Welche Bilder werden verwendet? Passt das Bild zum Artikel? Was stellt es dar? Über-/Unterordnung ersichtlich? Machtverhältnis ersichtlich? Bedient es Klischees?

Insgesamt habe ich anhand dieser Kriterien 17 komplexe Texte analysiert, welche als Teil der abgebildeten Seite im Anhang erscheinen. Die Anhänge 1 bis 4 behandeln zeitlich die Indienreise Bruno Kreiskys Ende Jänner 1980, im Zuge derer er auf der UNIDO Konferenz den 'Marshallplan für die Dritte Welt' propagierte. Die Artikel hierzu finden sich in

⁸APA = Austria Presse Agentur; dabei handelt es sich um die nationale Nachrichtenagentur und den führenden Informationsdienstleister Österreichs; sie versorgt(e) österreichische Medien mit aktuellen Nachrichten; APA-Quellen werden entweder direkt übernommen oder leicht verändert veröffentlicht

Ausgaben vom 30. Jänner 1980 bis zum 2. Februar 1980. Die Anhänge 5 bis 15 beinhalten Artikel, welche über den Nord-Süd-Gipfel in Cancún vom 22. bis 23. Oktober 1981 berichten. Diese Artikel wurden in Ausgaben im Zeitraum von 15. Oktober 1981 bis zum 23. Oktober 1981 veröffentlicht.

Zeitlich ist eine Trennung dieser zwei Ereignisse deutlich möglich. Inhaltlich kann eine derartige Trennung nicht so einfach vorgenommen werden, da auch auf dem Nord-Süd-Gipfel der 'Marshallplan für die Dritte Welt' ein Diskussionsthema war und sohin auch in den Presseartikeln immer wieder Erwähnung findet.

6. 1. Platzierung und formale Gestaltung der Artikel

6.1.1. Platzierung

Viele der Artikel finden sich auf der Titelseite, ansonsten grundsätzlich unter der Spalte „Politik“ oder „Weltpolitik“, dies aber nicht ausschließlich. Die Platzierung auf der Seite ist unterschiedlich, mal an eher prominenter Stelle, mal in neutraler oder marginaler Position⁹. Grundsätzlich lässt sich aufgrund der Platzierung der unterschiedlichen Artikel nicht erkennen, dass entwicklungspolitische Themen bevorzugt oder nachrangig in der Arbeiterzeitung behandelt werden würden. Meines Erachtens lässt sich aufgrund der Platzierung der Artikel wohl eher auf eine Gleichgewichtung von entwicklungspolitisch relevanten Themen mit sonstigen (politischen) Themen schließen.

6.1.2. Aufmachung

Die meisten Texte des Korpus gehören zu den längsten Artikeln auf der jeweiligen Seite und sind mit mittelgroßen (auffälligen, aber nicht zu auffälligen) Überschriften versehen. Lediglich drei Texte sind kürzer als die anderen, die neben ihnen auf der gleichen Seite platziert sind. Bei zwei Artikeln handelt es sich um längere Texte, welche prominent platziert sind und mit einer entsprechend auffallenden Schlagzeile versehen sind. In zwei Anhängen (Anhang 13 und 15) nehmen Texte mit entwicklungspolitischen Inhalten sogar die gesamte Seite ein.

Die meisten der 17 Artikel beginnen mit einem fetten Vorspann (Lead). Ausnahmen sind einspaltige Texte (wie Kästen auf der Titelseite) mit Kurzmitteilungen oder Verweisen auf

⁹ Die Bedeutung von „prominent“ und „neutral“ orientiert sich an den Kriterien von Kress/van Leeuwen (2008: 177ff): links vs. rechts (given – new), oben vs. unten, Zentrum vs. Rand

einen längeren Text im Inneren des Blattes)

Insgesamt lässt die Aufmachung der Artikel darauf schließen, dass der jeweilige Text mit seinem Inhalt vom Leser wahrgenommen werden soll. Die Differenzierung und Wichtigkeit von Zeitungstexten erfolgt einerseits nach Genres, andererseits nach der Positionierung (links-rechts, oben-unten, Titelseite, pragmatischen Regeln entsprechend oder sie verletzend).

6.1.3. Bilder

Acht der insgesamt 17 Artikel erschienen mit Bildbegleitung. Bei zwei Artikeln wurden jeweils zwei Bilder angefügt. Vor allem die längeren Artikel haben eine Bildunterstützung. Da Bilder das Auge des Lesers auf sich ziehen und in der Arbeiterzeitung eher sparsam mit dem Abdrucken von Bildern umgegangen wurde, spricht die Bebilderung von rund der Hälfte der ausgewählten Artikel für eine hervorgehobene Präsentation von Berichten mit entwicklungspolitischem Bezug.

Platzierung und Aufmachung der einzelnen Artikel

Kreisky: Gespräche mit Indira (Anhang 1): Seite 1 - Titelseite; im unteren Drittel, zentral, fällt nicht sofort ins Auge, mittelgroße Schlagzeile mit Unterzeile und fett gedrucktem Vorspann; entspricht im Umfang und der Aufmachung den meisten anderen Artikeln auf der Titelseite; namentlich gezeichnet; ohne Bild

Kreisky zieht Zwischenbilanz seiner Reise: Kambodscha nicht fest in Hanoi Hand (Anhang 2): Seite 3 - Sparte Hintergrund; rechts oben (Bild) und Mitte (Text) platziert; Dachzeile und mittelgroße Schlagzeile mit fett gedrucktem Vorspann; einer der beiden langen Artikel auf dieser Seite; mit großem Bild

Bundeskanzler Kreisky schlägt in Neu-Delhi vor: Neuer Marshallplan als Modellversuch (Anhang 3): Seite 1 – Titelseite; Aufmacher, prominent platziert, fällt sofort ins Auge; Dachzeile, große Schlagzeile und Lead; der Artikel wird im Blattinneren fortgesetzt (Verweis am Textende); eigene Berichterstattung aus Neu-Delhi; mit großem Bild rechts vom Text

Kreisky: Vorrang für den Ausbau der Infrastruktur (Anhang 4): Seite 4, Sparte Weltpolitik; Fortsetzung von Seite 1 (siehe Anhang 3); mittig rechts platziert; mittelgroße Schlagzeile; zählt zu den längeren Artikeln auf dieser Seite; drei Zwischenüberschriften

heben die wichtigsten Aussagen hervor.

Kreisky will jetzt doch noch nach Cancun reisen (Anhang 5): Seite 2, Sparte Politik; einspaltig, kleine Überschrift; links in der Mitte platziert – fällt nicht ins Auge; zählt zu den kürzeren Texten auf dieser Seite; kein Bild

Nord-Süd-Treffen: Ernährung, Energie, Rohstoffe Hauptthemen (Anhang 6): Seite 5, Sparte Weltpolitik; mittelgroße Schlagzeile mit fett gedrucktem Vorspann; mittig links platziert; Beiträge dieser Seite sind alle ungefähr gleich lang, die Position links charakterisiert ihn als bekannte Hintergrundinformation; kein Bild

Kreisky nicht nach Cancun (Anhang 7): Seite 1 – Titelseite; Kasten einspaltig, am oberen mittleren Rand platziert, direkt neben AZ-Logo; kein Bild;

Die Ausgangspositionen für Konferenz von Cancun: 800 Millionen werden nicht satt (Anhang 8): Seite 5, Sparte Weltpolitik; fünfspaltiger Kasten, der die gesamte Breite im unteren Drittel einnimmt; Dachzeile und mittelgroße Schlagzeile mit fett gedruckter Einleitung; längster Artikel der Seite; fällt ins Auge; in gleicher Ausgabe wie Anhang 7 – allerdings kein Verweis von Anhang 7 zu diesem Artikel; mit Bild, das rechts platziert auf eine neue Information (zum Thema Hunger) verweist

Kreisky: „Bin nicht pessimistisch“ (Anhang 9): Seite 1 – Titelseite; platziert im unteren Drittel, rechts, Dachzeile und mittelgroße Schlagzeile mit fett gedrucktem Lead; zählt zu den mittellangen Artikeln der Seite; redaktionelle Mitteilung; kein Bild

Kreisky: Cancun kann nicht sinnlos sein (Anhang 10): Seite 1 - Titelseite, links unten platziert, zweispaltiger Kasten; mittelgroße Schlagzeile mit fettgedrucktem Vorspann; verweist auf einen Artikel im Blattinneren; kein Bild

Nord-Süd-Gipfel für eine neue Ordnung der Weltwirtschaft (Anhang 11): Seite 3, Sparte Weltpolitik; auf diesen Artikel wurde von der Titelseite verwiesen (siehe Anhang 10); Zweispalter mittig/prominent platziert; zwei Bilder oben Mitte und rechts, große Schlagzeile mit fettem Vorspann; Zusammenfassung von Agenturmeldungen; zweitlängster Artikel der Seite

Heute Nord-Süd-Gipfel in Cancun (Anhang 12): Seite 1 – Titelseite; Einspalter (2 Sätze) mit fetter Überschrift; Agenturmeldung; verweist auf einen Text im Blattinneren; im unteren Drittel halbrechts platziert

Bringt Cancun Weg aus der Sackgasse? (Anhang 13): Seite 3, Sparte Hintergrund; auf diesen Artikel wurde auf der Titelseite verwiesen (siehe Anhang 12); Dachzeile und

große Schlagzeile mit fett gedrucktem Vorspann; Bericht eines namentlich genannten Redakteurs; Berichte zu Entwicklungspolitik nehmen (redaktioneller Bericht und zwei thematisch informativen Kästen) die gesamte Seite drei ein; mit zwei Bildern, oben Mitte und unten links platziert

„Marshallplan“ Kreiskys: Sofortaktion für Dritte Welt (Anhang 14): Seite 1 – Titelseite - Aufmacher; Fortsetzung durch einen Artikel im Blattinneren; große Schlagzeile mit Dachzeile und fett gedrucktem Vorspann; längster Artikel auf der Titelseite; mit Bild rechts Mitte

allgemein zu Anhang 15: Seite 3, Sparte Weltpolitik; der Artikel in Anhang 14 auf der Titelseite dieser Ausgabe verweist auf diese Seite 3; hier sind drei Artikel abgedruckt, welche sich alle mit dem Nord-Süd-Gipfel bzw. dem Marshallplan Kreiskys befassen:

Kreiskys Marshallplan in aller Munde (Anhang 15): namentlich gezeichneter Bericht mit Dachzeile, großer Schlagzeile und fettem Lead; nimmt halbe Seite oben ein, mit Bild oben Mitte

Für ein sofortiges Aktionsprogramm (Anhang 15): links unten (Topik) platziert, mittelgroße Schlagzeile mit fett gedruckter Einleitung; Agenturbericht; mit Porträt Kreiskys

So soll der Marshallplan für die Dritte Welt funktionieren (Anhang 15): zweispaltiger Kasten; kleine Schlagzeile mit längerem Lead; Agenturbericht

6.2. Verfasser, inhaltliche Darstellung und die Rolle Kreiskys

6.2.1. Verfasser

Bei neun der 17 Artikel handelt es sich um Artikel, welche von Journalisten der Arbeiterzeitung recherchiert bzw. verfasst wurden. Allerdings ist lediglich bei vier dieser Texte ein Autor namentlich genannt – hierbei handelt es sich um die längeren Beiträge.

Neun¹⁰ der Artikel führen die österreichische Nachrichtenagentur (APA) oder eine ausländische (französische AFP und deutsche DPA) bzw. internationale (IPS, Reuter) Nachrichtenagentur als Quelle an.

¹⁰Da ein Artikel sowohl anführt von der AZ recherchiert worden zu sein, als auch eine APA-Quelle darzustellen, habe ich diesen Artikel doppelt gezählt.

6.2.2. inhaltliche Darstellung

Grundsätzlich handelt es sich bei den meisten Artikel um „informierende“ Textsorten zum aktuellen Geschehen. Lediglich ein Text – der Artikel in Anhang 8 – ist kommentierend. Die Botschaft „Hunger in der Welt“ wird mit Zahlen und teils drastischen Bildern („Millionen zum Hungern verdammt“, „ins Unermessliche gestiegen“) vermittelt. Angesprochen werden Defizite in der globalen Ressourcenverteilung und ungleicher Tausch (Verschlechterung der *terms of trade*). Zur Glaubhaftmachung werden kompetente Kritiker (W. Brandt, Prälat Ungar) genannt und schließlich auf die Forderungen des Nord-Süd-Gipfels verwiesen. Die Spendenaufrufung am Ende des Textes verstärkt den appellativen Charakter des Beitrags.

Manche Texte lassen eine eurozentristische Ausrichtung erkennen. Der Artikel in Anhang 10 führt lediglich die Meinung und Rolle des französischen – westlichen – Präsidenten an und lässt jene des ebenfalls angesprochenen mexikanischen Präsidenten gänzlich unbeachtet. Die Kurzmeldung aus Anhang 11 nennt in ihren wenigen Zeilen nur einen einzigen Politiker namentlich – den amerikanischen Präsidenten Reagan. Irritierend erscheint mir in diesem Zusammenhang auch die Schlagzeile „Kreisky: Gespräche mit Indira“ (Anhang 1). Hier wird der westliche weiße Mann mit Nachnamen erwähnt und lediglich der Vorname der weiblichen nicht westlichen Gesprächspartnerin (siehe hierzu auch die Ausführungen zu dem Bild aus Anhang 3 unter Punkt 6.3.)

Kurzmitteilungen wie in Anhang 5 und 7 betreffen den Gesundheitszustand Kreiskys und die Frage, ob nun der Bundeskanzler nach Mexiko reise oder nicht.

6.2.3. Rolle Kreiskys

In zehn der 17 Texte scheint der Name Kreisky in der Schlagzeile bzw. Dachzeile auf. In weiteren vier Artikeln wird Bundeskanzler Kreisky im Text erwähnt. Seine Rolle ist durchgehend aktiv. Er bestimmt das Geschehen, treibt es voran, formuliert Begründungen oder setzt selbst eine Handlung / Entscheidung. Lediglich in drei Artikel findet Bruno Kreisky keine Erwähnung.

Auswertung zu Verfasser und inhaltliche Darstellung:

Kreisky: Gespräche mit Indira (Anhang 1): Autor: G. Hoffmann-Ostenhof berichtet aus Neu-Delhi; sachliche Berichterstattung betreffend die Teilnehmer an der UNIDO-

Konferenz, wobei über die Aktivitäten Kreiskys sehr ausführlich informiert wird; Aufhänger für die Berichterstattung ist die Ankunft Kreiskys in Neu-Delhi, beinhaltet sowohl Zitate von Bruno Kreisky als auch Indira Gandhi – die Einleitung bildete ein Zitat von Indira Gandhi; Zeichen von Über-/Unterordnung in Schlagzeile ersichtlich – Bruno Kreisky ist mit Nachnamen angeführt, Indira Gandhi nur mit Vornamen. Der Text unterstreicht deutlich die weltpolitische Bedeutung des österreichischen Bundeskanzlers.

Kreisky zieht Zwischenbilanz seiner Reise: Kambodscha nicht fest in Hanois Hand (Anhang 2): APA-Quelle; behandelt Kreiskys Sicht auf diverse aktuelle Konfliktpunkte in Süd- und Südostasien (Thailand/Kambodscha – Flüchtlingskrise, Verhältnis Indien/Afghanistan, Boykott der olympischen Spiele in Russland); zur Bestätigung der Darstellung wird auf ein Gespräch Kreiskys mit dem thailändischen Ministerpräsidenten verwiesen

Bundeskanzler Kreisky schlägt in Neu-Delhi vor: Neuer Marshallplan als Modellversuch (Anhang 3) UND Kreisky: Vorrang für den Ausbau der Infrastruktur (Anhang 4): AZ-Artikel in zwei Teilen (Aufmacher und Fortsetzung), Autor nicht ersichtlich; sachliche zusammenfassende Berichterstattung über die Rede Kreisky vor dem Plenum der UNIDO Generalkonferenz gespickt mit vielen Zitaten aus dieser Rede; nach Abgleich mit der Rede im Original ergibt sich eine wortgetreuer Übersetzung, auch inhaltlich gibt der Artikel die Rede gut wieder; die Zusammenfassung fügt auch sinnzusammenführende Vervollständigungen ein, um dem Leser ein besseres Verständnis vom Inhalt der Rede zu geben; auffallend auch die immer wieder eingefügten Erklärungen für den Leser („Gruppe der 77“, „UNIDO“); der Verfasser geht über die Rede hinaus und berichtet auch über ergänzende Erklärungen und Präzisierungen Kreiskys auf der anschließenden Pressekonferenz.

Kreisky will jetzt doch noch nach Cancun reisen (Anhang 5): APA-Quelle; Kurzmeldung über Gesundheitszustand Kreiskys und ob geplante Reisen möglich/nicht möglich sind

Nord-Süd-Treffen: Ernährung, Energie, Rohstoffe Hauptthemen (Anhang 6): APA-/DPA-Quelle; Bericht über die Vorgeschichte und Planung des Nord-Süd-Gipfels: Wie ist es zu diesem Gipfel gekommen, über wessen Initiative? Wer nimmt teil? Welche Themen werden behandelt? In diesem Zusammenhang wird auch das Fernbleiben von W. Brandt begründet

Kreisky nicht nach Cancun (Anhang 7): AZ-Artikel, Kurzmeldung der Redaktion:

Gesundheitszustand Kreiskys lässt eine Reise nicht zu, in Vertretung fährt Außenminister Pahr

Die Ausgangspositionen für Konferenz von Cancun: 800 Millionen werden nicht satt (Anhang 8): AZ-Artikel, Autor: Rainer Mayerhofer; Hintergrundbericht zur Notwendigkeit eines Nord-Süd-Gipfels; ein meinungsäußernder Text, der mittels plakativer Mengenangaben („Millionen zum Hungern verdammt“, „ins Unermessliche gestiegen“, „in Afrika“) und krasser Vergleiche die Abhängigkeit des Südens vom Norden konstruiert. Der Verfasser bedient sich wiederholt einer dichotomischen Ausdrucksweise (reiche Länder/arme Staaten, Industrieländer/Entwicklungsländer) – die Bildaussage ist durch die Bildunterschrift auf einen Aspekt fokussiert; am Ende des Artikels findet sich noch ein Spendenaufruf

Kreisky: „Ich bin nicht pessimistisch“ (Anhang 9): redaktionelle Wiedergabe eines Interviews der AZ mit Kreisky zum bevorstehenden Nord-Süd-Gipfel; Kreisky versucht dabei die negativen Erfolgserwartungen zu überspielen, doch die redaktionelle Darstellung zeichnet eine deutliche negative Tendenz nach

Kreisky: Cancun kann nicht sinnlos sein (Anhang 10): APA-Quelle; fasst Erklärung Kreiskys nach dem Ministerrat zur Bedeutung des Nord-Süd-Gipfels zusammen; der Text setzt den Bericht über Kreiskys Versuch, Cancun doch noch als erfolgreiches Treffen zu sehen fort

Nord-Süd-Gipfel für eine neue Ordnung der Weltwirtschaft (Anhang 11): AFP-/IPS-/APA-Quelle; berichtet in Einleitung, dass sich Mexiko und Frankreich gemeinsam für eine neue Weltwirtschaftsordnung einsetzen wollen und sich die beiden Staatspräsidenten deswegen zum Abendessen getroffen hätten; in weiterer Folge wird allerdings lediglich die Meinung des französischen Präsidenten Mitterrand wiedergegeben sowie die französische Außenpolitik im Bezug auf den Nord-Süd-Dialog; keine Erwähnung findet hingegen die Rolle Mexikos oder die Meinung des mexikanischen Präsidenten; der Verfasser bedient sich wieder Dichotomien (reiche/arme Länder, Industrie-/Entwicklungsländer); hier ist Kreisky Gegenstand der Aussagen von Medien und Indira Gandhi

Heute Nord-Süd-Gipfel in Cancun (Anhang 12): REUTER-/AFP-Quelle; kurzer Verweis auf die an diesem Tag stattfindende Konferenz und auf einen Bericht im Blattinneren, namentlich erwähnt wird lediglich der US-Präsident Reagan und sein Zusammentreffen mit „zwölf Staatsmännern“

Bringt Cancun Weg aus der Sackgasse? (Anhang 13): AZ-Artikel, Reportage von Georg Hofmann-Ostenhof aus Cancun; der Verfasser verbindet den Bericht über den Ablauf der Verhandlungen und deren Rahmen mit einem wertenden Kommentar, der die Position des Nordens (US-Präsident Reagan) mit den Forderungen und Diskursen des Südens konfrontiert; der Berichtende ist skeptisch, was Ergebnisse des Treffens betrifft; während er einerseits auf das „ungerechte System der Weltwirtschaftsordnung“ hinweist, teilt er die Meinung der Industriestaaten, die Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit der Südstaaten könnte das „Weltfinanzsystem zusammenbrechen lassen wie damals im neunundzwanziger Jahr.“ Die Notwendigkeit einer Neuordnung des Weltwirtschaftssystems wird damit historisch begründet; Begründungen finden sich auch in den beiden Kästen, die den Text begleiten, wobei einerseits W. Brandt die USA für ihre Haltung (Gegensatz zu den übrigen Teilnehmerländern) kritisiert, andererseits anhand des Nationalprodukts die krassen Unterschiede zwischen den teilnehmenden Staaten dokumentiert werden.

„Marshallplan“ Kreiskys: Sofortaktion für Dritte Welt (Anhang 14): Der Aufmacher der Redaktion mit Bezug auf Agenturmeldungen bringt eine Reportage über die Eröffnung des Gipfeltreffens, die teilnehmenden Nationen sowie den auf der Konferenz präsentierten österreichischen Vorschlag; die Kreiskys Initiative wird in den Titelzeilen wie in Lead und Text hervorgehoben und relativ detailliert dargestellt

Kreiskys Marshallplan in aller Munde (Anhang 15): AZ-Artikel, Autor: Georg Hofmann-Ostenhof berichtet aus Cancun; während Kreisky Marshallplan auf der einen Seite umfassend gewürdigt wird, begegnet ihm auf der anderen Seite Zurückhaltung oder geradeheraus Ablehnung. Der Bericht beschreibt sehr detailliert den inhaltlichen Verlauf der Gespräche, deren Erfolg in erster Linie aus der Begegnung von Spitzenpolitikern unterschiedlicher Lager bestand.

Für ein sofortiges Aktionsprogramm (Anhang 15): APA-Quelle; Bericht über die von Außenminister Pahr verlesene Botschaft von Bruno Kreisky; enthält Problemdarstellung, setzt sich für globale Zusammenarbeit aus der Sicht gegenseitiger Abhängigkeit ein und formuliert den vorsichtigen Wunsch („Wenn sich alle in Cancun auf diese Vorgangsweise einigen könnten“) für die Umsetzung von sehr allgemein formulierten Initiativen; ein „sofortiges Aktionsprogramm“ sollte mittels Marshallplan finanziert werden.

So soll der Marshallplan für die Dritte Welt funktionieren (Anhang 15): APA-Quelle; sachlicher Bericht über die genaue Funktionsweise des Marshallplans bzw. die

mögliche Funktionsweise; keine kritische Äußerungen hierzu; stellt die Ergänzung zu dem links positionierten Aktionsprogramm dar

6.3. Bilder

Wie bereits unter Punkt 6.1.3. erwähnt wurde rund die Hälfte der Artikel bebildert, insgesamt begleiten zehn Bilder acht Artikel. Verantwortlich für die Auswahl der Bilder, und damit für die jeweils intendierte Botschaft ist die Redaktion. Die Botschaft ergibt sich sowohl aus dem Motiv des Bildes und der Intention der Redaktion, wie aus der inhaltlichen wie formalen Relation zwischen Bild und geschriebenem Text.

Nur zwei davon zeigen Kreisky, was letztlich mit seiner Nichtteilnahme am Treffen in Cancun zusammenhängt. Eines ist ein Porträtfoto Kreiskys, das von rechts oben im komplexen Text (Abb. 15) seine Stärke und Kompetenz in Bezug auf Vorschläge unterstreicht.

Als letztes möchte ich das untere Bild in Anhang 13 anführen: auf den ersten Blick sieht man die Rückenansicht einer Frau im Bikini im Badeort Cancún zu sehen, erst bei genauerer Betrachtung des Bildes bzw. nach lesen der Bildunterschrift fällt einem der für den Artikel wohl relevantere Teil des Bildes ins Auge: bewaffnete Soldaten, welche im Zuge des Gipfeltreffens für die notwendige Sicherheit sorgen sollen.

Auswertung zu den Artikeln mit Bildbegleitung

Kreisky zieht Zwischenbilanz seiner Reise: Kambodscha nicht fest in Hanois Hand (Anhang 2): Bild untertitelt mit: „Bei der Ankunft in Neu-Delhi führt Kreisky das erste Gespräch mit Indira Gandhi am Flugplatz“; Bruno Kreisky gibt gemeinsam mit Indira Gandhi einen Pressetermin; Kreisky spricht, Gandhi blickt ihn dabei an. Der darunter stehende Text (Zwischenbilanz) steht in keiner Beziehung zum Anlass, den das Bild darstellt (Pressegespräch bei Ankunft Kreiskys)

Das Bild von Bruno Kreisky mit Indira Gandhi (Anhang 2) zeigt Gandhi als aufmerksame Zuhörerinnen, während Kreisky seine Stellungnahme abgibt. Damit erfüllen die Beiden die Rollen von Gastgeberin vs. Gast, allerdings zeigt das Bild auch männliches Dominanzverhalten, nicht zuletzt ersichtlich aus der Position von Kreiskys rechtem Arm. Der unten stehende Text nimmt nahezu keinen Bezug auf Indien und die Gastgeberin, sondern zeigt den österreichischen Kanzler als weltpolitischen Kenner und Akteur, wobei

er sich vor allem auf Informationen des thailändischen Ministerpräsidenten stützt. I. Gandhi findet deutlich geringere Beachtung

Bundeskanzler Kreisky schlägt in Neu-Delhi vor: Neuer Marshallplan als Modellversuch (Anhang 3): Bild untertitelt mit: „In einer Pause ihrer Gespräche mit Bundeskanzler Kreisky und dem US-Sonderbotschaften Clifford nimmt Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi an einem nordindischen Volkstanz teil“.

Indira Gandhi wird als Teilnehmerin an einem Volkstanz abgebildet; das Motiv steht in einem nur oberflächlichen Zusammenhang mit dem zugehörigen Text. Es konstruiert Gandhi als Mitglied einer Gesellschaft des Südens. Während der geschriebene Text Kreisky, den Mann des Nordens, als Urheber eines globalen politischen Programms vorstellt, wird die Gastgeberin aus dem Süden auf die Gestaltung des Rahmenprogramms reduziert.

Die Ausgangspositionen für Konferenz von Cancun: 800 Millionen werden nicht satt (Anhang 8): Ein Bild untertitelt mit: „Ein Bild, das mehr über Hunger sagt als tausende Worte“; es zeigt die hagere Hand eines schwarzen Kindes, welche schützend in einer starken weißen Männerhand gehalten wird.

Dieses Bild im Kasten von Anhang 8 steht in keinem ersichtlichen Zusammenhang mit dem Text wie der Bildunterschrift, wobei aus der digitalen Abbildung nur ungenau ersehen werden kann, was das Bild darstellt. Es illustriert wohl mehr die ungleichen Machtverhältnisse in der Beziehung Süd („schwarz“) und Nord („weiß“) sowie die ungleiche Verteilung im globalen System als die Auswirkung von Hunger. Ein Zusammenhang besteht allerdings zwischen dem Bild und dem Spendenaufruf am Ende des Artikels.

Nord-Süd-Gipfel für eine neue Ordnung der Weltwirtschaft (Anhang 11): Bild 1 ist untertitelt mit „Der Konferenzort, das Hotel Sheraton in Cancun“ und zeigt bewaffnete Polizisten/Soldaten vor einem Hotelgebäude; Bild 2 ist untertitelt mit „Miterrand bei Mexikos Präsident Lopez Portillo“ und zeigt zwei Männer und eine Frau (im Hintergrund), den Blick auf etwas zwischen ihnen gerichtet.

Die beiden Bilder illustrieren nacheinander zwei Aspekte der Ordnung von Weltwirtschaft. Im ersten wird Ordnung als Gegenstand von Sicherheit für die Politiker, die an der

Konferenz teilnehmen, interpretiert. Die Mächtigen sind drinnen, die Schwachen draußen, und dazwischen ein Kordon von bewaffneten Militärs. Darüber hinaus zeigt das Hotelgebäude durchaus Festungscharakter. Damit widerspricht das Bild eigentlich der Behauptung von einer „neuen Ordnung“, die, wie das zweite Bild erkennen lässt, in einem schriftlichen Dokument festgehalten wird. Die Stellung der beiden Politiker lässt eine Bereitschaft zur Partnerschaft erkennen („Augenhöhe“), zugleich weist die linke Position Mitterand die Rolle des „Gebenden“, Lopez Portillo die Rolle des „Empfangenden“ zu.

Bringt Cancun Weg aus der Sackgasse? (Anhang 13): Bild 1 ist untertitelt mit: „Da die Ärzte Kreisky die Reise verboten, vertritt Außenminister Pahr Österreich in Cancun. Bei der Ankunft begrüßt ihn Gouverneur Caldwell“ und zeigt zwei Männer, nebeneinander stehend; Bild 2 ist untertitelt mit „Scharf bewacht wird der Nord-Süd-Gipfel in dem mexikanischen Badeort. Soldaten auf Bootspatrouille“ und zeigt im Vordergrund Badegäste (eine Frau in Bikini) und im Hintergrund ein Patrouillen-Boot.

Bild 1 trägt wenig zur Information des Textes bei, wird zudem voll-inhaltlich durch die Bildunterschrift gedoppelt. Bild zwei unten links wiederholt die Botschaft von Ordnung und Sicherheit für die teilnehmenden Politiker, kommuniziert zugleich, dass es sich bei diesen Maßnahmen um einen „Normalfall“ handelt, der das Tourismusgewerbe weder beeinträchtigt noch besonders beeindruckt hat.

„Marshallplan“ Kreiskys: Sofortaktion für Dritte Welt (Anhang 14): Bild untertitelt mit: „Eines der zahlreichen bilateralen Gespräche am Rande von Cancun: Reagan und Premier Zhao Ziyang“; das Bild zeigt zwei Männer sitzend an einem Tisch, weitere Akteure stehend im Hintergrund.

Hier bildet interessanterweise der chinesische Premier den gegebenen Ausgangspunkt für eine Beziehung zum US-amerikanischen Präsidenten Reagan. Während Zhao Ziyang nach vorn geneigt Dynamik und kommunikative Stärke zeigt, zieht Reagan Kopf und Oberkörper abwehrend zurück und lässt die Dolmetscherin zwischen sich und den chinesischen Premier treten. Sein Gesichtsausdruck könnte als skeptisch oder abwartend gedeutet werden. Zum nebenstehenden Text und vor allem zur Schlagzeile besteht keine Beziehung; das Bild illustriert wohl am ehesten die Internationale Bedeutung und Hochrangigkeit des Treffens, womit wiederum die Bedeutung des Marshallplans und Kreiskys aufgewertet wird.

Kreiskys Marshallplan in aller Munde (Anhang 15): Bild unternitelt mit: „Mexikos Staatsoberrhaupt Lopez Portillo begrüßt US-Präsident Reagan“; das Bild zeigt zwei Männer, welche einander die Hände schütteln, eher im Hintergrund steht eine Frau.

Die linke Position (Topik) nimmt US-Präsident Reagan ein, der sein Gegenüber L. Portillo mit beiden Händen am Oberkörper umfasst, während der mexikanische Präsident diese Geste durch seine Handhaltung unterstützt. Reagan zeigt sich dynamisch-dominierend (leicht vorgebeugt), während Portillo leicht zurückgeneigt etwas Distanz signalisiert. Eine deutliche Darstellung der von Nord-Dominanz geprägten Beziehung. Ähnlich wie in 14 illustriert das Bild in 15 die Bedeutung der Konferenz, und damit Kreiskys Beitrag zur Weltpolitik.

Für ein sofortiges Aktionsprogramm (Anhang 15): Bild von Bruno Kreisky, unternitelt mit: „Für rasches Handeln: Kreisky“; die Position des Porträts rechts oben im Kasten identifiziert Kreisky als Urheber des gegebenen Textes und zeigt zugleich seine Verfügung über Text und Verwendung

7. Schlussfolgerungen

In Relation zu den Texten im sichtbaren Umfeld (Kotext) ist das Thema Entwicklungspolitik selten dominant in der medialen Berichterstattung. Es erscheint zweimal als Aufhänger und bekommt zweimal eine ganze Seite der AZ gewidmet.

Es dominieren beschreibende Texte bzw. Reportagen. Kommentierende Textteile sind selten. Die meisten Berichte referieren auf Aussagen von Politikern; Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse wird höchstens indirekt (über in der Regel nicht angeführte Quellen – Ausnahme Weltbank) hergestellt. Die erste und meist zitierte Autorität ist Bruno Kreisky. So erscheint Entwicklungspolitik im Grunde als zweitrangiges Thema neben den Themen Kreisky und Internationale Politik. Sie steht nur in einem einzigen Kommentar - **Die Ausgangspositionen für Konferenz von Cancun: 800 Millionen werden nicht satt (Anhang 8)** von Rainer Mayerhofer – im Vordergrund.

Die Fokussierung auf Kreisky und seine internationale Politik und Vernetzung ist wohl auch den Kriterien für die Auswahl des Korpus geschuldet, doch lässt sich als Vorannahme für weitere Untersuchungen zum Thema Entwicklungshilfe durchaus formulieren, dass EH für die AZ ebenso wenig von Bedeutung war wie für andere Medien. Die Texte lassen eine

deutliche Asymmetrie in der Bedeutung „Dominanz und Deutungshoheit des Nordens“ erkennen, auch wenn sich Kreisky immer wieder Informationen und Anregungen bei Politiker_innen des Südens holte. Als Akteure im Vordergrund stehen neben Kreisky US-Präsident Reagan und Altkanzler Brandt.

Ursachen für globale Ungleichheit werden genannt; die Verursache bzw. Begünstigten bleiben im Hintergrund; die Betroffenen werden, wenn überhaupt, durch Mengen oder Klischees abgebildet. Neben Kreiskys Marshallplan führen die Journalisten keine weiteren Modelle oder Instrumente an. Konkrete Beiträge der (westlichen) Öffentlichkeit werden zweimal in Form von Spendenaufrufen formuliert.

8. Literatur und Quellen:

Bielka, Erich / Jankowitsch, Peter / Thalberg, Hans [Hrsg.] (1983): Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik. Wien: Europa Verlag.

Dolp, Manuel (2010). Aufstieg des Austrofaschismus aus dem Blickwinkel von Arbeiterzeitung und Rote Fahne. Wien: Diplomarbeit Univ. Wien.

Fischer, Heinz (1993): Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983. Wien: Löcker Verlag.

Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

Hödl, Gerald (2004): Österreich und die dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995. Wien: Promedia Druck- und Verlagsges.m.b.H.

Jäger, Siegfried. 1999. Einen Königsweg gibt es nicht. Bemerkungen zur Durchführung von Diskursanalysen. In: Hannelore Bublitz et al. (Hg.). Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults. Frankfurt: Campus, pp. 136-147.

Jäger, Siegfried (2009): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung im UNRAST Verlag.

Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung im UNRAST Verlag.

Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens [Hg.] (2010): Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste. Münster: Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung im UNRAST Verlag.

Joffe, Josef (1981): Mit Klischees gegen Armut, In: Zeit Online, Ausgabe vom 23.10.1981.

(<http://www.zeit.de/1981/44/mit-klischees-gegen-die-armut> , Zugriff am 20.4.2016)

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftlerinnen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

Kreisky, Bruno. 1980. Third General Conference of Unido. In: Reden, Band II (1981). Wien: Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei: S. 852 – 857.

Kress, Gunther & Theo van Leeuwen (2006²): Reading Images: The Grammar of Visual Design. London: Routledge.

Pelinka, Peter/ Scheuch, Manfred (1989): 100 Jahre AZ. Wien: Europa Verlag..

Rathkolb, Oliver (2011): Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010. Innsbruck: Haymon.

Stackl, Erhard (2011): Bruno Kreisky, 100: Als die Welt noch nicht egal war; In: derstandard.at, Ausgabe vom 22.1.2011. (<http://derstandard.at/1295570570687/Stackls-Suedblick-Bruno-Kreisky-100-Als-die-Welt-noch-nicht-egal-war>, Zugriff am 20.4.2016)

Internetquellen:

Arbeiterzeitung - Internetquelle, www.arbeiter-zeitung.at [Zugriff am 24.3.2015]¹¹ (die für diese Arbeit verwendeten Artikel wurden als Anhänge am Ende der Arbeit eingefügt)

<http://kreisky100.at/person/#exil> – Zugriff am 12.3.2016

<http://www.vidc.org/themen/global-dialogue/2011/100-jahre-kreisky/> – Zugriff am 13.3.2016

Österreichischer Nationalrat – Stenographische Protokolle der Sitzungen; <https://www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/>, letzter Zugriff 4.5.2016

¹¹ Tag des Zugriffes meint jenen Tag, an welchem ich die Zeitungsausschnitte als Grafikkopien von einzelnen Seiten an dieses Dokument angeschlossen habe

9. Anhänge:

Als Korpus fanden Fragmente aus folgenden Seiten der AZ Verwendung:

Abb. 1: Titelseite, 30.01.1980

Abb. 2: p. 3, Hintergrund, 31.01.1980

Abb. 3: Titelseite, 01.02.1980

Abb. 4: p. 4, Weltpolitik, 01.02.1980

Abb. 5: p. 2, Politik, 15.10.1981

Abb. 6: p.5, Weltpolitik, 18.10.1981

Abb. 7: Titelseite, 17./18.10. 1981

Abb. 8: p. 5, Weltpolitik, 17.10.1981

Abb. 9: Titelseite, 19.10.1981

Abb. 10: Titelseite, 21.10.1981

Abb. 11: p. 3, Weltpolitik, 21.10.1981

Abb. 12: Titelseite, 22.10.1981

Abb.: 13: p. 3, Hintergrund, 22.10.1981

Abb.: 14: Titelseite, 23.10.1981

Abb.: 15: p. 3, Weltpolitik, 23.10. 1981

Knieseck brach auch in zwei Wiener Villen ein

WIEN (AZ). Der dreifache Mörder von St. Pölten, Werner Knieseck, war wenige Stunden vor seiner Wahlnacht in zwei Hietzinger Villen eingebrochen. Als er Dienstag vormittag durch den Bezirk geführt wurde, fand Knieseck die beiden Häuser jedoch nicht mehr wieder.

Bei den noch andauernden Verhören gestand Knieseck jetzt die Einbrüche. Nach seinen Angaben war er auf der Suche nach Opfern, weil er jemanden umbringen wollte. In den Villen war jedoch niemand anwe-

send. Deshalb nahm Knieseck nur ein wenig Bargeld mit. Die Besitzer haben den Einbruch bisher noch nicht angezeigt. Vielleicht vermuteten sie in dem eingeschlagenen Fenster nach nur einem Bosheitsakt.



Mittwoch, 30. Jänner 1980 ○ Nummer 30

Arbeiter-Zeitung Schilling 4
 LIRE 500, DIN. 10, DM 0,60
 T. 55 56 16 — P. b. b.
 GRÜNDET 1889

Aufregung in Kärnten: UFOs oder Flugzeuge?

KLAGENFURT (AZ). Helle Aufregung in Klagenfurt und Oberkärnten: Zahlreiche Bewohner wollen in der Nacht zum Dienstag am nördlichen Himmel Hunderte Flugzeuge gesehen und gehört haben, die mit dröhnenden Motoren von Südosten nach Nordwesten über Österreich flogen.

Während in Kärnten Polizei und Gendarmen mit Anrufen beunruhigter Bewohner bombardiert wurden, hat man im Wiener Innenministerium eine einfache Erklärung: „Das war ein meteorologisches Phänomen.“ In Bayern hatten sogar Gendarmen vor kurzem eine großangelegte UFO-Jagd gestartet, auch damals fand sich für das Phänomen eine plausible Erklärung. Die Kärntner beharren darauf: „Es waren Flugzeuge!“ (Seite 5.)

Ferienstart ohne Streß: AZ-Tips für Urlauber

WIEN (AZ). Für die österreichische Exekutive beginnen heuer die Energieferien schon Freitag mittag: Auf Grund der Fünftageswoche in den meisten Wiener Volksschulen werden viele Urlaubshungrige ihre Reise eben schon am Freitag antreten und das bedeutet Alarmstufe 1 für die Verkehrsexperten.

Auf Seite 7 der AZ finden Sie deshalb einige ARBO-Tips, mit denen Sie den gefürchteten Ferienstaus doch noch entgehen können. Wer dabei bleibt, muß jedoch auch keine Langeweile fürchten. Freizeitaktionen für Kinder und Jugendliche des Wiener Landesjugendreferates sorgen für Kurzweil und viel Spaß.

(Siehe Seite 7)

Sechs US-Diplomaten aus Iran geschmuggelt

Vance bletet Bani-Sadr Zusammenarbeit an

WASHINGTON (sp, reuter). Sechs amerikanische Botschaftsangehörige wurden Dienstag aus dem Iran herausgeschmuggelt. Sie hatten sich bisher in der kanadischen Botschaft aufgehalten und nutzten die Gelegenheit, daß diese vorübergehend geschlossen wurde, um mit dem Botschafter Kanadas und kanadischen Pässen auszureisen. Inzwischen könnte die Irankrise möglicherweise aber auch weltpolitisch an einem Wendepunkt anlangen: US-Außenminister Vance bot dem neugewählten Präsidenten Bani-sadr eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit dem Iran an. Bani-sadr nannte die Geisellafäre „im Prinzip leicht lösbar“. (Siehe Seite 4.)

In einem Interview sprach der amerikanische Außenminister in Washington die Hoffnung aus, daß Iran sich zu einer Beendigung der Krise entschleße, damit es sich den ersten Drohungen und Problemen, denen sich Iran konfrontiert sieht, zuwenden kann. Diese Probleme seien nicht nur innenpolitischer Natur, sondern kämen auch von außerhalb der Grenzen als Resultat des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Vance erneuerte die Unter-

stützung der Vereinigten Staaten für die Unabhängigkeit Irans und aller anderen Länder in dieser Region einschließlich Afghanistan.

Bei den Diplomaten, denen die Ausreise aus Persien gelang, handelt es sich um den Landwirtschaftsattaché der USA, drei Konsulatsangestellte und zwei ihrer Frauen. Die Amerikaner reisten gemeinsam mit dem kanadischen Botschafter Ken Taylor aus.

„Keine Auffassungsunterschiede in Regierung über Fristenlösung“

WIEN (AZ). „Die Fristenlösung war eine notwendige gesetzliche Regelung, die sich in den vergangenen fünf Jahren bewährt hat — darüber bestehen zwischen den Regierungsmitgliedern keine Auffassungsunterschiede“, betonte Finanzminister Androsch Dienstag nach dem Ministerrat.

Sowohl Androsch als auch Gesundheitsminister Salcher und Staatssekretärin Karl verwiesen auf die zahlreichen flankierenden Maßnahmen, die von der Regierung bei der Einführung der Fristenlösung gesetzt wurden. An dem Grundsatz, daß die Abtreibung medizinisch nicht ratsam und gesellschaftlich nicht erwünscht ist, hat sich nichts geändert, betonte Androsch, „aber ebensowenig hat sich daran geändert, daß zur Not-situation, in die eine Frau geraten kann, nicht noch die Not der Strafandrohung kommen soll“.

Abtreibungskliniken gebe es in Österreich nicht. Sicherlich seien Ambulanzen, die überwiegend Abtreibungen vornehmen, bedenklich, aber die Situation vor der Fristenlösung war noch bedenklicher, sagte Androsch. Die Ursache ihrer Existenz liege aber darin, daß es noch nicht überall in Österreich die Möglichkeit gibt, Frauen in dieser Not-situation zu helfen.

Gesundheitsminister Salcher bekannte sich ebenfalls zur Fristenlösung. Man wolle das Netz der Familienberatungsstellen weiter

verdichten und die Einstellung der Gesellschaft zum Kind verbessern. „Denn wir haben keine kinderfreundlichen Städte und auch keine kinderfreundliche Gesellschaft“, meinte Salcher.

fortsetzung auf Seite 2



Olympiahoffnungen im Trachtenlook

Gute Figur im Trachten-Look machten Annermarie Moser und der neue Springkönig Hubert Neuper bei der offiziellen Einkehrung der Olympiasportler. Gerade diese zwei tragen unsere Hoffnungen in Lake Placid

Photo: Sündhofer

Kreisky: Gespräche mit Indira

Indiens Premierministerin zu Afghanistan: Gegen Intervention und zweierlei Maß

G. HOFFMANN-OSTENHOF BERICHTET AUS NEU-DELHI

NEU-DELHI (AZ). „Wir sind gegen jede Einmischung von außen und gegen Militärinterventionen und -basen. Aber wir glauben, daß andere Länder mit zweierlei Maß messen.“ Dies sagte die indische Staatschefin Indira Gandhi, als sie Montag abend Bundeskanzler Kreisky im Flughafen in Neu-Delhi empfing, auf Pressefragen nach der indischen Stellung gegenüber den Ereignissen in Afghanistan.

„Ich bin sehr froh, daß Bundeskanzler Kreisky hier ist, ich hoffe, daß es zu einem nützlichen Meinungsaustausch kommen wird und daß der Bundeskanzler einen angenehmen Aufenthalt in Neu-

Delhi haben wird.“ Kreisky verwies gegenüber den Journalisten auf seine lange Bekanntschaft mit dem Vater der kürzlich wiedergewählten Ministerpräsidentin, Nehru. „Als ich ein

junger Student war, habe ich an einem anticolonialistischen Kongreß in Brüssel teilgenommen. Dort habe ich 1938 Nehru das erste Mal getroffen, und ich war immer voll Bewunderung für diesen großen Führer Indiens. Indira Gandhi hat in den zehn Tagen, die sie nun offiziell im Amt ist, einen wahren außenpolitischen Parforceritt hinter sich und auch noch vor sich. Bis jetzt empfing sie in Neu-Delhi UNO-Generalsekretär Waldheim, den Staatschef von Bangla Desch, Ziaur Rahman, den französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und jetzt Kreisky. Sie hielt vor Tausenden Delegierten aus der ganzen Welt auf der Unido-Konferenz eine Rede und erwartet in den nächsten Tagen sowohl den amerikanischen Emissär Clark als auch den sowjetischen Außenminister Gromyko. In diplomatischen Kreisen wird nach wie vor die Ankunft Fidel Castros für möglich, wenn nicht wahrscheinlich gehalten.

Kreisky wird heute und in den kommenden Tagen Gespräche mit Indira Gandhi und anderen indischen Politikern über außenpolitische, bilaterale und wirtschaftliche Fragen führen. Morgen Donnerstag wird der Bundeskanzler vor der Unido-Generalkonferenz sprechen.

man spricht davon

Die Bedenken, die die Verantwortlichen in Wien wegen der vom geplanten Kohlekraftwerk in Zwentendorf drohenden Luftverschmutzung anmelden, bedürfen einer ernsthaften Behandlung. Dadurch wird in Erinnerung gerufen, was vielen in der emotionsgeladenen Atmosphäre der Auseinandersetzungen um das Kernkraftwerk Zwentendorf wohl gar nicht bewußt gewesen sein dürfte: kalorische Kraftwerke sind im allgemeinen viel umweltschädlicher als atomkraftbetrieene. Das Risiko, das mit einem Kernkraftwerk eingegangen wird, ist für den (wie sich bisher zeigte, doch eher unvorhersehbaren) Schadenfall freilich beträchtlich höher, insbesondere dann, wenn man die möglichen Folgen für spätere Generationen in Betracht zieht; hingegen ist das Risiko für den einzelnen heute lebenden Zeit-

Stets riskant

genossen, durch die Luftverschmutzung aus Emissionen in seiner Lebenszeit beschritten zu werden, um einiges größer.

Die Technik ist sicherlich so weit fortgeschritten, daß sie die Schadstoffe, die sich beim Betrieb eines kalorischen Kraftwerks bilden, zumindest teilweise eliminieren kann. Das verursacht freilich enorme Mehrkosten. Aber eine Million-stadt wie Wien darf — wenn nun schon einmal seinerzeit, noch unter der ÖVP-Regierung, ausgerechnet ein Standplatz nordseitlich (und nicht östlich) von ihr ausgewählt wurde — nicht darauf verzichten, auf mögliche Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität und die Gefahren für die Gesundheit ihrer Bewohner hinzuweisen. Man wird in der Öffentlichkeit nicht lange zu fragen brauchen, welche Werte da Vorrang haben müssen.

Dennoch sollte es auch heute kein Tabu sein, zu fragen, ob Atomkraftwerke für Österreich ein für allemal nicht mehr in Betracht kommen. Selbstverständlich nur über einen neuen Volksentscheid — das haben die Ferien und die verantwortlichen Politiker aller Lager immer wieder zugeagt, und es ist auch anders nicht denkbar.

Vorerst sollten freilich Initiativen, die ein Atomkraftwerk Zwentendorf wieder zur Debatte stellen wollen, zurückgehalten sein. Denn an der technischen Situation hat sich gegenüber dem Jahre 1978 wenig verändert. Allerdings hört man, daß beispielsweise in Kanada neue Techniken entwickelt werden, die die Nutzung der Kernkraft noch weit aus sicherer machen sollen. Das wäre ein neuer Faktor, der eines Tages auch die Frage in ein neues Licht stellen könnte.

Manfred Scheuch

Kohle-E-Werke nur mit Umweltschutz

Stadtrat Schieder: Zwentendorf-Ersatz könnte Wiener Luftqualität gefährden

WIEN (AZ). Wenn bei den zwei im Raum Zwentendorf geplanten kalorischen Kraftwerken auf den Einbau von Umweltschutzanlagen verzichtet wird, hat das gefährliche Auswirkungen auf die Stadt Wien, erklärte Montag der Wiener Umweltschutzrat Peter Schieder in einer Pressekonferenz. Die Schadstoffe, die die Wiener Luftqualität, die derzeit als weitgehend gut gilt, stark beeinträchtigen, die Gesundheit gefährdend der Wiener würde sich wesentlich erhöhen. Schieder appelliert an die Planer der Kraftwerke, mit dem Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen und Staubabscheidern die Schädigung der Luft so gering wie möglich zu halten. Gegenmaßnahmen der Gemeinde im Stadtgebiet würden wirkungslos bleiben.

Der häufig in Wien herrschende West- oder Nordwestwind reinigt die verschmutzte Luft der Bundeshauptstadt, bei einer Inbe-

triednahme der Kraftwerke würde er die Schadstoffe jedoch nach Wien tragen. Wenn der Wind — im Extremfall — einen Tag lang

anhält, würde die Sterblichkeitsrate der Wiener Bevölkerung um 0,8 Prozent steigen, Herz-Lungen-Erkrankungen würden sich um 3,2 Prozent, Asthmaanfalle um 7,8 Prozent und Lungenkrebsmortalität um 2,9 Prozent erhöhen.

Schieder fordert entsprechende Auflagen für die Kraftwerke, die er „schlimmstenfalls auf rechtem Weg beim Baugenehmigungsverfahren“ durchsetzen will. Die hohen Kosten geeigneter Umweltschutztechnologien sollten angesichts der Gefahren für die Bevölkerung unerheblich sein.

Eintopfargumente kontra „Neue Mittelschule“

Hermann Schnells neues Buch über die Gesamtschule

VON AZ-REDAKTEUR GÜNTER TRAXLER

Die Auseinandersetzung um die integrierte Gesamtschule zwischen den Anhängern eines elitären Schulbetriebes und denen, die soziale Integration auch in den Schulen für wünschenswert halten, tobt nun selt geheimer Zeit. Die Streitenden munitionieren sich nicht immer aus dem Arsenal der Sachlichkeit, abgehandelt wird in Wirklichkeit Weltanschauung oder vordergründige Parteipolitik. Ein Großteil derer, die es angeht, nämlich Schüler und Eltern, sind ratlos und wissen im Begriffschwamm von Neuer Hauptschule, Neuer Mittelschule, Integrierter oder

Unterrichtsausschuss des Nationalrates zur Sprache kommt, wo es im Zusammenhang mit der 6. Schulorganisationsnovelle um die Verlängerung der Versuche geht.

ANDERE FOLGERUNGEN

Schnell kommt zu denselben Ergebnissen wie auch die ÖVP, er zieht nur andere Folgerungen. Daß die Schulversuche erfolgreich waren und sind, kann heute niemand mehr leugnen. Ihre positiven Resultate will die ÖVP für eine „Neue Hauptschule“ retten und damit gleichzeitig den hierar-

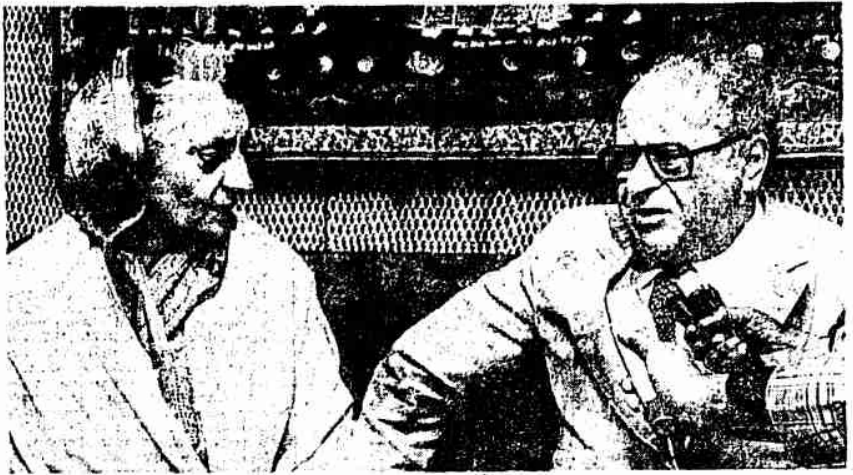


Photo AP/Photata

Bei der Ankunft in Neu-Delhi führt Krelsky das erste Gespräch mit Indira Gandhi am Flughafen

Krelsky zieht Zwischenbilanz seiner Reise:

Kambodscha nicht fest in Hanois Hand

NEU-DELHI (apa). Bundeskanzler Krelsky, der bei seiner Asienreise Dienstag in Neu-Delhi eingetroffen ist, stellte sich kurz nach seiner Ankunft österreichischen Journalisten zu einem Pressegespräch zur Verfügung. In diesem nahm er vor allem zur Situation in Südostasien Stellung und sprach über seine Eindrücke nach den Zusammenkünften mit führenden Politikern. Das Gespräch mit dem thailändischen Ministerpräsidenten Kriangsak Chomanand habe ihm ein sehr anschauliches Bild von der Lage in diesem Teil der Welt vermittelt.

Anscheinend sei manche Betrachtungsweise, die man bisher für richtig gehalten habe, falsch, vor allem der Eindruck, daß die Vietnamesen Kambodscha fest in der Hand haben. Es gebe in sehr großen Gebieten noch starke gegnerische Gruppen, die auch miteinander in Verbindung stehen und eine „demokratische Front“ bilden wollen. In der der frühere Ministerpräsident Pol Pot nicht mehr so großen Einfluß haben würde wie bisher. Die Aussichten auf eine solche gemeinsame Front schienen gut zu sein. Ob der Kampf gegen die Vietnamesen Erfolg hat, werde man freilich erst sehen müssen, denn die vietnamesische Armee sei sehr stark, die Vietnamesen seien seit 30 Jahren gewohnt zu kämpfen, und schließlich erhielten sie enorme Hilfe durch die Sowjetunion, zum Beispiel in Form von Lebensmittellieferungen.

nand auch erklärt, daß man in Thailand keine überwältigend gute Meinung von Prinz Sihanuk habe, sondern ihm teilweise sogar die Schuld für das gebe, was in Kambodscha geschieht. Man sei in Bangkok aber nicht bereit, China als Schutzmacht zu betrachten. Über die derzeitige Stärke Chinas sollte man sich keine Illusionen machen. Sollte es aber vielleicht in zwanzig Jahren zu einer echten Dominanz Chinas kommen, würde das nicht nur Asien, sondern auch Europa betreffen. Es könnte sein, daß bis zum Jahre 2000 ein Kräfteparallelogramm entsteht, mit Amerika, der Sowjetunion, China und einer vierten, neuen Konstellation, vielleicht mit Japan und Indien, in dem die Kräfte einander aufheben.

DIE HALTUNG INDIENS

Im Hinblick auf den Besuch in Neu-Delhi wurde der Bundeskanzler gefragt, wie er die Haltung Indiens zum Problem Afghanistan beurteile. Dazu meinte Krelsky, jedes Land habe seine unmittelbaren Feinde, und deshalb seien die Feinde dieser Feinde die eigenen Freunde. Für Indien sei

eben China der Feind. Aber es scheine nicht mehr ganz so zu sein, daß Indien auf jeden Fall auf der Seite der Sowjetunion stehe.

Was einen Boykott der Olympischen Spiele betreffe, halte er das nicht für die ärgste Strafe, die die Sowjets treffen könne. Eine weit größere Herausforderung für Moskau sei die amerikanische Aufrüstung. Es sei denkbar, daß, sobald die Lage in Afghanistan geklärt ist und man sich in der Welt mit der dann gegebenen Situation abfindet, ein neuer Entscheidungsprozeß, dann freilich auf einer höheren Ebene, eintritt.

Die wirklich gefährliche Lunte am Pulverfaß sei das gleich große Interesse der beiden Weltmächte am Persischen Golf. Beide hofften, dort vorherrschenden Einfluß zu haben, und keine der beiden würde dem anderen den ungestörten Besitz dieser Region überlassen. Das berge eine Fülle von Konfliktstoff in sich.

Eigentumswohnungen in China erhältlich

PEKING (reuter). In vier Städten im Südwesten Chinas sind nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur „Neues China“ mehr als 100 Eigentumswohnungen gebaut worden. Sie würden für einen Preis zwischen 4400 und 5000 Dollar (rund 53.000 bis 60.000 Schilling) je Einheit verkauft, der nach den Baukosten kalkuliert sei. Ihr „dauernder Besitz“ sei sichergestellt.



Überall Eintopf? Gesamt- oder Einheitsschulen sind in Ost und West das übliche Schulsystem. Österreich gehört zu den wenigen Ausnahmen

Additiver Gesamtschule, Tagesschule nicht mehr ein noch aus. Nicht zu spät hat der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Hermann Schnell, Pädagoge von Beruf und Berufung, nun ein Buch auf den Markt gebracht, das Klarheit schafft und über die Gesamtschule und auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen aufklärt mit Vorurteilen:

WARUM DIE NEUE MITTELSCHULE WÜNSCHENSWERT IST

„Die Neue Mittelschule als Gesamtschule“ (Verlag für Jugend und Volk, 148 Schilling) beleuchtet die gemeinsame Schule der Zehnbis Vierzehnjährigen von allen Seiten und ohne je in Versuchung zu kommen, Leser durch das Kauderwelsch der pädagogischen Neusprache abzuschrecken. Er beantwortet zunächst die Frage, warum die gemeinsame Schule der Zehnbis Vierzehnjährigen wünschenswert ist, wobei er auf die verfrühte Entscheidung über die Schullaufbahn ebenso eingeht wie auf die Individualität des Schülers und die Anforderungen, die sich daraus für die Schule ergeben, auf das unerträgliche Repeatingproblem ebenso, wie auf die Motive, die Eltern ihre Kinder auf das Gymnasium schicken lassen. Daß die Kinder von Beamten und Angestellten deutlich überrepräsentiert sind zugunsten der Kinder von Arbeitern und Bauern, ist bereits eine Bildungspolizei Banalität geworden, die zu wiederholen man allerdings nicht müde werden darf, solange Vertreter eines Bildungselitarismus diese Tatsache unter den Tisch kehren wollen. Nicht eine Auslese der Besten, sondern eine nach sozialer Herkunft haben wir heute immer noch, wenn auch bereits gemildert.

Nach einem historischen Überblick und einer ausführlichen Beschreibung des Modells der Gesamtschule kommt Schnell zu den heißen Eisen, zu den Schulversuchen und ihrer Bewertung, ein Gegenstand, der auch heute im

chischen Aufbau des Schulsystems erhalten, während Autor Schnell keinen Zweifel offenläßt über seine Konsequenz: Die Gesamtschule ist dem traditionellen System überlegen.

Im Bemühen um Objektivität wertet er die Ergebnisse der Versuche gar nicht selbst aus, sondern zitiert aus dem Gesamtbild über die Auswertung der Schulversuche eines anderen Experten, Gottfried Petri. Dessen Schluß: In der integrierten Gesamtschule gibt es fast kein Wiederholen bei AHS und des ersten Hauptschulzuges, bei den Schülern auf dem Niveau des zweiten Hauptschulzuges konnte die Repetentenquote stark reduziert werden — und das ohne Leistungsver schlechterung. Die Schüler haben bessere Chancen, auf einem Niveau unterrichtet zu werden, das ihren Fähigkeiten entspricht, die Lernerfolge der Versuchsschüler entsprechen denen gleichbefähigter Schüler in den Regelschulen. Die Chancengleichheit wird wesentlich verbessert.

ÜBERTRAGBAR

Schnell ist selbstverständlich der Ansicht, die Schulversuche sind bei diesen Ergebnissen auf das Regelschulsystem übertragbar. Das ist die Differenz zur ÖVP. Der Autor nimmt es philosophisch. Er weiß, daß der Kampf um die Gesamtschule im Interesse der Kinder und der Gesellschaft gewonnen werden muß, daß er aber noch lange dauern wird — obwohl er Fortschritte sieht. Bei der Präsentation seines Buches sagte er Mittwohl, einen Denker der Alten zitiierend: Neuerungen stoßen zunächst auf heftige Ablehnung — das hatten wir. Dann kommt eine Phase der Verspottung — die haben wir mit dem Schimpfwort von der „Eintopfschule“. Aber dann folgt die Phase sachlicher Diskussion, in der man auch bereit ist, gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse zu akzeptieren. Hoff Schnell.

FLÜCHTLINGSPROBLEME

So günstig die Eindrücke in Singapur und in Manila im Sinne einer gewissen Stabilisierung der Verhältnisse waren, so wenig erfreulich biete sich die Lage den Thailändern dar, setzte Krelsky fort. Für sie komme noch dazu, daß das Flüchtlingsproblem große Schwierigkeiten mache. In Thailand gebe es nach den Worten Chomanands fast eine Million Flüchtlinge, und in Bangkok fürchte man, daß die erste große Hilfsaktion der Welt nicht wiederholt wird. Wenn das der Fall wäre, würden die Thailänder nicht wissen, was sie tun sollen. Der Ministerpräsident habe deshalb auch erklärt, er hoffe, daß sich Österreich bei Beratungen über weitere internationale Hilfsmaßnahmen positiv für solche aussprechen werde. Er, Krelsky, habe dazu gesagt, daß man in Wien für das Flüchtlingsproblem sehr viel Verständnis habe.

Zu Kambodscha habe Choma-

Boycott von selten der Sowjetunion

Aussendung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS im Juni 1976 anlässlich der Schacholympiade in Haifa (Israel): „Die Abhaltung der Schacholympiade in einem Land, dessen Regierung trotz der bekannten UNO-Resolution weiter eine Politik der Aggression gegen benachbarte arabischen Staaten betreibt, verstößt gegen das olympische Prinzip.“

Die UdSSR und die europäischen Oststaaten haben damals die Schacholympiade boykottiert.

94 **Aktuelles**
AZ
Lexikon N

Nitrosamine

Im Zusammenhang mit der Schädlichkeit des Zigarettenrauches ist oft davon die Rede, daß neben dem altbekannten Suchtgift Nikotin, das im Tabak enthalten ist, vor allem auch die Nitrosamine beim Rauchen gesundheitsgefährdende Wirkung haben.

Nitrosamine sind Stickstoffverbindungen, deren herausragendes Merkmal ist, daß viele — 80 Prozent — von ihnen cancerogen (krebszerzeugend) sind. Sie entstehen beispielsweise beim Verbrennungsprozeß der Zigaretten und treten daher im Zigarettenrauch auf, sind aber auch in geräuchertem und gebratenem Schinken sowie nitritbehandeltem (gepökelt) Fleisch und Wurstzusatz nachzuweisen.

Die bisherigen Forschungen haben erwiesen, daß Nitrosamine in Organen mit raschem Zellstoffwechsel und in blutbildenden Organen zur Entstehung von Tumoren und Krebsgeschwüsten führen können. Wegen dieser Gefahren ist die Untersuchung der Möglichkeiten zur Unterdrückung der Nitrosaminbildung von Bedeutung. Gewisse Hoffnungen setzt man auf Vitamin C, dessen Zusatz zu Pökelsalzen die Entstehung von Nitrosamin verhindern soll. Bei der Zigarettenherstellung sollen Spezialfilter Abhilfe schaffen, was aber noch nicht das Problem der Gefährdung der „Nitraucher“ löst.

Zwei Maskierte raubten Floridsdorfer Bank aus

WIEN (AZ). Zwei bewaffnete und maskierte Männer haben Donnerstag abend kurz vor Schalterchluss die Volksbankfiliale auf dem Leopoldauer Platz in Wien-Floridsdorf überfallen. Sie konnten mit einer Beute, deren Höhe bei Redaktionsschluss noch nicht feststand, flüchten.

Kurz vor 17.30 Uhr — am Donnerstag haben die Wiener Banken den „langen“ Tag — stürmten zwei unbekannte, mit Roger-Staub-Skimitzungen maskierte Männer in den Schalterraum der Volks-

bank am Leopoldauer Platz. Mit vorgehaltenen Pistolen erbeugten sie ersten Meldungen zufolge zwei Geldsäcke. Eine sofort eingeleitete Alarmfahndung blieb vorerst ergebnislos.



Freitag, 1. Februar 1980 O Nummer 32

Arbeiterzeitung Schilling 4
 LIRE 500, DIN. 10, DM 0,60
 GEGRÜNDET 1889 Tel. 55 56 16 — P. b. b.

DEUTSCHER BUNDESTAG

Wissenschaftliche Abteilung
 PRESSEDOKUMENTATION

ARCHIVEXEMPLAR

Graz zur Volksbefragung: Mehrheit gilt

WIEN (AZ). Bürgermeister Graz bekräftigte Donnerstag seine Absicht, den Mehrheitswillen bei der bevorstehenden Volksbefragung zu befolgen. Es gibt kein Wenn und Aber, kein Feilschen um Prozente, keine Ausreden und kein Herumreden, stellte Graz fest (im Wortlaut auf Seite 3). Er wies damit die Unterstellungen der VP, daß er nur bei einer Teilnahme von 50 Prozent der Wahlberechtigten das Ergebnis ernst nehme, zurück. Bei der heutigen Gemeinderatsitzung wird die Volksbefragung das Hauptthema sein.

Die Volksbefragung wird sich auf vier Fragen beziehen. Die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, die Aufstellung von Propagandaständen auch außerhalb der Wahlzeiten, auf die Frage nach der Schaffung einer zweiten Westeinfahrt über den Föhnersteig (wobei mit ja und nein, wenn ja, dann ob Hochstraße oder niveaugleiche Straße, entschieden wird) und schließlich noch die Umwandlung alter Friedhöfe in Parkanlagen.



Bundeskanzler Kreisky schlägt in Neu-Delhi vor:

Neuer Marshallplan als Modellversuch

NEU-DELHI (AZ). Österreich werde versuchen, die Idee einer Art Marshallplanhilfe für die Entwicklungsländer als Modellversuch in die Tat umzusetzen. Dies kündigte Bundeskanzler Kreisky in einer Rede vor dem Plenum der 3. Generalkonferenz der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (Unido) in Neu-Delhi an. „Wenn nur drei bis vier kleinere gleichgesinnte europäische Industriestaaten und zwei oder drei erdölproduzierende Staaten sich mit einigen Entwicklungsländern zusammenschließen würden, könnte damit ein konkretes Beispiel neuer Formen der Zusammenarbeit verwirklicht werden“, führte der Bundeskanzler vor dem bis auf den letzten Platz gefüllten Plenarsaal aus.

Kreisky betonte in der mit starkem Beifall aufgenommenen Rede, von der in Delegationen gesagt wurde, sie hätte sich in ihrer Konkretheit positiv von vielen Reden anderer Staatschefs unterschieden, vor allem die besondere Bedeutung des Ausbaus der Infrastruktur für die Entwicklungsländer. Kreisky ging auch auf die Krise der internationalen Entspannungspolitik ein.

In seiner Einleitung drückte er seine besondere Bewunderung für Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru aus, von dem er sagte, er habe einen gewaltigen Beitrag im Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus geleistet, und auch „Generationen von jungen Menschen aus den ehemals imperialistischen Ländern für seine Ziele gewonnen“.

Kreisky wandte sich gegen die Ansicht, daß nun, in einer der verwirresten Epochen der modernen Geschichte eine neue Phase des Kalten Krieges unabwendbar beginnen müsse. Seit dem Entspannungsprozeß, der mit dem Abschluß des österreichischen Staatsvertrages vor 25 Jahren begonnen habe, habe es schon mehrere Krisen gegeben, die aber nicht einen Rückfall in den Kalten Krieg bedeuteten hätten.

Mit Aufmerksamkeit wurde aufgenommen, daß Kreisky in diesem Zusammenhang die Afghanistan-

resolution der UNO-Generalversammlung erwähnte, die den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan forderte: „Lassen Sie mich aber auch mit aller Deutlichkeit sagen, daß man der Sache des Friedens nur dann dienen kann, wenn man Entschiedenheit und Klarheit zum Ausdruck bringt, wie das am besten getan werden kann. Das ist nämlich der UNO-Generalversammlung unlästig zu sehen, als 104 Staaten gegen 18 ihren Standpunkt klar zum Ausdruck gebracht haben.“

Kreisky betonte mit Nachdruck, daß die Helsinkiakte als Ausdruck der Entspannungspolitik nach wie vor gelten müßten. „Wir weigern uns, dieses Dokument von Helsinki als null und nichtig aufzugeben.“ Im Gegenteil müßten die Zustände wiederhergestellt werden, die bestanden haben, als die Helsinkiakte verfaßt wurden, und schließlich müßten sie noch verwirklicht werden.

Man müsse weiter für Rüstungskontrolle und Abrüstung eintreten. Ein Bruchteil der 400 bis 500 Milliarden US-Dollar, die auf der Welt jährlich für Rüstung ausgegeben werden, könnten „die kühnsten Pläne für eine neue Wirtschaftsordnung in der Welt wahr machen.“

fortsetzung auf Seite 4

Teheran: Studentenunruhen Frischfleisch mußte rationiert werden

LONDON (ap). An der Universität von Teheran ist es nach einem Bericht des iranischen Rundfunks Mittwoch nachmittag zu Unruhen gekommen. In der Sendung hieß es, der Sohn von Revolutionsführer Ayatollah Khomeini habe an die Streikenden appelliert, ihren Zorn zu beenden.

Hodschatol Khomeini sprach die Hoffnung aus, daß die Studenten ihre Probleme mit dem Vertreter des Imam besprechen könnten und Lösungen gefunden würden. Angesichts des Gesundheitszustandes des Imam seien Ruhe und Ordnung an der Tagesordnung, sagte er weiter unter Anspielung auf den gegenwärtigen Krankenhausaufenthalt seines Vaters wegen eines Herzleidens. Sollten die Unruhen jedoch anhalten, würden die Behörden eingreifen.

Offizielle Kreise berichteten, seit Tagen anhaltende Gewalttätigkeiten in Teheran führten zu Unruhen und Unordnung. Die Meldung enthielt keinen Hinweis darauf, wer

gegen wen kämpft. In der Vergangenheit waren es marxistische und antimarxistische Studenten, die in den Straßen Teherans zusammenstießen.

Der iranische Landwirtschaftsminister Sheibani hat unterdessen unter Anspielung auf die gestiegenen Preise, Lieferprobleme und den eingestellten Import von Gefrierfleisch eine Rationierung von Frischfleisch angeordnet. Dem Sender zufolge kann künftig jede iranische Familie pro Woche nur noch vier Kilogramm Fleisch kaufen. Die im Süden Teherans Wohnenden müssen mit zwei Kilogramm in der Woche auskommen.



In einer Pause ihrer Gespräche mit Bundeskanzler Kreisky und dem US-Sonderbotschafter Clifford nimmt Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi an einem nordindischen Volksfest teil

man spricht davon

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, besagt ein grammatikalisch nicht ganz einwandfreies, aber in seiner Einfachheit doch überzeugendes Sprichwort. Der österreichische Bundeskanzler hat seine Idee von einer Art „Marshallplan“, in dem sich Industrie-, Öl-erzeuger- und Entwicklungsländer zu gegenseitigem Nutzen zusammenschließen sollten, schon

Ruf der Vernunft

wiederholt vorgetragen. Dafür wurde ihm zwar allgemeiner Beifall gezollt, aber der Weg von der Zustimmung zum Handeln schien sehr weit.

In Neu-Delhi, vor einem Forum, das für eine der Lebensfragen unserer Welt — die Überwindung der Kluft zwischen dem „Norden“ und dem „Süden“, die Aufhebung des scheinbar naturgesetzlichen Reicherwerdens der Reichen und Armerwerdens der Armen — in hohem Maße zuständig ist, ging Kreisky einen Schritt weiter. Er kündigte an, daß Österreich bereit sei, maßgeblich an einem Modell mitzuwirken, an dem

sich die Gültigkeit der Vorschläge erweisen soll. Man darf annehmen, daß der Bundeskanzler von einem solchen Projekt nicht unverbündet spricht, sondern daß es konkrete Vorverhandlungen mit Partnern gibt, die ebenfalls mehr als nur platonisches Interesse an einer derartigen Zusammenarbeit zeigen.

Gerade in einer Welt, wie sie sich uns in den letzten Wochen präsentiert: krisengeschüttelt, von neuerlichem Zerfall in zwei einander drohend gegenüberstehende Lager bedroht — gerade in einer solchen Welt ist es von besonderer Bedeutung, daß Länder, denen keine Großmachtintentionen unterstellen kann, daß Staatsmänner, die (ohne auf eine klare politische Haltung zu verzichten) nicht die Interessen irgendwelcher Blöcke, Armeen, Industrieregionen vertreten, das wirklich Wesentliche im Weltgeschehen in Erinnerung rufen. Dazu gehört nicht nur die Fähigkeit eines weiten Blicks, dazu gehört auch die Zähigkeit und Ausdauer, das als ebenso sinnvoll wie durchführbar Erkante immer wieder zu vertreten. Mit Worten und mit aktivem Engagement, bis der Ruf der Vernunft unüberhörbar geworden ist.

Manfred Scheuch

OIAG gibt grünes Licht für VW-Montagewerk

WIEN (apa). Das Projekt eines VW-Montagewerkes in Österreich rückt der Realisierung näher. Der OIAG-Aufsichtsrat gab am Donnerstag dem Vorstand den Auftrag, das Projekt zur Gründung einer Fahrzeugmontagegesellschaft gemeinsam mit der SGP und Porsche Österreich zu prüfen und die Verhandlungen fortzusetzen. Der endgültige Beschluß soll dann in zwei Monaten gefaßt werden.

USA: Sowjetvorstoß bedeutet Krieg

NEU-DELHI (ap). Ein sowjetischer Vorstoß von Afghanistan aus zum Persischen Golf bedeutet Krieg mit den Vereinigten Staaten. Diese unmißverständliche Warnung sprach Donnerstag in Neu-Delhi der frühere amerikanische Verteidigungsminister Clifford aus, der als Sonderbeauftragter von Präsident Carter in die indische Hauptstadt geschickt worden war.

„Wenn die anderen Länder nicht reagieren, so wird die Versuchung, diesen Kurs fortzusetzen, für die Sowjets unwiderstehlich werden“, sagte Clifford in einer Pressekonferenz.

... für einen guten Start
 in die 80er... unsere Bank — die BAWAG

Prämien sparen u. Sparbriefe

BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT





Die Männer, die den früheren afghanischen Präsidenten erdrosselten: Hadud (links) und Ekbal

Kabul: Vor Prozeß gegen die Mörder von Präsident Taraki

MOSKAU (tass). Der nach dem Einmarsch der Russen in Afghanistan hingerichtete Präsident Amin, der im September den gemäßigten Moskafreund Taraki stürzte, hat seinen Vorgänger zuerst unter Hausarrest stellen und am 8. Oktober ermorden lassen, wie sich aus dem Text zu diesen beiden Bildern ergibt, die von der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS ausgesendet wurden.

In dem Text des einen Bildes heißt es: „Eine vorläufige Untersuchung der Ermordung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei und Vorsitzenden des Revolutionsrates Nur Mohammed Taraki durch die Amin-Bande wurde in Kabul beendet. Die Untersuchung ergab, daß die direkten Mörder Hauptmann Abdul Hadud, der frühere Chef der Nachrichtenabteilung des afghanischen Verteidigungsministeriums, und Kapitänleutnant Muhammed Ekbal, Befehlshaber einer Einheit der Wachen in Amins Palast, waren.

Am 8. Oktober 1979 gingen sie im Auftrag des Chefs der Amin-Wachen, Jandad, der seinerseits einen Befehl von Amin erhalten hatte, in das Zimmer, in welchem Taraki unter Hausarrest stand, griffen ihn an und erdrosselten ihn. Sein Leichnam wurde im geheimen aus der Stadt gebracht und an einem bisher unbekanntem Ort begraben. Die Verbrecher werden bald vor Gericht gestellt werden.“

Das eine Bild zeigt Muhammed Ekbal, wie er von zwei Soldaten geführt wird, das andere Abdul Hadud.

Rudolf Battek: Es war eine Attacke gegen mein Leben

VON JAN JIR

WIEN (AZ). Die Entführungsgeschichte des prominenten Charts-77-Untersuchers und unabhängigen Sozialisten Rudolf Battek hat ein gutes Ende genommen. In den Nachtstunden des Dienstag ist er nach Prag zurückgekehrt. „Es war eine überlegte Attacke gegen mein Leben“, er-

Wie die AZ bereits berichtete, wurde Battek vergangenen Freitag vor der Wohnung der Schauspielerin Vlasta Chramostova festgenommen und nach einem Verhör in Prag von der Polizei in ein kleines Dorf, Dolni Bouzov in Nordostböhmen, gebracht. Dort endete seine Spur.

Wie sich jetzt herausstellte, ließ ihn die Polizei nach einem weiteren Verhör in der Nacht auf Samstag in dem Ort frei, von dem aus es keine Verkehrsverbindung gibt, obwohl er mehrmals darauf hingewiesen hat, daß er verkühd und nur leicht bekleidet sei. In der frostigen Nacht wählte er eine

falsche Richtung und marschierte stundenlang, bis er erschöpft und mit angestiegenem Fieber eine Unterkunft fand, in der ihm auch Hilfe geleistet wurde. Er ließ zwar seine Angehörigen verständigen, was mit ihm geschehen sei, die Nachricht ist jedoch nicht nach Prag gelangt. Erst Dienstag halte sich sein Gesundheitszustand so weit gebessert, daß er die Heimfahrt antreten konnte.

Während der Verhöre stellte man ihm ständig nur eine Frage, nämlich was in der Wohnung von Vlasta Chramostova geschehen sollte.

Ian Smith empfiehlt Guerillaführer

SALISBURY (dpa). Ian Smith, der frühere Chef der weißen Minderheitsregierung in Rhodesien, hat seinen schwarzen Landsleuten empfohlen, bei den Wahlen Ende Februar für den ehemaligen Guerillaführer Nkomo zu stimmen. „Bei der Wahl dürfte sich die Entscheidung zwischen Nkomo und dem Marxisten Mugabe stellen, und da wäre Nkomo die bessere Lösung“, sagte Smith in Marule in Südrhodesien. Unter einem Regierungschef Nkomo sei in Rhodesien auch ein Platz für die Weißen.

Truppenabbau: Relativ milde Töne

WIEN (apa). Mit überraschend relativ milden Tönen zwischen Ost und West und ohne die bisher gewohnten harten gegenseitigen Beschuldigungen begann Donnerstag in Wien die 20. Runde der Wiener Truppenabbauverhandlungen. Während die westliche Seite davon sprach, daß man den Ereignissen in einem „anderen Teil der Welt nicht blind“ gegenüberstehen dürfe, da diese das gegenseitige Vertrauen verringerten, wurde vom Osten die Verschlechterung der Weltlage lediglich „bedauern“.

telegramme...

● China: 1 Milliarde Einwohner

PEKING (dpa). Die Bevölkerung Chinas hat, wie Donnerstags der stellvertretende Regierungschef Hang Shien in Peking mitteilte, die Milliardengrenze passiert und könnte bis zum Jahr 2000 um weitere 200 Millionen angewachsen sein.

● Peking bereitet Raumflug vor

PEKING (dpa). In einem geheimen Forschungszentrum irgendwo in China bereiten sich mindestens zwei Chinesen auf einen Flug in den Weltraum vor, sie erproben Raumanzüge, arbeiten in Druckkammern, üben die Bedienung der Armaturen ihres künftigen Raumschiffes und durchstehen Schocktests, wenn der Start ins All und die Rückkehr zur Erde simuliert werden.

● Weitere Verhandlungen BRD — DDR

BERLIN (reuter). Die innerdeutschen Verhandlungen werden nach Überzeugung des Regierenden Westberliner Bürgermeister Stobbe (SPD) auch nach der Verschiebung des Treffens zwischen Bundeskanzler Schmidt und DDR-Staats- und Parteichef Honecker fortgesetzt. Er sei „darüber informiert, daß die Sachgespräche nicht unterbrochen werden sollen“ und weiterhin Lösungen gefunden werden könnten, sagte Stobbe.

(fortsetzung von Seite 1)

Vorrang in der „großen Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung in den Teilen der Welt, die noch unter Armut und Arbeitslosigkeit leiden“ habe der Ausbau der Infrastruktur und nicht die forcierte Entwicklung einzelner industrieller Großprojekte, meinte Kreisky, weil Infrastrukturausbau nachhaltiger und sicherer sei. Er wies insbesondere auf die Bedeutung des Ausbaus des Eisenbahnnetzes, der Wasserversorgung, von Bewässerungsanlagen und Wasserkraftwerken, Telekommunikationsanlagen und Ausbildungsstätten hin.

OHNE POLITISCHE BEDINGUNGEN

In der Entwicklung seiner Vorstellung einer Art Marshallhilfe für die Dritte Welt betonte Kreisky, daß damals seitens der USA diese Hilfe jedem Land und ohne politische Bedingung angeboten wurde. Zudem habe der Marshallplan eine Technik in der Abwicklung entwickelt, die das Selbstbewußtsein der beteiligten Länder nicht verletzt habe. Die Bereitschaft zu solch einem Plan für die Dritte Welt würde den Nord-Süd-Dialog einer ersten erfolgreichen Etappe zuführen.

Auf einen der zentralen Diskussionspunkte der Unido-Konferenz ging Kreisky ein, als er meinte, man könne bei der Aufbringung der Mittel für den Infrastrukturausbau in den Entwicklungsbländern die Schaffung einer neuen Finanzrichtung nicht ausschließen. Die Mittel sollten gemeinsam von Industrienationen und Erdöllän-

dem aufgebracht werden. Größere Chancen für die Aufbringung der nötigen Mittel bestehen, wenn allgemein anerkannte und geeignete Projekte vorliegen.

AN KONKRETE PROJEKTE BINDEN

Bei der anschließenden Pressekonferenz, zu der über 100 Journalisten gekommen waren, präzisierte Kreisky seine Vorstellungen: Auf die Frage, ob Kreisky den Vorschlag der „Gruppe der 77“ (in dieser Gruppierung sind inzwischen 119 Entwicklungsländer versammelt) unterstütze — die westlichen Industrieländer stehen diesem Vorschlag negativ gegenüber —, nach dem von den Industrie- und Erdölländern bis zum Jahre 2000 300 Milliarden Dollar in einen Entwicklungsfonds eingezahlt werden sollen, der von den Entwicklungsländern kontrolliert und verwaltet werden sollte, antwortete der Kanzler: „Von meinen ideologischen Positionen bin ich dafür, aber ich halte das für unrealistisch.“ Solch ein Spezialfonds müsse an konkrete Projekte gebunden werden. Dann seien auch die von den Entwicklungsländern geforderten 300 Milliarden eine realistische Größe.

ENTSPANNUNG OHNE BESCHWICHTIGUNGSPOLITIK

Gefragt, ob er, Kreisky, für die Einberufung eines Gipfeltreffens für die Verwirklichung seiner Konzeption einer Marshallplanhilfe für die Dritte Welt denke, antwortete er: „Ich glaube nicht an Gipfelgespräche, die bringen nichts.“ Als Entspannung ohne Appeasement (Beschwichtigungspolitik) charakterisierte schließlich Kreisky seine Einstellung zur jetzigen „schweren politischen Krise“ auf der Welt.

Paris hilft Tunesien gegen Libyen

Flottendemonstration im Mittelmeer — Diplomatische Beziehungen eingefroren

VON AZ-KORRESPONDENT GEORG SCHEUER (PARIS)

PARIS (AZ). Tunesiens Hilferuf gegen Libyens „Aggression“ verhallt nicht ungehört. Frankreich sendet Transall-Maschinen, Kampfhubschrauber und Instrukturen. Der „Aufmarsch“ französischer Kriegsschiffe und U-Boote gilt jedoch als breit angelegte Demonstration der Mittelmeermacht Frankreich in der gegenwärtigen internationalen Situation.

Es begann Sonntag mit einem bewaffneten Aufruf im südtunesischen Phosphatrevier um Gafsa zum Jahrestag des vor zwei Jahren blutig unterdrückten Generalstreiks.

Tunesien verdächtigte zuerst Algerien und dann Libyen, den neuen Aufruf in Südwesten anzuknüpfen zu haben. Der tunesische Innenminister Kechrid erklärte gestern, es handle sich um eine „kriminalistische Aggression, von einem Nachbarstaat organisiert und geplant“. Demnach wurden tunesische Partisanen in Libyen ausgebildet und über Südalgerien nach Tunesien geschleust. Nach offiziellen Angaben gab es bei den Kämpfen 41 Tote und 111 Verletzte. Burgibas, Innenminister behauptet auch, die Rebellen hätten die Bildung einer „provisorischen Regierung“ geplant. Der libysche Botschafter in Tunesien wurde zum Verlassen des Landes aufgefordert, der tunesische Botschafter in Libyen wurde aberufen.

Auf Hilferuf Tunesiens leistet Frankreich somit militärischen Beistand, wobei jedoch in zuständigen Kreisen unterstrichen wird, daß es sich um eine sehr beschränkte Hilfe handle, nämlich um Transall-Maschinen zum Transport tunesischer Truppen aus der Hauptstadt in den Süden, Puma-Kampfhubschrauber und einige Elemente der II. Fallschirmjägerdivision, hauptsächlich als Berater.

Die gleichzeitige Auffahrt französischer Kriegsschiffe mit Landetruppen im östlichen Mittelmeer steht nach offiziellen Angaben nicht in direktem Zusammenhang mit den tunesischen Ereignissen, sondern hätte ein weitgestrecktes Ziel, nämlich Großmanöver im Zusammenhang mit der Internationalen Lage. Während amerikanische und sowjetische Kriegsschiffe hauptsächlich im Indischen Ozean kreuzen, nimmt die französische Kriegsmarine den tunesisch-liby-

schen Zwischenfall wahr, um ihre eigene Kraft im Mittelmeer zu demonstrieren, wobei die tunesisch-libyschen Gewässer miteinbezogen sind.

Die libysche Kriegsmarine wird seit einigen Jahren hauptsächlich von Moskau, Paris und Rom unterstützt. Sie verfügt über U-Boote aus der Sowjetunion, Raketenabwischschiffe aus Frankreich und Italien. Infolge Personalmangels ist sie jedoch noch weitgehend von technischer sowjetischer Hilfe abhängig. Tunesiens Marine hingegen taugt nach französischer Darstellung derzeit nur für Küstenschutz und Nahverteidigung. Mehrmals wurde in Tunis die Notwendigkeit einer entsprechenden Kriegsmarine gegen libyschen „Expansionismus“ unterstrichen.

Präsident Giscard d'Estaing hat gestern seine derzeitige Provinzreise abgebrochen und ist vorzeitig nach Paris zurückgekehrt, wo er heute den tunesischen Botschafter empfängt. Zugleich wurde das für nächste Woche hier erwartete Treffen mit Bundeskanzler Schmidt auf Sonntag vorverlegt. Auf der Tagesordnung des Gyltstgesprächs steht die gesamte Weltlage einschließlich der neuesten Entwicklung im Mittelmeerraum.

95

Aktuelles Lexikon

S

Schweinezyklus

Der Schweinezyklus ist eine Art Konjunkturbarometer auf dem Schweinemarkt. Wenn die Schweinepreise günstig sind, beginnen die Bauern mehr Schweine zu halten und die Produktion steigt. Da es sich um ein „lebendes“ Produkt handelt, dessen Produktion man nicht mit einem Knopfdruck an einer Maschine erhöhen oder senken kann, dauert es immer eine gewisse Zeit, bis schlechtere Schweine auf den Markt kommen.

Bei guten Preisen stellen immer mehr Bauern Ferkel zur Aufzucht ein. Nach etwa 12 bis 15 Monaten, wenn die Sauen schlechtere werden, kommt es dann zu einem erhöhten Angebot auf dem Schweinemarkt und die Schweinepreise beginnen wieder zu sinken. Im klassischen Fall dauert dieser Schweinepreiszklus, wie er genauer heißen müßte, drei bis vier Jahre. Bei sinkenden Preisen ziehen die Bauern weniger Ferkel auf, und nach etwa 15 bis 18 Monaten später kommt es zum umgekehrten Bild: Das Schweineangebot sinkt, die Preise steigen, der Zyklus beginnt von neuem. In Österreich zeichnet sich heute ein struktureller Schweineüberschuß ab. Die Bauern verringern bei niedrigen Preisen nicht die Zucht, sie versuchen über erhöhte Produktion die Einkommensverluste auszugleichen. Der Schweinezyklus wird so durch einen strukturellen Schweineberg bei niedrigen Erzeugerpreisen abgeleitet.

Sekanina: Reorganisation durch Gesellschaft

Interimsleiter für die Bundesgebäudeverwaltung

WIEN (AZ). Nachdem der Leiter der Bundesgebäudeverwaltung, Baudirektor Hofrat Diplomingenieur Otto Pesek, Dienstag im Auftrag des Landesgerichtes von der Wirtschaftspolizei verhaftet wurde, will Bauenminister Sekanina mit einer Reorganisation der Bundesgebäudeverwaltung eine Flurbereinigung durchführen. Vorerst soll, wie Sekanina Mittwoch betonte, ein interimistischer Leiter bestellt werden.

Schon zuvor hatte Sekanina — als die ersten Anzeichen der Affäre bekannt wurden — Schritte veranlaßt. Gegen 47 Beamte wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, einige sind bereits vom Dienst suspendiert.

Wie die AZ bereits berichtete, erfolgte die Verhaftung Peseks in dessen Büro durch Beamte der Wirtschaftspolizei in gerichtlichem Auftrag. Dem Haftbefehl liegen die Verdachtsmomente der Untreue (Paragraph 153 StGB) und

der Geschenkkannahme durch Beamte (Paragraph 304 StGB) zugrunde. Die Vorwürfe gründen sich auf den Verdacht der Annahme von Bargeld und Naturalien — angeblich im Wert von rund 150.000 Schilling.

Schon vor einigen Tagen wurde Ingenieur Rouschal, ein Werkmeister der Bundesgebäudeverwaltung, verhaftet. Auch er wird der Geschenkkannahme in einer Höhe von angeblich 100.000 Schilling verdächtigt.

Interimsleiter: Noch kein Name

Mittwoch wollte Bauenminister Sekanina noch keinen Namen eines möglichen interimistischen Leiters der Bundesgebäudeverwaltung nennen, da die Betroffenen noch nicht kontaktiert worden seien.

Längerfristig sei, so Sekanina, eine neue Organisationsform etwa mit ähnlichem Charakter wie die vom Parlament beschlossene Gesellschaft im Bereich des Schnellstraßenbaues denkbar. Es sollten alle organisatorischen und administrativen Vorkehrungen getroffen werden, um Schmiergeldaffären möglichst auszuschalten. Wenn es der Sache dienlich wäre, könnten auch Kompetenzen der Bundesgebäudeverwaltung beschnitten werden, meinte Sekanina.



Sekanina: „Neue Organisation“

Kostet Volksabstimmungs-Nein den Bund jetzt 7,5 Milliarden?

WIEN (AZ, apa). Muß der Bund jetzt 7,5 Milliarden Schilling zahlen, weil das Kernkraftwerk Zwentendorf nicht in Betrieb genommen wird? Die Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld Ges. m. b. H. (GKT) fordert diesen Betrag jetzt in einem Gerichtsverfahren, das Mittwoch begonnen hat, ein. Die Entscheidung darüber soll noch im heurigen Jahr fallen.

Nun ist wiederum die Finanzprokuratur am Zug, die innerhalb der nächsten Wochen eine weitere Stellungnahme abgeben muß. Das Gericht hat dann zu entscheiden, ob Eingriffe in das Eigentum, wie sie durch das Atomsperrgesetz geschehen sind, entschädigungsmöglich sind oder nicht. Bekommt die GKT recht, so muß in einem weiteren Verfahren die Höhe der Entschädigung, die der Bund zu zahlen hat, festgelegt werden.

AKH-Prozess: Ein Herzinfarkt und vier neue Anklagepunkte

WIEN (AZ). Der AKH-Prozess hat einen Angeklagten weniger: Schrack-Manager Friedrich Leucht erlitt in der Nacht auf Mittwoch einen Herzinfarkt und liegt auf der Intensivstation. Zweiter Knalleffekt: Der Staatsanwalt weitete die Anklage gegen Winter, Mück, Schweitzer und Zelnicek aus.

Bereits in den letzten Tagen war im Justizpalast davon gemunkelt worden, Staatsanwalt Hofer plane eine Ausweitung der ohnehin umfangreichen Anklage. Gestern Mittwoch ließ Hofer die Katze aus dem Sack. Vier der Angeklagten werden jetzt neue Tatbestände vorgeworfen, die sich erst im Prozessverlauf ergeben haben:

● Adolf Winter soll bei der Vergabe der Gasversorgungsanlage an die Lübecker Drägerwerke mitspielen haben. Außerdem soll der ehemalige AKPE-Direktor vier Millionen Schilling für deutschen Siemens-Firmen für entsprechende „Gegenleistungen“ bei der Auftragsvergabe erhalten haben.

● Vom Winter-Konto Geproma sollen — behauptet der Staatsanwalt — rund 3 Millionen Schilling und 330.000 D-Mark auf das Konto „Desiree“ geflossen sein. Dabei handelt es sich angeblich um den Rückfluß von Schmiergeldern. Die Nutznießer: die beiden inhaftierten Siemens-Manager Schweitzer und Mück. Mück soll darüber hinaus noch einmal 100.000 Schilling von Winter bekommen haben, von denen die Anklage bisher nichts wußte.

● Beim Angeklagten ITT-Manager Zelnicek erhöht sich die Summe der kassierten Gelder nach Ansicht der Anklage auf nunmehr 5 Millionen Schilling — bisher war von 3 Millionen die Rede gewesen. In eine seltsame Zwirkmühle

ist nun Adolf Winter gekommen. Ihm hatte die Anklage ursprünglich Einfußnahme bei der Vergabe von Aufträgen für die UNO-City vorgeworfen. Dafür soll Winter munter Schmiergelder kassiert haben.

Schon vor der Anklageausweitung wurde Mittwoch eine große Chance vertan: Als Ingenieur Günther Schaffer als Zeuge einvernommen wurde, fragten weder die Anwälte noch das Gericht, woher Schaffer, der Vizebürgermeister Busek als ersten Politiker über die Machenschaften Winters informiert hatte, von der Sache wußte. Busek benachrichtigte bekanntlich nicht das Kontrollamt, sondern „profil“-Redakteur Worn.



Angeklagter Leucht: Herzinfarkt

Immerhin: Konsequenz ist der „Tiroler Tageszeitung“ nicht abzusprechen. Noch erinnert man sich an Rupert Kerers brillante Analyse des abendländischen Unterganges, deren Quintessenz „Der Jud is schuld“ als „Kerersches Gesetz“ in die Geschichte der heimischen Publizistik eingehen wird.

Nun belehrt uns in der Ausgabe vom 10. Oktober ein Mini-Kerer namens Herbert Buzas, wer schuld ist: „Innsbrucks gepflegtes mittelalterliches Kleinod, die Altstadt, wurde zu einem Abfallkübel, der von fragwürdigen Typen strotzt“, heißt es da — gleich

Desinfizieren

neben dem atemberaubenden Zweispalter „Die Jodlerkönigin Österreichs ist Rosi Malrhöfer, Innsbruck“ — unter dem Titel „Aufgegriffen“. Wen das gepflegte mittelalterliche Kleinod Herbert Buzas da wohl meinen mag?

Die Langhaarigen sind es, präziser: die Straßenmusikanten. „Sie öffnen ihren Geigenkasten oder sonst ein Behältnis für ein Salteninstrument und belästigen dann das Publikum mit Musik und einem Gewinsel oder Gekrächze, das sie für Gesang halten.“ (Allroundtalent Buzas ist übrigens — trotz Jodlerkönigin Malrhöfer — nicht als Musikkritiker, sondern im Ressort „Reportagen“ tätig.)

Was tut nun ein echter Tiroler, einer, der seinen Geschmack an Kerer und Buzas verfeinert hat, angesichts solcher „Untermenschen“? „Der Anblick der meisten dieser Abstauber und Schnorrer ist so widerlich, daß man sich schon nach dem bloßen Hinschauen desinfizieren lassen müßte... Haltet die Altstadt rein! Auch vor solchen Typen“, empfiehlt die „Tiroler Tageszeitung“. Ich schließe diese Glosses und lasse mich desinfizieren. Heinz Sichrovsky

Kreisky will jetzt doch noch nach Cancun reisen

WIEN (apa). Mit Rücksicht auf seinen nach einer Erkältung angegriffenen Gesundheitszustand hat Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky seine für das Ende dieser Woche vorgesehen gewesene Reise nach Schweden abgesagt. Kreisky hätte am Samstag ein Ehrendoktorat der Universität Göteborg erhalten sollen.

Die Reise Kreiskys zum Nord-Süd-Gespräch nach Cancun in Mexiko ist jedoch weiterhin geplant, heißt es Mittwoch im Bundeskanzleramt.

Industrie zu Krankenständen: „Wehleidig“

Arbeitsmediziner: Ursachen in den Betrieben suchen!

WIEN (AZ). Frontalangriff der Industrie — beinhardt Kontor des Sozialministeriums: Die Diskussion über die Zahl der Krankenstände geht weiter. In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Industrie“, des Blattes der Industriellenvereinigung, führt man die Krankenstände recht unverhohlen auf Alkoholmißbrauch am Wochenende, Freizeitstress und übertriebene Fitneßübungen zurück. Sozialminister Dallingers Arbeitsmediziner warten dagegen mit neuen Zahlen über die gesundheitsgefährdenden Zustände in Österreichs Betrieben auf.

„Weniger Wehleidigkeit, mehr Sinn für Realität wäre geboten“ — so handelt sich die Industriellenvereinigung über die von Dallingers Experten schon in der Vorwoche präsentierten Fakten über die Zusammenhänge zwischen Krankenständen und Schlichtbeziehungsweise Akkordarbeit hinweg.

Inzwischen haben die Sozialmediziner aber neue Daten zusammengetragen, die man nicht

so leicht beiseiteschieben kann. So bleibt beispielsweise die Tatsache am Tisch, daß heute 16 Prozent aller Beschäftigten in Schicht arbeiten, während es 1978 erst 13 Prozent waren; daß 1981 7 Prozent Akkordarbeiter sind, im Vergleich zu 5 Prozent vor zwei Jahren.

Nicht bestritten werden können auch jene Zahlen, die das Statistische Zentralamt vergangenes Jahr erhoben hat:



Krankmacher Arbeitsplatz

● Von jenen Arbeitnehmern, die angeblich keiner Belastung am Arbeitsplatz ausgesetzt zu sein (etwa Staub, Hitze, Chemikalien usw.), fühlten sich 71 Prozent völlig gesund. Von jenen, die über sechs derartige gesundheitsgefährdende Einflüsse klagen, geben nur mehr 33 Prozent einen zufriedenstellenden Gesundheitszustand an.

● Von den durch keine Belastungen betroffenen Arbeitern klagen nur 6 Prozent über drei verschiedene Beschwerden, von denen mit sechs Belastungen haben bereits 29 Prozent drei Krankheiten.

Erhoben haben die Statistiker auch jene Arbeits-Umwelteinflüsse, bei denen bestimmte Leiden um 50 Prozent häufiger auftreten, als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Demnach leiden Arbeiter, die Rauch, Hitze und Dämpfen ausgesetzt sind, überdurchschnittlich oft an Bronchitis, Asthma und Gastritis. Kälte und Nässe, von der vor allem Bauarbeiter betroffen sind, führen zu Kreislaufstörungen und Nervenzündungen. Wer ständig einseitige Handgriffe machen muß — Beispiel: Fließbandarbeit — kann mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem Wirbelsäulenschaden rechnen. Lärm am Arbeitsplatz schlägt sich auf Herz, Darm und den Hormonhaushalt. So besahen ist der „blaue Montag“, von dem die Industriellen sprechen, eigentlich eine recht unbequeme Angelegenheit. Herbert Lackner

Renner-Preise für Worm, Coudenhove und „apropos“

WIEN (AZ). Im Presseclub Concordia wurden Mittwoch die Renner-Preise für Publizistik verliehen. Preisträger sind der „profil“-Journalist Alfred Worm für seine Leistungen bei der Aufdeckung des AKH-Skandals, Barbara Coudenhove-Kalergi für ihre Polenberichterstattung im ORF und die Kärntner Schülerzeitung „Apropos“. Wegen der Auszeichnung Worms war es in der Jury zu Auseinandersetzungen gekommen, weil die OGB-Vertreter Einwände erhoben hatten. Worm kommentierte dies Mittwoch mit bitteren Worten. Der OGB hat sich jetzt aus der Jury zurückgezogen.

Unruhe bei Metallgewerkschaftern

WIEN (AZ, BgB). Das bisherige Angebot der Arbeitgeber bei den Kollektivvertragsverhandlungen für die Arbeiter in der Metallindustrie, hat laut einer Aussendung des OGB zu Unruhen geführt. Die Landesorganisation der Metallarbeitergewerkschaft erklärte, auch gewerkschaftliche Maßnahmen könnten nicht ausgeschlossen werden.

Kritik an Rechnungslegung

WIEN (AZ, apa, twv). Über einstimmend haben Mittwoch der Freie Wirtschaftsverband und der Wiener Handelskammerpräsident Dittrich die geplante Pflicht zur Rechnungslegung bei Käufen über 400 Schilling kritisiert. Diese Grenze sei zu niedrig und belaste vor allem kleine Kaufleute, wird argumentiert.

Aufgegabelt

„Wir standen vor einem Hotel in Tel Aviv“, berichtete Nationalbank-General Kienzl vor SP-Gewerkschaftlern, „da kam eine junge Frau, die in verschiedenen Sprachen — herausbekommen wollte, woher wir kommen. Als sie hörte, daß wir aus Österreich sind, sagte sie: „O Scheißer“. Als Kreisky-Anhänger hätte man ihr beleidigt den Rücken kehren können, aber: Ich wollte wissen, was der Grund für den Schimpf sei. Und schließlich stellte sich heraus: die Dame war eine Prostituierte, und ihr deutscher Sprachschatz bestand lediglich aus diesen zwei Wörtern, mit denen sie uns eine Freude machen wollte.“ Schlußfolgerung des auch in der Meinungserhebung engagierten Kienzls: Eine negative Aussage nie gleich als solche hinnehmen, sondern die tieferen Gründe ausleuchten... Herbert Lackner

Repräsentantenhaus gegen Waffenlieferung an Saudis

Erste schwere Niederlage Reagans

WASHINGTON (ap). Das amerikanische Repräsentantenhaus hat Mittwochabend mit deutlicher Mehrheit von 301 gegen 111 Stimmen die von Präsident Reagan geplante Lieferung von fünf Flugzeugen des Frühwarnsystems AWACS an Saudiarabien abgelehnt und damit dem Präsidenten die erste empfindliche Niederlage seit seinem Amtsantritt im Jänner bereitet. Reagan hofft jetzt auf die Abstimmung im Senat, die in der nächsten Woche stattfinden soll.

Nur die Ablehnung beider Häuser könnte die Waffenlieferungen der USA an Saudiarabien im Wert von 8,5 Milliarden Dollar verhindern. Der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Senats deutete aber die Möglichkeit an, daß Reagan das AWACS-Geschäft notfalls auch gegen das Veto des Kongresses durchsetzen könnte, wenn er erkläre, der Verkauf sei notwendig zum Schutz der Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten, oder wenn er von der Existenz einer Notssituation ausgehe.

Präsident heftig um die Stimmen einzelner Senatoren, er versucht, bei Einladungen ins Weiße Haus und privaten Gesprächen Stimmen auf seine Seite zu ziehen. Im Senat halten sich Befürworter und Gegner des Saudiarabien-Geschäfts ungefähr die Waage. Die Gegner führen an, daß die Lieferung von fünf Aufklärungsflugzeugen, acht fliegenden Tankern, 202 Spezialtanks und 1177 Sidewinder-Raketen eine mögliche Bedrohung Israels und falls sie in falsche Hände geraten — auch der USA darstelle. Die Befürworter befürchten verringerte Chancen für die USA, im

Nahen Osten Frieden zu erreichen, wenn das Geschäft nicht zustande kommt.

AWACS zu Manövern nach Ägypten

Die USA haben dessen ungeachtet zwei Flugzeuge des AWACS-Frühwarnsystems nach Ägypten geschickt. Sie sollen dort an den gemeinsamen amerikanisch-ägyptischen Manövern teilnehmen. Außenminister Haig erklärte Donnerstag im Gegensatz zu einem Sprecher des State-Departement, der von einer Stationierung auf unbestimmte Zeit gesprochen hatte, daß die Maschinen nur für die Dauer der Manöver in Ägypten bleiben würden. Ein US-Sprecher, der anonymer bleiben wollte, sagte allerdings, der Hauptzweck der Entsendung der beiden Radarstationen sei die Abwehr eines libyschen Angriffs auf den Sudan. An der ägyptisch-libyschen Grenze wurden Donnerstag die ägyptischen Soldaten in Alarmbereitschaft versetzt.



Photo: ap

Was wie das Nasenputzen aussieht, ist nichts anderes als die jährliche Reinigung des Denkmals von General Douglas MacArthur in der Bucht von Palo auf der philippinischen Insel Leyte. Die Seavögel haben nämlich recht wenig Respekt vor dem hohen Militär. Diesen zollen ihm eher die Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die meisten von ihnen Japaner, die von MacArthur besiegt wurden

Wohlsein, Herr General

Nord-Süd-Treffen: Ernährung, Energie, Rohstoffe Hauptthemen

CANCUN, WIEN, BONN (apa, dpa). Die westdeutsche Regierung werde trotz schwieriger Haushaltslage bei ihrer Hilfe an die Entwicklungsländer nicht nachlassen. Diese Versicherung gab der deutsche Bundeskanzler Schmidt in einem Brief an Willy Brandt anlässlich des bevorstehenden Nord-Süd-Gipfeltreffens in Cancun. Schmidt äußerte zugleich die Hoffnung, daß das Treffen von Cancun ein Neubeginn für die Diskussion zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sein wird. In Briefen an die 21 Teilnehmer des Treffens entschuldigte sich der deutsche Bundeskanzler für sein durch eine Herzoperation bedingtes Fernbleiben von dieser Konferenz.

Das für 22. und 23. Oktober angesetzte Gipfelgespräch auf Ebene von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs in Cancun geht auf eine gemeinsame Initiative des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky und des mexikanischen Präsidenten José Lopez Portillo zurück, die einen Vorschlag des Brandt-Berichts aufgegriffen haben. Die 1977 gebildete Brandt-Kommission hatte eine internationale Nord-Süd-Begegnung auf höchster Ebene vorgeschlagen, die einige besonders drängende Fragen behandeln sollte.

Im April des Vorjahrs wurde bei einem Treffen in Salzburg, an dem Brandt, Kreisky sowie Außenminister Pahr und sein mexikanischer Kollege Castaneda teilnahmen, erstmals konkret über

einen Nord-Süd-Gipfel gesprochen. Am 7. und 8. November 1980 fand in Wien ein erstes Konsultativtreffen statt, dem eine zweite Runde (ebenfalls in Wien) am 12. und 13. März 1981 folgte. Am 1. und 2. August fand dann eine Vorbereitungskonferenz auf Außenminister-Ebene in Cancun statt, bei der der Teilnehmerkreis des Treffens vereinbart wurde.

Schwerpunkte

Das sind die Hauptthemen für Cancun: 1. Sicherheit der Nahrungsversorgung und der Entwicklung der Landwirtschaft; 2. Rohstoffe, Handel und Industrialisierung; 3. Energie; 4. Währungen und Finanzfragen. Die Ergebnisse sollen die Vorsitzenden in einer Zusammenfassung festhalten.

400 Messer bei Papstaudienz

Eine reiche Ausbeute machte die italienische Polizei Mittwoch bei der Generalaudienz von Papst Johannes Paul II. Im Rahmen der verschärften Sicherheitsvorkehrungen wurden bei den Gläubigen und Schaulustigen mehr als 400 Messer beschlagnahmt. Auch einige Nonnen und Priester mußten aus Sicherheitsgründen ihre Messer vorübergehend abgeben.

Nervenkrieg Algerien-Marokko um Westsahara

ALGER (ap). Algerien hat Donnerstag die von Marokko im Zusammenhang mit dem Abschluß zweier marokkanischer Militärfugzeuge aufgestellte Behauptung, Algerien und Libyen seien für den Zwischenfall verantwortlich, zurückgewiesen. Die Algerier warfen dem marokkanischen König Hassan vor, durch Briefe an westliche Staatsmänner und an die UNO, den Kampf des saharischen Volkes um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu verleumdern. In der Westsahara war es Dienstag zu schweren Gefechten zwischen Polisario und marokkanischen Truppen gekommen, wobei hochmodernes Kriegsgüter eingesetzt wurde.

Flüchtender DDR-Soldat erschößt Kollegen: Sechs Jahre

BERLIN (ap). Zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe wegen Totschlags hat ein West-Berliner Gericht den 20-jährigen ehemaligen DDR-Grenzsoldaten Egon Bunge verurteilt, der am 4. November letzten Jahres bei der Flucht nach West-Berlin den 24-jährigen Gefreiten Ulrich Steinhauer erschossen hatte. Bunge hat nach Überzeugung des Gerichts bedingt vorsätzlich gehan-

delt. Er habe den Tod des Gefreiten eigenen Aussagen zufolge nicht gewollt, er habe ihn jedoch in Kauf genommen. Erschwerend wertete das Gericht die Kaltblütigkeit, mit der Bunge die Flucht vorbereitet habe.

Der Richter sagte in der Begründung, das Verhalten Bunges sei sehr nahe an der Grenze zu niedrigen Beweggründen gewesen.

Oslo: Auch Konservative für „atomwaffenfrei“

OSLO (ap). Der Chef der konservativen Minderheitsregierung Norwegens, Kaare Willoch, sprach sich Donnerstag in seiner Regierungserklärung dafür aus, die Möglichkeit einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa in die Abrüstungsverhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt einzubeziehen. Willoch kündigte eine enge Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern, aber auch eine Weiterentwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion und anderen Staaten Osteuropas an. Innerhalb der NATO werde sich die norwegische Regierung für Abrüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts einsetzen.

Wiederauferstehung des Zeppelins?

WIEN (apa). Eine späte Ehrung Graf Zeppelins könnte eine Konferenz der Unido bringen, die vom 19. bis 22. Oktober in Wien stattfindet. 20 internationale Experten werden dabei über die neuesten Fortschritte der Luftschiff-Technologie beraten. Konkret geht es um ein 13-Millionen-Dollar-Projekt für eine Straßenverbindung zu den peruanischen Ölfeldern des Amazonasbeckens. Der Transportpreis würde pro Tonne und Kilometer 23 Schilling ausmachen, mit modernen Luftschiffen aber nur etwa 7,50 Schilling. Der Zeppelin — seit der Hindenburg-Katastrophe 1937 in New York verschunden — könnte wiederauferstehen.

Iran-Diplomaten: Mehr als 10.000 Opfer der Revolution

BONN (ap). Von unhaltbaren Zuständen in ihrer Heimat haben Donnerstag in Bonn drei iranische Diplomaten berichtet, die bereits vor einigen Tagen aus Protest gegen das Khomeini-Regime in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl gebeten hatten.

Die drei Berufsdiplomaten, die bereits mehr als zehn Jahre im diplomatischen Dienst ihres Landes tätig waren und nach eigenen Angaben keiner oppositionellen Gruppe angehören, sprachen von rund 3000 Hinrichtungen in Iran allein in den letzten drei Monaten. Die Zahl der politischen Opfer seit der Revolution im Iran vor anderthalb Jahren bezifferten sie mit mehr als 10.000.

Darüber hinaus gebe es Tausende von politischen Häftlingen, die zum Teil monatelang in den Gefängnissen warten müssen, ehe auch nur ihre Personalien aufgenommen würden oder gar ein Verhör stattfinden und die kaum Hoffnung auf einen fairen Prozeß hätten. Die Diplomaten beklagten darüber hinaus die Diskriminierung der Frau in Iran, die

Ausplünderung der persischen Nationalschätze, die vom Khomeini-Regime im Ausland versteigert würden, und den Verlust des nationalen Prestiges des Landes.

Die Diplomaten warfen dem Khomeini-Regime weiter vor, die Universitäten des Landes geschlossen zu haben und den Studenten im Ausland das Studium zu erschweren. Ferner beklagten sie die Mißwirtschaft im Iran, die dazu geführt habe, daß vier bis fünf Millionen Menschen arbeitslos seien.

Schließlich berichteten die Diplomaten von Bespitzelungen, denen sie im Hamburger Konsulat durch den Geheimdienst ausgeliefert gewesen seien. Dies habe auch dazu geführt, daß private Café-Besuche und Alkoholgenuß nach Teheran gemeldet worden seien.

Solidarnosc-Delegation in Frankreich

Walesa beobachtet Renault-Streik

VON AZ-KORRESPONDENT GEORG SCHEUER (PARIS)

PARIS (AZ). „Proletarier aller Länder vereinigt euch.“ Mit dieser „alten Gewerkschaftsparole“ verblüffte Polens Solidarnosc-Führer Walesa gestern die Pariser Journalisten. In blauem Hemd, mit blauer Jacke und Muttergottes-Medaillon betonte er die Dringlichkeit internationaler Zusammenarbeit: „Das ist wesentlich für unsere Existenz. Nach Frankreich fahren wir in die Vereinigten Staaten.“

Walesa weilte seit Mittwoch mit einer Solidarnosc-Delegation acht Tage in Frankreich. Er wurde auf dem Flugplatz von den Führern aller französischen Gewerkschaften und von einer großen Menschenmenge begeistert begrüßt.

Massenkundgebung der SP-Gewerkschaft

Vor den Journalisten erklärte Walesa: „Wenn Kampf für Arbeit und Brot konterrevolutionär genannt wird, bitte. Vielleicht wird die Geschichte dies eher als wirkliche Revolution bezeichnen.“

Der den Sozialisten nahestehende CPDT-Gewerkschaftsbund veranstaltete gestern in Paris mit Walesa

eine Massenkundgebung. Dabei kamen auch französische Probleme zur Sprache. Der CPDT-Vorsitzende Edmond Maire, selbst eingeschriebenes SPF-Mitglied, übt erstmalig am derzeitigen Kurs der Regierung Mauroy ungewöhnlich scharfe Kritik. Der Widerhall ist beträchtlich. Schlagzeile des „Matin“ gestern: „Maires Zornausbruch.“ Drei Punkte stehen dabei im Vordergrund: AKW-Kurs, Lohn- und Preisurve, Arbeiterrechte in den Fabriken.

Mauroy reagierte gestern sofort auf Maires Vorwürfe: „Der Wandel kann nicht in einem Tag oder in einer Woche verwirklicht werden. Wir machen, was wir können.“

Maire zieht weiter mit uns im Siegeszug der Linken. Manchmal marschiert er schneller, zuweilen gibt es Mißtöne.“ Die kommunistische CGT-Führung grenzte sich von der CFDT entschieden ab: „Maire überspannt den Bogen.“ Innerhalb der CGT hat sich die Krise zuspitzigt. Zwei Mitglieder der höchsten Instanz sind gestern zurückgetreten. Begründung: „Mangelnde Demokratie und Abhängigkeit von der KPF.“

Hunderttausende im Streik

Hintergrund dieser Malaise ist der fortdauernde Renault-Konflikt. Hunderttausende Arbeiter der größten französischen Automobilwerke hatten gestern in Paris und mehreren Provinzstädten die Arbeit unterbrochen, um die Forderungen nach Lohnanhebung und besseren Arbeitsbedingungen zu unterstreichen. Renault-Arbeiter demonstrierten vor dem Arbeitsministerium. Walesa beobachtet diese neuesten französischen Vorgänge mit sichtlichem Vergnügen.



Verkehrszeitung
 S. 6, — Samstag/Sonntag,
 Dinar 25 17./18. Okt. 1981
 Lire 800 Tel. 55 54 16, P. b. b.

Kreisky nicht nach Cancun

WIEN (AZ). Bundeskanzler Kreisky wird nun doch nicht nach Cancun zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz reisen: Freitag haben die Ärzte dem Kanzler empfohlen, diese strapazierende Reise abzusetzen. Obwohl es Kreisky nach einer verschleppten Grippe wieder sehr gut geht und er von zu Hause aus die Regierungsgeschäfte leitet, haben ihm die Ärzte von der Konferenzteilnahme abgeraten, da er noch „rekonzaleszent“ sei. Außenminister Fahr wird nun die österreichische Delegation in Cancun leiten, der kanadische Premierminister Trudeau statt Kreisky den Co-Vorsitz übernehmen.

Bundesheer SAAB explodierte

LINZ (AZ). Eine Minute, nachdem der Pilot in seinem letzten Funkruf „Alles okay“ durchgegeben hatte, passierte es: Bei einem Übungsflug über Windischgarsten, explodierte Freitag eine „Saab 105“ des Bundesheeres aus bisher ungeklärter Ursache in der Luft und zerschellte auf einem Hügel am Ortstrand. Der Pilot der Maschine, der 25jährige Leutnant Roman Kaltenegger, kam bei dem Absturz ums Leben. Er hinterläßt ein Kind. Über die Ursache des Unfalls besteht noch keine Klarheit. Die Unfallstelle wird bis zum Abschluß der Untersuchungen abgeriegelt. (Siehe Seite 7.)

DEUTSCHER BUNDESTAG
 Wissenschaftliche Abteilung
 PROZESSDOKUMENTATION
 mit MAGAZIN
 AM SAMSTAG

- Zum 100. Geburtstag Pablo Picassos
- Frauenzentrum in Wien
- Tiere testen Bodenverseuchung

„Financial Times“ über Abu Nidals Attentatspläne für SJ-Treffen:

Auch an Arafat war Mord in Wien geplant

LONDON, WIEN (AZ). Auch der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat sollte von den Killern Abu Nidals ermordet werden; der Anschlag sollte beim Sozialistischen Jungentreffen in Wien, für das Arafat seine Teilnahme ursprünglich zugesagt, dann aber widerrufen hatte, durchgeführt wer-

den. Dies berichtete gestern die englische Zeitung „Financial Times“ unter Berufung auf Aussagen der beiden nach dem Synagogenanschlag inhaftierten Palästinenser. Nutznießer des Anschlags wäre nach „Financial Times“ Syrien gewesen. (Siehe auch Seite 3.)

Türkei: Keine Partelen mehr

ANKARA (ap). Der Nationale Verteidigungsrat der Türkei, der seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 das Land regiert, hat Freitag die Auflösung aller politischen Parteien verfügt. Das Eigentum der Parteien wird dem Finanzministerium zugeleitet. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates hat die Bildung neuer Parteien angekündigt, sobald eine neue Verfassung und ein neues Parteigesetz von der verfassunggebenden Versammlung ausgearbeitet sind. Nach der Machtübernahme durch die Militärs war zunächst jegliche politische Betätigung untersagt worden. Mehrere Parteiführer stehen derzeit vor dem Gericht. Für SP-Chef Ecevit forderte der Staatsanwalt sechs Jahre Haft.

Metal: Lostag ist 22. Oktober - sonst Kampfmaßnahmen

WIEN (AZ). Kommt es bei der nächsten Metall-Runde am 22. Oktober zu keiner Einigung, wird die Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie Kampfmaßnahmen erwägen. Der geschäftsführende Obmann der Gewerkschaft, Wille, erklärte jedoch Freitag, daß der Streik das letzte Mittel sein werde. Heftige Kritik wurde seitens der Gewerkschaft jedoch an den Verhandlungspartnern geübt: Unter den Unternehmervertretern seien einige, die nicht entscheidungsberechtig sind und jedes partnerschaftliches Verständnis vermissen lassen.

Nach insgesamt 20 Stunden Verhandlungen sei man nur bei einem Unternehmerangebot von 5,2 Prozent bei einer Laufzeit von 14 Monaten angelangt, das sind 4,5 Prozent bei zwölfmonatiger Laufzeit, skizzierte Wille Freitag den Stand der Verhandlungen. Wille: „Was sich die Gewerkschaft für die nächste Verhandlungsrunde am 22. Oktober wünscht, sind kompetentere Verhandlungspartner auf der Unternehmenseite.“ Bei einer Inflationsrate von 6,9 Prozent sei eine Forderung nach Anhebung der Ist-Löhne um 7 Prozent und der Mindestlöhne um 9 Prozent bestimmt nicht zu hoch und realistisch, meinte Wille. Was die Erhöhung der Ist-Löhne betrifft, sei man bereit, bei vertretbaren Angeboten der Fachverbände, die Forderungen zu reduzieren. Keinesfalls abgehen aber will man von einer zwölfmonatigen Laufzeit des Abschlusses. Der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Keher, meinte Freitag, im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit für einen Metall-Abschluß unter der Inflationsrate aus.



Erstmals in Österreich: „Lulu“ komplett
 Heute bietet der „Steirische Herbst“ ein operngeschichtliches Ereignis: Zum erstenmal ist in Österreich die von Friedrich Cerha vervollständigte Fassung von Alban Bergs „Lulu“ zu sehen (Ursula Reinhardt-Kiss in der Titelrolle, mit Jean van Ree)
 Photo: apa/Kodak

Griechenland wählt morgen 500.000 bei SP-Versammlung

ATHEN (dpa). Bei der dritten Wahl seit Zusammenbruch der Militärdiktatur im Sommer 1974 sind Sonntag 6,9 Millionen Griechen aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Die besten Chancen werden der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) unter Andreas Papandreu eingeräumt, die 1977 25,3 Prozent der Stimmen erhielt.

Papandreu hatte Donnerstagabend bei der größten Wahlkundgebung in der griechischen Nachkriegsgeschichte sein Programm umfangreicher Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vorgestellt. Unter einem Waldgrüner Fahnen mit dem Sonnenemblem der Pasok hatten sich nach Schätzungen unparteilicher Beobachter zwischen 300.000 und einer halben Million Menschen versammelt, die Papandreu als Ministerpräsident von morgen feierten.

Eine Märklin-Lokomotive für eine Million Schilling



WUPPERTAL (ap). Unglaubliche Summen sind deutsche Sammler bereit für seltene Exemplare der alten Märklin-Modelleisenbahnen auf den Tisch zu legen. Bei der Spielzeugauktion in Wuppertal wurde diese Lok E 700 aus dem Jahre 1935 mit 120.000 D-Mark Rufpreis ausgewiesen. Doch liegt bereits das Angebot eines Sammlers vor, für die Spielzeuglokomotive 150.000 D-Mark zu bezahlen. Von dem gefragten Modell sind allerdings weltweit nur zwei Modelle bekannt. Trotzdem: Nachschauen im Kasten, ob sich vielleicht noch irgendwo ein so kostbares Spielzeug findet!

Man spricht davon: U-Justiz?

Wer in Österreich etwas gegen das „Einsperrn“ sagt, hat nicht unbedingt die Publikumsmeinung hinter sich. Justizminister Broda war in dieser Frage bekanntlich nie sehr populär, trotzdem hat er sich nie gescheut, seine wohl begründete Meinung dazu immer wieder auszudrücken. Auch jetzt machte er auf einen Umstand aufmerksam, der, gegen alle vorgefaßte und vorschnelle Ablehnung, zu denken geben sollte. Die Zahl der Untersuchungshäftlinge in

Österreich ist binnen eines Jahrzehnts um mehr als 25 Prozent angestiegen. Das entspricht keineswegs einem Ansteigen solcher Delikte, für die man im allgemeinen eine lange Untersuchungshaft für besonders gerechtfertigt ansieht, weil die Wiederholungsgefahr echt die Sicherheit der Staatsbürger gefährden würde. In der Tat wäre es unerfreulich, wenn durch lange U-Haft

sozusagen eine „U-Justiz“ die Urteile vorwegnehmen oder womöglich übertreffen würde, die erst das Gericht zu fällen hat. Vielleicht ist nun, da wir die Monate der oft emotional beurteilten Untersuchungshaft in der AKH-Affäre hinter uns haben, Zeit für eine leidenschaftslose Diskussion des Problems. Allerdings: darf bei einer Lösung nicht herauskommen, daß nur der kleine Dieb weiter „dunsten“ muß, dem großen Wirtschaftsverbrecher aber „Wiederholung“ zugemutet wird.

Sparen heißt: in die Zukunft investieren
 BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT
BAWAG

Am falschen Fest

Recht hemdsärmelige Außenpolitik sagte man der abgetretenen Administration Carter in Amerika nach, und noch viele erinnern sich, daß der UNO-Delegierte Young seinen Hut nehmen mußte, weil er offiziell nicht genehme Kontakte zu Palästina-Vertretern unterhielt. Nun, unter Reagan scheint sich in dieser Hinsicht nicht viel geändert zu haben. Die UN-Chefdelegierte Jeanna Kirkpatrick, die außer durch scharfe Worte noch nicht recht viel aufgefalten ist, verbrachte nach Aussage der amerikanischen Nachrichtenagenturen 20 Minuten auf einem Empfang der nordkoreanischen UNO-Delegation, obwohl die USA üblicherweise nordkoreanische Bekanntheit meiden. Erst dann dürfte die Reagan-Politiklerin gemerkt haben, daß sie sich offensichtlich auf einer falschen Party befand. Für eine Person in ihrer Position hat Frau Kirkpatrick eine reichlich lange Leitung bewiesen. r. m.

Ägyptenmanöver: Libyen fordert von USA Absage

KAIRO (ap). Der Nervenkrieg zwischen Ägypten und dem Sudan auf der einen und Libyen auf der anderen Seite geht weiter. Der sudanesisische Präsident Numeiri drohte Libyen, Saboteure zu schicken, da Gaddafi das auch in seinem Land mache. Ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums meinte, die ägyptisch-amerikanischen Manöver seien schon vor der Ermordung Sadats geplant gewesen. Wenn jemand die Übung jetzt aber in einem anderen Licht sehen wolle, dann sei das nicht falsch.

Die Entsendung von zwei fliegenden Frühwarnsystemen des Typs AWACS ist jedenfalls erst nach der Ermordung Sadats bekanntgegeben worden. Das amerikanische Außenministerium begründete diesen Schritt mit der Absicht, die Unterstützung für die neue Regierung in Kalro zum Ausdruck zu bringen.

Libyen hat Freitag gegen die USA konkrete Drohungen ausgestoßen. So wurden die Vereinigten Staaten aufgefordert, die Frühwarnstationen aus Ägypten abzuziehen und die ägyptisch-amerikanischen Manöver abzusagen. Die 6. Flotte sollte aus den arabischen Gewässern abgezogen werden.

Um das neue Regime in Kalro bemüht sich unterdessen auch die Sowjetunion. In einem Glückwunschtelegramm an Mubarak bot Breschnew dem neuen Präsidenten eine Normalisierung der Beziehungen an.

Neue AWACS-Pleite für Reagan

Eine neuerliche Niederlage hat Präsident Reagan mit seinem Plan, AWACS-Frühwarnstationen an Saudiarabien zu liefern, erlitten. Auch der Außenpolitische Senatsausschuß hat das Geschäft mit neun zu acht Stimmen abgelehnt. Reagan wurde von Senatoren politische Bestechung vorgeworfen.

Wilde Gerüchte um Polen Kania fordert Streikverbot

WARSCHAU (dpa). Der polnische Parteichef Stanislaw Kania hat Freitag in seiner Eröffnungsrede vor dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) ein Streikverbot für Herbst und Winter sowie die Aufnahme der Arbeit an freien Samstagen zur Rettung der Wirtschaft gefordert. Gleichzeitig beschuldigte Kania die unabhängige Gewerkschaft Solidarität, die Wirtschaftskrise bewußt zu vertiefen.

Auf den wichtigsten europäischen Börsenplätzen kam es indessen zu einer wahren Gerüchtelei über eine dramatische Zuspitzung der Lage in Polen, wobei sogar von einem sowjetischen Einmarsch oder eine Machtübernahme durch das Militär gesprochen wurde. Von Beobachtern in Warschau wurden diese Gerüchte aber zurückgewiesen. Die Lage sei normal.

Anlaß für die Gerüchte war die Ankündigung, daß die Dienstzeit der Wehrpflichtigen in diesem Jahr verlängert wurde. Nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur hat sich die Regierung angesichts

der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu diesem Schritt entschlossen. Die Soldaten sollen vor allem in Krisensektoren der Wirtschaft, wie etwa im Kohlenbergbau eingesetzt werden.

Der prominente Gewerkschaftsführer und frühere Stellvertretende Vorsitzende der „Solidarität“ in Danzig, Bogdan Lis, ist aus der KP seines Landes wegen „Verletzung der Parteistatuten“ ausgeschlossen worden. Lis hatte auch auf dem „Solidaritäts“-Kongress Schwierigkeiten gehabt, sich durchzusetzen. Dort war ihm seine Parteimitgliedschaft vorgeworfen worden.

Neue Regierungskrise in den Niederlanden

DEN HAAG (ap). Die nach dreieinhalbmonatigen Verhandlungen erst vor fünf Wochen gebildete Regierungskoalition aus Christdemokraten, Arbeiterpartei und Linksliberalen in den Niederlanden ist geschelert. Freitag bot Ministerpräsident van Agt Königin Beatrix den Rücktritt des Kabinetts an. Beatrix hat van Agt, vorerst weiter im Amt zu bleiben. Zum Scheitern der Koalition war es über die Frage der Schaffung neuer Arbeitsplätze gekommen. Die Arbeiterpartei hatte mindestens 3 Milliarden Gulden für die Bekämpfung der bei 9,5 Prozent liegenden Arbeitslosigkeit verlangt. Die Christdemokraten hingegen treten für eine Kürzung der Staatsausgaben ein. Auch in der Frage der NATO-Nachrüstung war es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen.

Brandt: Pazifisten ehrlich für Abrüstung

BONN (reuter, ap). Als wichtiger Pluspunkt für den inneren Frieden hat SPD-Chef Willy Brandt vor dem SPD-Parteivorstand den gewaltfreien Verlauf der Bonner Friedensdemonstration vom vergangenen Samstag bezeichnet. Es habe sich gezeigt, daß die Mehrheit nicht Gewalt im Sinn habe, sondern ehrlich für die Abrüstung in Ost und West eintrete. Als erfreulich bezeichnete Brandt, daß bei dieser Demonstration die kommunistischen Gruppen zurückgedrängt wurden. Dies zeige, daß die meisten nichts von einläufiger Politik halten. Volksfrontvorwürfe von CDU-Chef Kohl wies Brandt zurück. Die SPD bleibe offen für kritische Stimmen, denke aber nicht daran, sich irgendwo anzubiedern. Der Unvereinbarkeitsbeschluss für Bündnisse mit der KPD gelte weiter.

SPD will Kanzler Schmidt entlasten

BONN (AZ). Die SPD-Spitze will sich bemühen, den erkrankten Bundeskanzler Helmut Schmidt stärker zu entlasten, kündigte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jürgen Wischnewski Freitag an. Wischnewski stellte unmißverständlich klar, daß es in der SPD keine Nachfolgeprobleme gibt. „Wir haben einen Bundeskanzler, um den uns manch andere beneiden“, meinte er wörtlich. Spekulationen, wonach Schmidt seinem Amt gesundheitlich nicht mehr gewachsen sei, bezeichnete der SPD-Sprecher als abwegig. Schmidt befindet sich weiter auf dem Weg der Besserung. Freitag hatte er eine Unterredung mit Vizekanzler Genscher, der ihn auf der Nord-Süd-Konferenz in Cancun vertreten wird. Gesprächsthema war auch der geplante Breschnew-Besuch im November dieses Jahres.

Irans Regierung trat ab - Verschärfung?

TEHERAN (reuter). Die iranische Regierung unter Ministerpräsident Ayatollah Mahdavi-Kani ist Freitag zurückgetreten. Damit soll Staatspräsident Khamenei freie Hand gegeben werden, ein Kabinett seiner Wahl zu bestimmen, teilte Radio Teheran mit. Mahdavi-Kani war erst nach der Erpprobung seines Vorgängers Bahonar und Staatspräsident Radjais am 29. August zum Regierungschef ernannt worden.

Die Meldung des Regierungsrücktritts kam für Beobachter überraschend, da Staatspräsident Khamenei nach seiner Wahl versichert hatte, die Regierung werde im Amt bleiben. Der als gemäßigt geltende Ministerpräsident war von islamisch-republikanischen Parlamentariern angegriffen worden, nicht hart genug gegen die Linksopposition vorzugehen.

Wurde Torrijos Opfer von CIA-Anschlag?

PANAMA-CITY (ap). Der Bruder des im Juli bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen panamesischen Oberbefehlshabers und früheren Regierungschefs Omar Torrijos hat für dessen Tod den amerikanischen Geheimdienst CIA verantwortlich gemacht. Den Vereinigten Staaten sei sein Bruder ein Dorn im Auge gewesen, da er versucht habe, im Bürgerkrieg in El Salvador zu vermitteln und außerdem freundschaftliche Beziehungen zu Kuba unterhalte und die Guerillas in Nicaragua unterstütze habe, sagte Moises Torrijos. Er zitierte auch aus einem 1976 von Reagan geschriebenen Vorwort zu einem Buch, in dem der US-Präsident Omar Torrijos als „verrückter Mann“ und „starker Antiamerikaner“ bezeichnet hatte. Reagan sei ein „zu allem fähiger Mann“.

Die Ausgangspositionen für Konferenz von Cancun:

800 Millionen werden nicht satt

VON AZ-REDAKTEUR RAINER MAYERHOFER

Rund 15 Millionen Menschen werden voraussichtlich heuer in der Welt den Hungertod sterben, gab Donnerstag ein Vertreter der Welternährungsorganisation bekannt. Die Zahl der Armen in der Welt nimmt nach offiziellen Berichten täglich (!) um 200.000 zu, der Schuldenberg der Entwicklungsländer wächst jeden Tag um 1,5 Millionen Schilling. Das ist der Ausgangspunkt für die Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun am 22. und 23. Oktober, bei der sich die Staats- und Regierungschefs von acht Vertretern der „reichen“ Länder und 14 Repräsentanten der „armen“ Staaten treffen werden.

Am meisten vom Hunger geplagt sind die Staaten südlich der Sahara auf dem afrikanischen Kontinent, wo Millionen zum Hungern verdammt sind. Insgesamt haben in den 119 Staaten der Dritten und Vierten Welt rund 800 Millionen Menschen, etwa ein Viertel der Weltbevölkerung, nicht genug zu essen. Neben den Millionen Hungertoten leiden Millionen Kinder in diesen Ländern an den Folgen der Unterernährung und werden aus Vitaminmangel blind, taub und mißgestaltet.

Dabei gäbe es auf der Erde genügend Lebensmittel für alle. Es wird täglich ein Kilo Weizen pro Kopf der Weltbevölkerung produziert, jedem Menschen auf unserem Planeten wären damit täglich 3000 Kalorien gesichert (2700 Kalorien sind der mittlere Verbrauch eines Menschen). Das Problem besteht nur darin, daß die armen Staaten die Lebensmittel von den reichen Ländern

nicht mehr kaufen können (etwa die Hälfte des Weizens in der Welt wird in Kanada und in den USA produziert). Während die Kosten für Produkte aus den Industrieländern ins Unermeßliche wachsen und damit für die Entwicklungsländer unerschwinglich werden, bleiben die Erlöse aus den Rohstoffen, die diese Länder in die Industriestaaten verkaufen, weit zurück. So bekam etwa Sri Lanka vor 20 Jahren für den Erlös von 25 Tonnen Kautschuk sechs Traktoren, heute sind es nur mehr zwei.

Durch die Politik — vor allem der Multinationals — wurde die traditionelle Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt weitgehend zerstört. In Afrika etwa ist die Kaffee-Ernte in den letzten 20 Jahren auf das Vierhundertfache erhöht worden, mit dem Ziel, daß selbst Staaten, die früher Lebensmittel exportierten, heute Importe durchführen müssen. In Brasilien, wo multinationale

amerikanische und europäische Spekulanten unermessliche Ländereien aufgekauft haben, ist die Produktion von Sojabohnen für die Ernährung nordamerikanischer und europäischer Rinder ins Unermeßliche gestiegen, dafür die Bohnenernte für die traditionelle Ernährung der armen Einheimischen derart zurückgegangen, daß dieses Lebensmittel zu ungeheuren Preisen heute importiert werden muß. Mexiko wieder muß im nächsten halben Jahrzehnt einen Großteil seiner Erdöleinnahmen für Nahrungsmittelimporte ausgeben.

Der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission, Willy Brandt, hat angesichts dieser Tatsachen schon vor einem Jahr vor der UNO betont, daß die Suche nach einem Ausweg aus dieser Lage nicht mehr, wie man einst glaubte, eine Mildtätigkeit der reichen Länder ist, sondern vielmehr eine Bedingung für das gegenseitige Überleben. Die Entwicklungsländer müßten daher eine unüberhörbare Stimme in einer neuen Weltbank haben, und die Märkte der Industriestaaten müßten für Waren aus den Ländern der Dritten Welt geöffnet werden. Schließlich wies Brandt auch darauf hin, daß die Summen im internationalen Waffenhandel bereits 450 Milliarden Dollar überschritten haben, die Entwicklungshilfe der reichen Industrieländer aber gerade bei 20 Milliarden Dollar liegt. Diese Tatsache hat den österreichischen Caritas-Direktor,



Ein Bild, das mehr über Hunger sagt als tausende Worte

Photo: Archiv

Prät Urat, Freitag zu der bitteren Feststellung bewegt, daß die reichen Staaten und zum Teil auch die Entwicklungsländer sich systematisch auf den Krieg vorbereiten, während kein systematisches Bemühen vorhanden ist, um das noch schrecklichere Genozid des Hungers aus der Welt zu schaffen.

Bei dem Nord-Süd-Gipfeltreffen von Cancun werden dementsprechend folgende Schwerpunkte gesetzt folgende:

O Angleichung der Rohstoffpreise an die Preise von Industriegütern.

O Senkung der Zölle für Waren, die aus Entwicklungsländern kommen, mehr Produktionsstif-

ten für die Dritte Welt. O Stabileres Ölpreissystem, neue Kredite zu besseren Bedingungen, Streichung von alten Schulden, eine Änderung des Wechselkursystems und das Abgehen vom US-Dollar als Leitwährung.

O Erhöhung der Entwicklungshilfe sowie der Lebensmittelhilfe. Auch Landwirtschaftsminister Halden hat Freitag angesichts der kritischen Lage in den Entwicklungsländern dazu aufgerufen, die Kampagne der Welternährungsorganisation gegen den Hunger zu unterstützen. Spenden können auf das Postsparkassenkonto Nummer 1.750.005, das Raiffeisenkonto 2.020.220 und das Zentralsparkassenkonto 696.041.904 überwiesen werden.

Athen: Erfolg für Sozialisten? Umfragen: Papandreou vorn

ATHEN (AZ, dpa). Bekommt jetzt auch Griechenland eine sozialistische Regierung? Die letzten Meinungsumfragen vor dem am gestrigen Sonntag stattgefundenen Wahlen signalisierten kräftige Stimmengewinne der Panhellenischen Sozialistischen Bewe-

Bei den letzten Wahlen hatte die Nea Demokratia rund 42 Prozent der Stimmen, die Pasok etwa 25 Prozent erhalten. Der spannungsgeladene Wahlkampf und die in Griechenland bestehende Wahlpflicht hatten Sonntag zu einer überaus hohen Wahlbeteiligung geführt. Bei sommerlichen Temperaturen hatte zu Mittag bereits die Hälfte der rund 7 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Da in Griechenland das

DEUTSCHER BUNDESTAG
SCHLUSSENDUNG
Umbedingt erforderlich!

gestärkte Verhältniswahlrecht gilt, genügen einer Partei bereits 41 Prozent der Stimmen zur absoluten Mehrheit der Mandate. Dies ist gerade in diesem Land, wo sich nicht weniger als 14 Parteien um die Stimmen

bewerben, von großer Bedeutung. Bei Redaktionsschluss standen die ersten Hochrechnungen noch aus. Mit dem Endergebnis ist nicht vor heute Montag zu rechnen.

Nach Rücktritt des polnischen KP-Chefs Kania — Ministerpräsident Jaruzelski allein im Sattel

Polen: Alle Macht für General Härter gegen „Solidarität“?

WARSCHAU (afp, dpa). Dramatische Entwicklung in Polen bei der Tagung des Zentralkomitees: Nachdem das Rücktrittsangebot des bisherigen Parteichefs Stanislaw Kania angenommen worden war, wurde Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski zum neuen Parteichef gewählt. Jaruzelski war der einzige Kandidat in

Der Armeeoberbefehlshaber Jaruzelski, der 1988 den damals zum Staatsoberhaupt avancierten Marschall Spychalski als Verteidigungsminister abgelöst hatte, hat im Februar dieses Jahres das Amt des Regierungschefs von Jozef Piskowski übernommen, der nach nur sechsmonatiger Amtszeit zurückgetreten war.

Sollte General Jaruzelski Parteichef, Ministerpräsident und Verteidigungsminister in einer Person bleiben, würde dies nach Ansicht politischer Beobachter darauf hindeuten, daß eine Art Ausnahmezustand in Polen ausgerufen wird. Die polnische Verfassung kennt nur den „Kriegszustand“.

Es soll auch Umbesetzungen im 15 Mitglieder zählenden Politbüro gegeben haben, das zusammen mit Kania in der ZK-Tagung scharfer Kritik wegen „Unvermögens“ angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes ausgesetzt war.

Der Schluß, daß Jaruzelski härter

dieser Wahl, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand; das heißt, daß nur Vollmitglieder des ZK anwesend waren. Jaruzelski gilt als Vertreter des gemäßigten Parteiflügels, doch hat er in letzter Zeit durchblicken lassen, daß er gegen die Herausforderung der „Solidarität“ schärfer durchzugreifen gedenke.

durchgreifen will, wird aus einer Mitteilung gezogen, wonach er dem Innenministerium den „Auftrag“ erteilt habe, die Ordnung innerhalb der polnischen Gesellschaft wiederherzustellen und „Rowdytum“ sowie „antisowjetischen Umtrieben“ ein Ende zu machen. Die Kritik, die die sowjetische Parteilührung im Juli in einem Schreiben an das polnische ZK gerichtet hat, war allerdings an die Adresse sowohl Kania als auch Jaruzelskis gerichtet.

Wenn der neue polnische Parteichef seine bisherigen Regierungslimits — Regierungschef und Verteidigungsminister — beibehalten sollte, würde dies eine außergewöhnliche Machtkonzentration in den Händen Jaruzelskis bedeuten.

Walesa-Vertrauter: Abwarten
Der polnische Gewerkschaftsvorsitzende Lech Walesa hat den Rücktritt von Parteichef Stanislaw Kania und die Wahl von General Wojciech Jaruzelski zu dessen



Wojciech Jaruzelski



Stanislaw Kania

Rücktritt
Der Rücktritt des bisherigen 54-jährigen Parteichefs Kania, der im September 1980 Edward Gierek nachgefolgt war, wurde im Rahmen des vierten Tagesordnungspunktes, „Organisationstragen“, eingereicht. Zuvor hatte das ZK die politische Lage, die Durchführung der Resolutionen des Parteitagess sowie ideologische Fragen erörtert.

Den Bericht zu den politischen Aufgaben der Partei hatte Kania noch selbst vorgetragen und dabei heftige Angriffe gegen „antisozialistische Elemente“ und weite Teile der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ gerichtet. (S. 2)

Nord-Süd-Gipfel in Cancun: Bundeskanzler schrieb an Reagan

Kreisky: „Bin nicht pessimistisch“

WIEN (AZ). „Ich bin nicht pessimistisch.“ So beurteilte Sonntag Bundeskanzler Kreisky in einem Gespräch mit der AZ die Aussichten auf ein positives Ergebnis des Donnerstag beginnenden Nord-Süd-Gipfels in der mexikanischen Stadt Cancun. Nachdem in den letzten Tagen bekannt geworden war, daß sowohl Kreisky — er hätte mit dem mexikanischen Präsidenten den Vorsitz führen sollen — als auch der deutsche Bundeskanzler Schmidt nicht nach Cancun reisen werden, hatten politische Beobachter Zweifel an einem positiven Verhandlungsverlauf geäußert.

Dieser Pessimismus wurde in den letzten Tagen noch dadurch genährt, daß US-Präsident Reagan wenig Konzessionsbereitschaft gegenüber den Entwicklungsländern signalisierte. Bundeskanzler Kreisky teilte diese negativen Prognosen nicht. „Ich glaube nicht, daß sich Reagan diese Chance entgehen lassen kann.“ Kreisky hat in der vergangenen

könnte sich der österreichische Bundeskanzler die Bildung einer Zwischengruppe, bestehend aus Organisationen der UNO, vorstellen, die die Grundzüge für eine weltweite Verhandlungsrunde entwirft. Man dürfe sich von dieser Konferenz aber keine konkreten Beschlüsse erwarten, die es ja in einem solchen Gremium nicht geben könne. Persönlich fällt Kreisky sein Fernbleiben von der Konferenz sichtlich schwer: „Ich habe ja immerhin an den zweijährigen intensiven Vorbereitungen mitgearbeitet.“

Auch der brasilianische Präsident Figueiredo, der im vergangenen Monat eine Herzattacke erlitten hat, ließ sich für Cancun entschuldigen.

Jaruzelski — Letztes Aufgebot

WARSCHAU (ap). Mit der überraschenden Wachablöse an der Spitze der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ist am Sonntag möglicherweise das „letzte Aufgebot“ zur Lösung der politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes bestellt worden. Mit dem bisherigen Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister Armeeoberbefehlshaber Wojciech Jaruzelski hat ein Berufssoldat die Zügel in die Hand genommen, die Stanislaw Kania zu entgleiten drohten.

Kania war in der letzten Zeit von der sowjetischen Führung immer heftiger wegen der angeblichen Untüchtigkeit der polnischen Parteilührung angegriffen worden. Kania galt zwar nicht als Vertreter des liberalen Flügels, jedoch verkörperte er die Linie der Vereinbarung mit der Bevöl-

kerung und mit der Solidarität. Als mögliche Nachfolger Kania hatten das für seinen härteren Kurs bekannte Politbüromitglied Stefan Olaszowski sowie Kazimierz Barcikowski gegolten. Während Jaruzelski als Regierungschef vorerst für Verhandlungen mit der Solidarität eingetreten war, bekräftigte er vor der zweiten Phase des Kongresses von Solidarität in Danzig die Entschlossenheit der Regierung, „entschiedener gegen Anarchie, staatsfeindliche und antisowjetische Exzesse sowie Missachtung der geltenden Gesetze vorzugehen.“ Die Entschließung des ZK soll die Aussetzung des Streikrechts für einen gewissen Zeitraum enthalten. Einige Diskussionsredner hatten ein Streikverbot für zwei bis drei Jahre gefordert.

8 3/4% Sparen heißt: jetzt an die Zukunft denken ...

KAPITALSPARBUCH

Jederzeit abhebbar • für jeden Betrag

3 Jahre Zinsen-Garantie

Kommen Sie zu uns!

BAWAG

BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Nationalpark Hohe Tauern Fischer für Volksbegehren

WIEN (AZ). SPÖ-Klubobmann Fischer deutete Dienstag die Möglichkeit an, daß man der Verwirklichung des Nationalparks Hohe

Derzeit sei eine breite Plattform in der Diskussion vorhanden, meinte Fischer. Auf die Frage, wo denn nun die Schuld liege, daß der Nationalpark zehn Jahre nach der Beschlussfassung noch immer nicht verwirklicht sei, meinte Fischer, er wolle nicht von Schuld

sprechen, dennoch könne man nicht leugnen, daß die objektiven Probleme und Schwierigkeiten im Land Tirol angesiedelt seien. Andererseits gebe es vom Tiroler Landeshauptmann auch Äußerungen, die sehr positiv seien.

müsse nicht nur deutliche Signale, sondern auch Fortschritte in Richtung Verwirklichung bringen. Auf jeden Fall wäre man jetzt schlecht beraten, ultimative Forderungen zu stellen. Bund, Länder und Gemeinden hätten viele positive Stellungnahmen abgegeben.

Das kommende Jahr

Tauern etwa auch mit dem Start eines Volksbegehrens nicht möglich könne. Im März sind für den Nationalpark 2,1 Millionen vorgesehen.

UND ESTAG
WISSEN UND DOKUMENTATION
heute
in AZ
erjährt die AZ

Mit der AZ im Weltrekordzug

Mit 380 Stundenkilometern stellte er einen neuen Weltrekord für Eisenbahnen auf, mit 260 Stundenkilometern Reisegeschwindigkeit braust er durch die Gegend; der TGV in Frankreich. Die AZ testete den Superzug. (Seite 5.)

Kein VOEST-Betrieb wird geschlossen — Milliarden für Umstrukturierung

Verstaatlichte: Jetzt kommt rasche Hilfe

WIEN (AZ). „Innerhalb von 14 Tagen muß alles fertig sein“: Mit dieser Erklärung kündigte Bundeskanzler Kreisky Dienstag nach dem Ministerrat die rasche Hilfe des Bundes für die verstaatlichte Industrie an und stellte klar, daß keiner der VOEST-Betriebe geschlossen wird. Vielmehr seien Umstruk-

turierungen geplant. Um der VOEST die Umstrukturierung zu erleichtern, werde sie von der ÖIAG eine Hilfe von rund 1,5 Milliarden Schilling erhalten. Der Bund wird die Abdeckung des Haftungsrahmens, den die ÖIAG bekommt, übernehmen — solange es keine Erträge gibt. (Siehe auch Seite 2.)

Papandreou beauftragt

ATHEN (afp, dpa). Der griechische Staatspräsident Karamanlis hat Dienstag den Führer der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung, Papandreou, mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Papandreou versicherte US-Präsident Reagan, er wolle die engen Beziehungen zu den USA stärken.

Bombe explodierte in abgestelltem Auto in Antwerpen

Anschlag auf Synagoge

ANTWERPEN (ap, afp). Zwei Todesopfer und fast hundert zum Teil schwer Verletzte, von denen einige in Lebensgefahr schweben, hat Dienstag ein Anschlag im jüdischen Viertel der belgischen Stadt Antwerpen gefordert. Wie die Polizei bekanntgab, explodierte um 9.05 Uhr ein vor einer Synagoge in un-

mittelbarer Nähe der Diamantenbörse geparkter Kleintransporter, in dem eine Bombe deponiert worden war. In der Synagoge sollte eine halbe Stunde nach der Detonation eine Feier zum jüdischen Laubhüttenfest stattfinden. Der Unglücksort bot nach der Explosion ein Bild des Grauens.

Ausrutscher Reagans über einen Atomkrieg

WASHINGTON (afp). Während das Weiße Haus versucht, die Erklärung von US-Präsident Reagan, er halte einen begrenzten atomaren Schlagabtausch in Europa für möglich, abzuschwächen, erklärte SU-Botschafter Trojanowski, ein begrenzter Atomkrieg wäre der sichere Tod der europäischen Zivilisation.



Der Ort des Bombenanschlags in Antwerpen

Photo: ap

Kreisky: Cancun kann nicht sinnlos sein

WIEN (apa). Die Nord-Süd-Gipfelkonferenz von Cancun „kann nicht sinnlos sein“, meinte Dienstag Bundeskanzler Kreisky, der ja am Zustandekommen dieser Konferenz entscheidend beteiligt gewesen war.

Im Pressefoyer nach der Ministerratssitzung erklärte er, die USA und auch Präsident Reagan hätten in Cancun eine einzigartige Chance, den versammelten Staatsmännern einen Plan vorzulegen, wie sie sich die Hilfe aller Industriestaaten — an der Spitze die USA selbst — für die Entwicklungsländer vorstellen. Durch die Abwesenheit der Sowjetunion könnte es von dieser Seite kein „Störfeuer“ geben. Die Konferenz könne zwar nichts beschließen, aber erreichen, daß man aus der Sackgasse des Nord-Süd-Dialoges herauskommt. Der Kanzler verwies auch auf die Bedeutung, daß im Forum von Cancun die Vertreter der Entwicklungsländer ihre Vorstellungen darlegen können.

Kreisky zeigte sich zutiefest betrübt, daß ihm die Ärzte die Teilnahme in Cancun verboten haben und alle Versuche gescheitert seien, dieses Verbot zu umgehen. Angesichts der „unendlichen Schwierigkeiten“, die Konferenz zustande zu bringen, meinte Kreisky an anderer Stelle, es sei für ihn „eine gewisse Katastrophe, kurz vor dem Ziel nicht dabeizusein“.

— In seinem Brief an US-Präsident Reagan, der ja von Kreisky zu der Konferenz eingeladen worden ist, habe er auf die historische Chance der USA sowie darauf hingewiesen, daß Österreich ein gutes Beispiel dafür sei, was ein kleines, armes Volk, das bei der „Stunde Null“ begonnen hat, aus sich gemacht hat. (Siehe auch Seite 3.)

Mehrere Angestellte umliegender Diamantenfirmen rannten mit Verletzungen aus den Gebäuden, die sie durch das Bersten der Fensterscheiben erlitten hatten.

Eine Frau wurde am Explosionsort getötet, eine weitere Person erlag im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen. Zehn Personen wurden schwer und 83 weitere leicht verletzt. Durch die Explosion — das Auto flog regelrecht in die Luft (siehe Bild auf Seite 3) — und die dadurch ausgelöste Druckwelle entstand auch erheblicher Sachschaden. Ein Gebäude wurde zerstört und war vom vollständigen Einsturz bedroht. Die Glasfassade des nahen Hauptbahnhofes wurde schwer beschädigt.

Schon zweites Attentat

Die Verletzten wurden in Krankenwagen und einem Polizeiauto in die Spitäler der Stadt gebracht, das Viertel rund um den Ort der Detonation von der Polizei abgeriegelt. Mehrere Häuser wurden evakuiert, während Sprengstoffexperten nach weiteren Bomben suchten. Das Auto soll nach ersten Ermittlungen in der Nacht zuvor von Leuten abgestellt worden sein, die vorgaben, sie hätten eine Panne gehabt.

Es handelte sich um den zweiten Anschlag gegen die jüdische

Gemeinde Antwerpens innerhalb von 15 Monaten. Im Juli letzten Jahres waren zwei arabische Attentäter Handgranaten in eine Gruppe jüdischer Kinder, von denen eines starb und 20 verletzt wurden. (Siehe Seite 3.)



Photo: Voltra

Brottiebhaber Kreisky

Bundeskanzler Kreisky — bekanntlich ein Liebhaber schmackhaften Brotes — schnitt Dienstag im Ministerrat, den er seit seiner Erkrankung erstmals wieder leitete, selbst den Brotlaib an. Wie jedes Jahr hatten sich die Bäcker zum Tag des Brotes mit einem Brotkorb eingestellt.

Sparen — damit es uns auch morgen gutgeht

BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT



Wiens Sozialisten für die neue Friedensbewegung

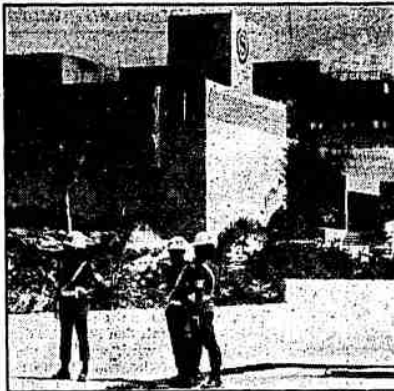
WIEN (SK). Die Sozialisten Wiens begrüßen die neue Friedensbewegung in Europa, die die Menschen unseres Kontinents für ein aktives Eintreten für den Frieden und für Abrüstung und Entspannung mobilisiert. Das ist das Ergebnis einer Diskussion des Wiener Ausschusses der SPÖ gemeinsam mit den sozialistischen Wiener Landtagsabgeordneten über Fragen der Entspannungspolitik.

Die Sozialisten haben tiefes Verständnis für die Jugend, die weiß, daß zwei Generationen vor ihr, nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, unseren Kontinent aus Trümmern wieder aufgebaut haben. Diese Jugend will nicht als dritte Generation in einem Jahrhundert die Leiden des Krieges erleben und die Trümmer wieder lebendig machen.

Die Wiener Sozialisten unterstützen daher alle öffentlichen Kundgebungen und Manifestationen dieser Bewegung, die friedlich stattfinden und nicht von einem der beiden Machtblöcke für seinen Zweck propagandistisch mißbraucht werden können.

Bei der Diskussion stellte Bürgermeister Gratz fest, daß die Entspannungs- und Abrüstungsgespräche praktisch zum Stillstand gekommen sind, die beiden Machtblöcke ihre Aufrüstung vorantreiben und die Gefahr einer Konfrontation zunimmt. In dieser Situation ist es Aufgabe aller verantwortlichen Politiker, dafür einzutreten, daß beide Großmächte mit echter Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft die Gespräche über Rüstungsbegrenzung und Entspannung wieder aufnehmen.

SP-Frauenchefin Offenbeck kündigte Dienstag eine Unterschriftenaktion für eine atomwaffenfreie Welt an.



Der Konferenzort, das Hotel Sheraton in Cancun — Mitterrand bei Mexikos Präsident Lopez Portillo



Photos: AP

Nord-Süd-Gipfel für eine neue Ordnung der Weltwirtschaft

MEXIKO-STADT (afp, ips, apa). Frankreich und Mexiko wollen sich bei dem Donnerstag beginnenden Nord-Süd-Gipfel in Cancun gemeinsam für eine neue Weltwirtschaftsordnung einsetzen. Dies betonten die Präsidenten beider Länder, Lopez Portillo und Mitterrand, nach einem zu Ehren Mitterrands gegebenen Abendessen.

Mitterrand betonte nach seinem Treffen mit Lopez Portillo die Notwendigkeit einer Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Es sei notwendig, sich einer sterilen Opposition zwischen reichen und armen Ländern entgegenzustellen. Die Konferenz in Cancun stelle eine historische Chance für den Frieden in der Welt dar, erklärte Mitterrand.

Die französische Außenpolitik im Nord-Süd-Dialog wird von drei Gesichtspunkten bestimmt: Die Akzeptierung der Staaten der Dritten Welt als gleichwertige Partner im Nord-Süd-Dialog, die besondere Rolle der Entwicklungsländer zur Überwindung der derzeitigen Wirtschaftskrise und die Auffassung, daß angesichts der Entwicklungserfordernisse in den Ländern des Südens die Theorie der freien Marktwirtschaft unzureichend ist.

Seine Teilnahme an den Beratungen von Cancun rechtfertigte Mitterrand, um konkrete und richtungweisende Leitlinien zu erreichen, die zu einer Neuaufnahme der Globalverhandlungen zwischen den Vereinten Nationen und zu neuen Finanzierungswegen zugunsten der Lösung von Energieproblemen in den Ländern der

Dritten Welt führen sollen. Die mexikanische Presse hat die Absage von Bundeskanzler Kreisky wenige Tage vor der Gipfelkonferenz allgemein bedauert. Noch zum Wochenende waren die Blätter mit einer Sonderbeilage unter dem Titel „Cancun: Stunde Null“ erschienen. Auf der Titelseite waren unter der Schlagzeile „Internationales Treffen über Zusammenarbeit und Entwicklung“ die Bilder der beiden Initiatoren, Präsident Lopez Portillo und Bundeskanzler Kreisky erschienen.

Die auflagenstarke Zeitung „El Sol de Mexico“ bedauerte, daß gerade Kreisky, der so unermüdlich für das Zustandekommen des Nord-Süd-Gipfels gekämpft und sich als Staatsmann dafür eingesetzt habe, der Gleichheit, Wohlstand und Glück als Realität für alle ansehe, wegen Krankheit nicht die Gelegenheit habe, seine humanitären Thesen vor den 22 Staats- und Regierungschefs vorzutragen.

Auch die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, die teilnimmt, hat Dienstag die krankheitsbedingte Abwesenheit Kreiskys bedauert und die Hoffnung auf eine rasche und vollständige Genesung des Bundeskanzlers ausgesprochen.

Papandreou: Wünsche für Kreisky

WIEN (AZ). Der Vorsitzende der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung Griechenland (Pasok), Andreas Papandreou, der Sonntag einen triumphalen Wahlsieg errang, hat, nachdem er vom schwedischen SP-Vorsitzenden Palme von der Krankheit Bundeskanzler Kreiskys erfahren hatte, diesem ein Telegramm gesendet: „Meine besten Wünsche für eine gute und volle Genesung.“

Schiwkoff für atomwaffenfreien Balkan

SOFIA (bta, apa, dpa, reuter). Der bulgarische Staats- und Parteichef Schiwkoff hat ein Treffen aller Balkanstaaten zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in dieser Region vorgeschlagen. Bei einer Feier, anlässlich des 1300. Jahrestages der Gründung Bulgariens in Sofia, erklärte Schiwkoff Dienstag, eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan würde zur Verbesserung des internationalen Klimas beitragen und bewirken, daß Europa allmählich zu einem atomwaffenfreien Kontinent werde. Der stellvertretende SPÖ-Vorsitzende Blecha nahm in seiner Eigenschaft als Präsident der österreichisch-bulgarischen Gesellschaft und Vorsitzender des österreichischen Jubiläumskomitees an der Feier teil. Blecha verlas eine Grußbotschaft von Bundespräsident Kirchschiager.

Arafat bei Breschnjew

MOSKAU (dpa, afp, ap). Der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, Arafat, ist am Dienstag vom sowjetischen Staats- und Parteichef Breschnjew empfangen worden.



Auch die PLO verurteilt den Anschlag von Antwerpen

ANTWERPEN (ap, afp). Der Anschlag im jüdischen Stadtviertel Antwerpens, bei dem das Auto mit der Sprengladung regelrecht in die Luft flog (Übersetzte, siehe Bild), wurde von der belgischen Regierung und allen Parteien des Landes einhellig scharf verurteilt, aber auch das PLO-Büro in Brüssel veröffentlichte sofort nach Bekanntwerden des Attentats eine entschiedene Verurteilung.

Die PLO habe immer solche Anschläge verurteilt, die zahlreiche unschuldige Opfer gefordert hätten. Die israelische Botschaft in Brüssel machte in einer Erklärung jedoch den palästinensischen Terrorismus für den Anschlag verantwortlich.

Mit Vorbehalt wurde das Telefonat eines anonymen Anrufers bei der belgischen Nachrichtenagentur Belga aufgenommen, der im Namen einer bisher in Belgien unbekanntem Organisation „Direkte Aktion — Sektion Belgien“ behauptete, das Attentat nicht aus rassistischen Gründen, sondern als Warnung an die Regierung begangen zu haben und mit weiteren Anschlägen drohte. Eine links-extreme Organisation mit dem Namen „Direkte Aktion“ war bisher nur in Frankreich aufgetaucht.

MADRID (dpa). Spaniens größte Oppositionspartei, die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), wird sich bei ihrem 29. Parteitag, der heute Mittwoch beginnt und bis Samstag dauern wird, auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten. Die Sozialisten hätten derzeit gute Chancen, Wahlen zu gewinnen. Allerdings finden Neuwahlen frühestens im kommenden Frühjahr, aller Voraussicht nach überhaupt erst nach Ablauf der laufenden Legislaturperiode 1983, statt.

Im Hinblick auf die instabile innenpolitische Lage in Spanien könnte allerdings eine sozialistische Regierungsbeteiligung auch schon früher, etwa durch eine Koalition mit der regierenden Zentrumunion (UCD) von Ministerpräsident Calvo Sotelo, Realität werden.

Nachdem sich der weithin beliebte und anerkannte Oppositionschef Felipe Gonzalez vor zwei Jahren bei einem Sonderparteitag

Parteitag der PSOE: Für Festigung der Demokratie

Spaniens SP bald in die Regierung?

der PSOE gegen seine Widersacher vom linken Parteiflügel durchsetzen konnte, sind die innerparteilichen Gegensätze so sehr zurückgegangen, daß beim bevorstehenden Parteikongreß in Ruhe an einem gemäßigten Partei- und Regierungsprogramm gearbeitet werden kann. Die Vertreter des linken Flügels bleiben dem Parteitag aus Protest fern, weil sie ihrer Meinung nach gegen die Übernahme der „Fellisten“ doch keine Chance haben.

Eine junge Partei

830 Delegierte, davon die Hälfte jünger als 35 Jahre, werden bei dem Parteitag die rund 100.000 Mitglieder der PSOE vertreten.

Beim 29. Parteitag der PSOE werden im Gegensatz zu den vorangegangenen Kongressen die ideologischen Diskussionen voraussichtlich wenig Raum einnehmen. Fragen der praktischen Poli-

tik, wie etwa künftige Koalitionsmöglichkeiten, werden demgegenüber im Vordergrund stehen.

Die vor vier Jahren zu Beginn der Demokratisierung Spaniens nach Jahrzehnten des Untergrundes radikal-sozialistisch orientierte PSOE hat sich in der Zwischenzeit zu einer Partei gemäßigter, fast „sozialdemokratischer“ Zuschnitts gewandelt. Sie würde nach den Worten von Vorstandsmitglied Mugica Herzog die auf kommunaler Ebene 1979 eingegangene Koalition mit der kommunisten keinesfalls auf nationaler Ebene wiederholen. Eher scheint sie zu einer Koalition mit dem progressiven Flügel der Zentrumunion bereit zu sein.

Konkrete Pläne

Mit konkreten Vorschlägen zur Bekämpfung von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, Verbesserung des Schul- und Ge-

sundheitswesens, Bremsung der ausufernden Autonomiebestrebungen und mit ihrem Widerstand gegen den geplanten NATO-Beitritt wollen die Sozialisten Bürgerrechte praktizieren, notwendige Reformen vertiefen und für breite Schichten wählbar werden.

Im Mittelpunkt ihres Programms steht weiterhin die Stabilisierung der spanischen Demokratie und der Kampf gegen die Putschgefahr. Vor allem müsse den Spaniern nach dem Schock des Staatsstreichversuchs vom 23. Februar wieder Vertrauen in das demokratische Regierungssystem eingeflößt werden. Dem entsprechend steuert die PSOE bereits seit langem einen von staatspolitischer Verantwortung geprägten vorsichtigen Oppositionskurs. Aus diesem Grund auch steht der Parteitag unter dem Motto „Wurzeln für die Demokratie“.

AZ Arbeiterzeitung

Zentralorgan der SPÖ
1050 Wien, Rechte Wienzeile 37
Telefon 55 56 16, Telefax 01/12553

EIGENTUMER: Sozialistische Partei Österreichs, 1014 Wien, Löwelstraße 16.
HERAUSGEBER: Albrecht K. Konecny, im Auftrag der Sozialistischen Partei Österreichs.
CHEFREDAKTÖR: Dr. Manfred Schuch
Stellvertreter: Herbert Löwy (Chef vom Dienst).
REDAKTION: Postanschrift 1061 Wien, Postfach 900; Telefon 55 56 16, an Sonntagen 55 43 04 (Chef vom Dienst), 55 43 17 (Chronik), 55 43 16 (Sport).
REGIONALREDAKTION WIEN: Otic Rahn; HD: E. Zlopfer, Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Helmut Dilé.
VERLEGER: Sozialistischer Verlag GmbH & Co. AG, 1050 Wien, Rechte Wienzeile Nr. 37, Verlagsleiter Albrecht K. Konecny.
ANZEIGEN: Anzeigenleiter und für den Anzeigentitel verantwortlich Dieter J. Parzer, Gültige Anzeigenverträge 25. Telefonisches Anzeigenservice 55 56 16 382. Einzelne Verordnungen sind im Teilteil mit „Anzeiger“, p. r. (Public Relations) oder - oekonomisch.
DRUCK: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H., 1066 Wien, Rechte Wienzeile 97 A.
VERTRIEB: 1110 Wien, Grillgasse 51, Telefon 74 19 01 bis 25. Postabonnements 52 54 26 und 52 55 01/Durchwahl 37 (Morawa & Co.).
PREIS: Die AZ erscheint an allen Werktagen. Einzelverkaufspreis: Monats 5,50,-, Quartals 15,-, Halbjahrs 30,-, Jahres 60,-. Postabonnements mit Zustahlung 716,-. Druckabonnements 710,-. Kontok. Bankk. 30-71 000-6.

TAGELATT FÜR ÖSTERREICH

AZ

Arbeiterzeitung
GEGRÜNDET 1919

S 5,-
Dinar 20
Lire 100

Donnerstag,
22. 10. 1981
Tel. 85 56 16, P. 1. 2.

Roulette: Spieler korrigierte Tisch

VELDEN (AZ). Zuerst wurde er von allen beneidet — bis dann die Polizei kam. Immer wieder setzte der Jugoslawe im Casino Velden auf die gleichen Zahlen, und jedesmal gewann er; insgesamt 2,5 Millionen Schilling. Der Grund für diesen „glorreichen“ Sieg: Die Roulettmaschine war manipuliert worden. Ein bisher unbekannter Täter — möglicherweise der Glücksspieler selbst, vielleicht aber auch ein Kasinoangestellter — hatte die Plomberung aufgebrochen und einige Stäbe gelockert. Der Jugoslawe befindet sich derzeit in Untersuchungshaft. (Siehe Seite 7.)

Überfall Mexiko Opernpassage

WIEN (AZ). „Ein besonders dreister Banküberfall: Mitten in der belebten Opernpassage (in der Wiener Innern Stadt) überfielen Mittwoch, knapp vor Geschäftsschluss, zwei bewaffnete Räuber einen Geldschalter der Volksbankfiliale im Reisebüro Austrobus: „Überfall! Geld her!“ Nachdem der Kassier den beiden Tätern einen größeren Geldbetrag ausgehändigt hatte, mischten sich die Räuber in die Menschenmenge und flüchteten. Schon wenige Minuten später wurde von den Kriminalbeamten des Wachzimmers Kärntnerorgasse eine Großfahndung eingeleitet.

in der AZ

Unser Mann berichtet aus Cancun

AZ-Redakteur Georg Hoffmann Ostendorf über die Chancen des Nord-Süd-Gipfels in Mexiko. (Ausführlicher Bericht auf Seite 3.)

Frauen besprühten Werbeplakate

Mit einer nächtlichen Schmieraktion protestierte die Aktion „Frauen gegen sexistische Werbung“ gegen neue Werbeplakate der Firma Palmers. (Seite 7.)

... und mit
SCENE

Wilde Verfolgungsjagd — Fünf Rechtsextremisten, vier Deutsche und ein Franzose, gestellt:

Feuergeschehen in München: Polizei erschoss zwei Neonazi

MÜNCHEN (dpa, reuter). Als großen Erfolg im Kampf gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus hat der bayerische Innenminister die Zerschlagung einer Gruppe von Neonazi in München bezeichnet, die offensichtlich einen Banküberfall zur Geldbeschaffung geplant hatte. Die fünf Rechtsextremisten lieferten der Polizei, als sie gestellt wurden, ein Feuergeschehen. Bei der Schießerei wurden zwei der Neonazi getötet und einer verletzt. Auf Seiten der Polizei gab es zwei Verletzte.

Nach mehreren Hinweisen hatten Zivilfahnder in der Nacht zum Mittwoch in einem stillen Wohnviertel das Auto des mutmaßlichen Rechtsextremisten gestellt. Die Männer, vier Deutsche und ein Franzose im Alter zwischen 18 und 28 Jahren, hatten vorher den Bundesvorsitzenden der rechtsextremistischen Organisation „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSB/D/PA), den 52-jährigen Friedhelm Busse, besucht (Die 1971 in Krefeld gegründete VSB und ihre Jugendorganisation „Junge Front“ hatten im deutschen Bundesgebiet in drei Landesverbänden etwa 90 Mitglieder, davon 40 in Bayern.)

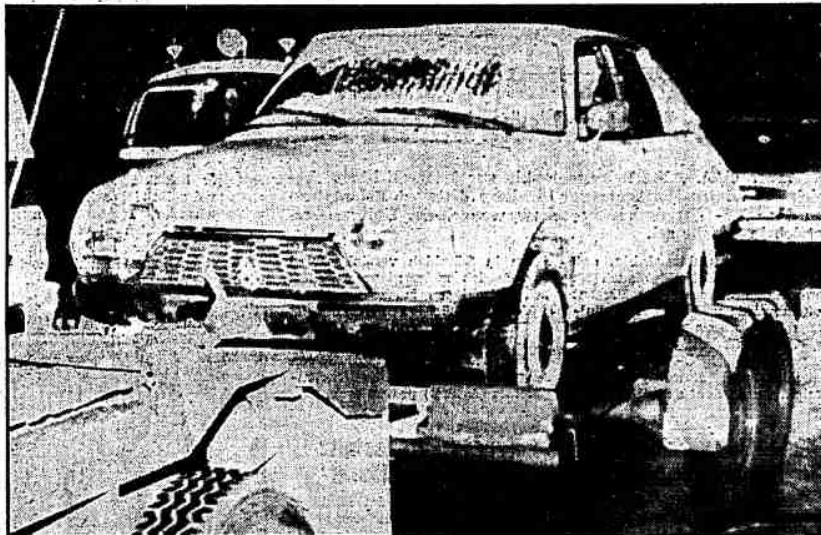
Die Polizei wartete, bis die Täter ihr Auto mit den „für die Aktion benötigten Gegenständen“ beladen hatten und abfahren. Nach etwa zwei Kilometer Fahrt wurde das in der Richtung zur Innenstadt Münchens brausende Auto zum

Anhalten gezwungen, berichtete Münchens Polizeichef Schreiber.

Als die Neonazi mit vorgehaltener Schusswaffe zum Aussteigen gezwungen wurden, gelang es einem von ihnen, eine Handgranate zu zünden. Die Detonation löste einen nur Sekunden dauernden Schusswechsel aus. Die Zahl der gefallenen Schüsse wurde noch nicht ermittelt.

Die fünf Rechtsextremisten waren unter anderem mit sieben Handgranaten, drei Maschinenpistolen, einem automatischen Sturmgewehr, einer Schrotflinte und einem Revolver bewaffnet. Außerdem wurden in der Garage von Busse elf Stangen Sprengstoff und Munition sichergestellt.

Die Männer hatten durch mehrmaliges Rammen des Polizeiautos versucht, zu entkommen. Ein Beamter erlitt einen Lungendurchschuß. (Siehe auch Seite 5.)



Das von Kugeln durchsiebte Auto der fünf Neonazi von München und die Waffen, die sie bei sich hatten



Regierung Papandreu wurde vereidigt

ATHEN (dpa). Die neue sozialistische Regierung Griechenlands unter dem 62-jährigen Sieger der Parlamentswahlen Papandreu wurde Mittwoch vereidigt. Papandreu ist gleichzeitig Verteidigungsminister. Außenminister ist Charalambopoulos, Kulturministerin die weltbekannte Filmschauspielerin Melina Mercouri.

Heute Nord-Süd-Gipfel in Cancun

CANCUN (reuter, afp). Das Gipfeltreffen von Staats- und Regierungschefs aus 22 Industrie- und Entwicklungsländern in dem mexikanischen Badeort Cancun wird von vielen Teilnehmern zu bilateralen Kontakten genutzt. US-Präsident Reagan trifft mit zwölf Staatsmännern zusammen. (Siehe auch Berichte auf Seite 3.)

Lösung für Bauernkasse

WIEN (AZ). Jetzt ist es doch noch zu einer Einigung um die Direktverrechnung in der Bauernkrankenkasse gekommen. Künftig wird der Versicherte nicht mehr beim Arzt bezahlen, sondern dieser schickt die Rechnung an die Bauernkasse, die nach Prüfung des Anspruchs den entsprechenden Betrag an die Bank des Versicherten schickt, wodurch die Abbuchung des gebührenden Restbetrages der Honorarnote aufgelöst und der Gesamtbetrag auf das Konto des Arztes überwiesen wird. Der Bundesvorsitzende der SPO-Bauern, Staatssekretär Schöber, und sein Stellvertreter, der SPO-Abgeordnete Pfeifer, begrüßten die Erleichterungen für die Bauern, bedauerten aber, daß es zu keiner einfachen, einheitlichen Regelung gekommen ist. Der ÖVP-Bauernbund reklamierte die Lösung für sich.

Manfred Scheuch Man spricht davon

Ober Geschmack läßt sich bekanntlich streiten. Wenn die „Wochenpresse“ in ihrer neuesten Ausgabe sich von Bundeskanzler Kreisky ein Interview über dessen jüngste Krankheit geben läßt und dann in langen Erwägungen seine

Geschmack

Aussage bezweifelt, daß es sich wirklich nur um eine verschleppte Erkältung gehandelt habe, ist das nicht gerade die feine englische Art, aber journalistisch noch legitim. In unserer freien Welt — das ist einer ihrer Vorzüge — brauchen Zeitungen nicht das zu glauben, was ihnen ein Politiker sagt; allerdings müssen sie damit auch in Kauf nehmen,

daß die Menschen selbst entscheiden, was sie in jedem konkreten Fall für glaubwürdiger halten: den Politiker oder den Journalisten.

Fragwürdig — allerdings wird es, wenn eine solche Geschichte mit einem Titelbild verkauft wird: das den interviewten Staatsmann gleich mit „seinem“ EKG zeigt. Da wir nicht annehmen, daß ein den Bundeskanzler behandelnder Arzt seine Schweigepflicht so brechen würde, daß er der „Wochenpresse“ die echte Herzstromkurve des Patienten zur Verfügung stellt, ist diese Aufzeichnung offenbar von irgendwem, also schlicht eine Manipulation. In Amerika müßten Zeitungen für so etwas viel Geld zahlen.

BAWAG-Ausstellung zum Weltpartag Porzellan aus der Zeit des Biedermeier

Kostbarkeiten der Wiener Manufaktur

Zentrale Wien 1, Seltzergasse 2-4 GEÖFFNET WÄHREND DER KASSASTUNDEN BIS 30. OKTOBER 1981 BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT



36 Stunden Verhandlungen über das künftige Nord-Süd-Verhältnis — Gipfel der Ersten und der Dritten Welt

Bringt Cancun Weg aus der Sackgasse?

AZ-REDAKTEUR GEORG HOFMANN-OSTENHOF BERICHTET AUS CUNCUN

CANCUN (AZ). Nicht nur Pelikane kreisen über den weißen Stränden des mexikanischen Badeortes Cancun. Tag und Nacht überfliegen Hubschrauber das moderne Tourismuszentrum Mexikos, das von heute an den Nord-Süd-Gipfel beherbergt. Und nicht nur zu Luft, auch zur See und zu Land wird alles gemacht, damit die 17 Staatschefs und fünf Außenminister nicht zu Schaden kommen. 450 mexikanische Marineinfanteristen sind hier konzentriert worden. Fünf bewaffnete Boote patrouillieren an der Küste.

Die Amerikaner haben zum Schutz ihres Präsidenten einige eigene Marines eingeflogen. Und das Gerücht geht auf der Insel um, daß amerikanische U-Boote nicht weit sind. „Die größten Sicherheitsanstrengungen, die Mexiko je machte“, diagnostiziert die hiesige Presse.

Und tatsächlich, das Ferienparadies macht den Eindruck einer Geisterstadt. Wo sich sonst Zehntausende Touristen in der Sonne aalen, Bars bevölkern und Souvenirs begutachten, verlaufen sich inzwischen die 2300 Journalisten, die aus der ganzen Welt angereist kamen, zwischen den leeren Hotels: die Touristen wurden „evaluiert“.

Frellich, bis zum Zentrum des Geschehens kann sich niemand verlaufen. Das Sheraton-Hotel, wo alle die Großen wohnen und in dessen Konferenzsaal über das jetzige und zukünftige Verhältnis zwischen der Ersten und der Dritten Welt verhandelt wird, ist hermetisch gegen journalistische Neugierde abgeriegelt. Auch sonst haben die mexikanischen Organisatoren für das leibliche Wohl der Staatsmänner gesorgt. Spezialisten aller medizinischen Sparten wurden eingeflogen. Ein Hubschrauber

für Notfälle steht bereit, und für jeden der hohen Herren liegen passende Blutkonserven im Kühlschrank.

Bedauern über Fehlen Kreiskys

Mittwochabend hiesiger Zeit war es soweit. Nachdem schon Dienstag die ersten Staatsmänner eingetroffen waren und Mittwoch den ganzen Tag über der Flughafen von Cancun kaum zur Ruhe kam — die Politiker wurden je nach Rang mit 19 bis 21 Salutschüssen begrüßt —, traf man sich um 21 Uhr zum ersten Mal. Daß — neben Helmut Schmidt, dem brasilianischen Staatschef und dem Präsidenten der Elfenbeinküste — auch Bundeskanzler Kreisky aus Gesundheitsgründen an der Konferenz nicht teilnehmen konnte, wird überall in der mexikanischen Öffentlichkeit, aber auch unter vielen Teilnehmern der Konferenz mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen.

Kreisky war mit dem mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo Initiator des Gipfels. Er war als Ko-Vorsitzender gemeinsam mit Portillo vorgesehen, und von ihm erhofften sich vor allem Länder der Dritten Welt, er werde



Da die Ärzte Kreisky die Reise verboten, vertritt Außenminister Pahr Österreich in Cancun. Bei der Ankunft begrüßt ihn Gouverneur Caldwell

Mittler zwischen ihren Aspirationen und den Vorstellungen der industrialisierten Welt, vor allem aber auch von Reagan, sein.

Habenichtse fordern Umverteilung

Daß Vermittlung vonnöten ist, scheint offensichtlich. Da prallen diametral entgegengesetzte Positionen aufeinander. Auf der einen Seite die Habenichtse dieser Welt, die Entwicklungsländer, die erkennen, daß sie einer Katastrophe zusteuern, wenn nicht ein neues Kapitel in der Geschichte der Beziehungen zur Ersten Welt aufgeschlagen wird. Sie fordern: eine planetarische Umverteilung. Dabei geht es nicht in erster Linie um Entwicklungshilfe. Denn daß das ein zweischneidiges Schwert ist, hat man schon erkannt: Immerhin sind von jedem Dollar, der etwa von den Vereinigten Staaten als Entwicklungshilfe gegeben wurde, 2,5 Dollar wieder als Exporterlös in die USA zurückgeflossen.

Es geht um mehr, um den Transfer von Technik und Know-how („Gewußt wie“), es geht um gerechtere Handels- und bessere Kreditbedingungen. Um eine neue Energiestrategie, um den Aufbau von Infrastrukturen und um die Sicherung der Währung. Und es geht vor allem darum, eine globale Lösung zu finden, die das jetzt herrschende ungerechte System, der Weltwirtschaftsordnung ersetzen soll.

Reagans Patentrezept

Als „Flirt mit der Phantasie“ bezeichnete hingegen Reagan kürzlich: all jene Vorstellungen, nach denen das jetzige wirt-

schaftliche System ungerecht sei. Von einem globalen Herangehen will der US-Präsident auch nichts wissen. In bilateralen Verhandlungen, in der Ablehnung aller nicht „machtkonformen Maßnahmen“ und in der Forcierung der privatwirtschaftlichen Initiative sieht der US-Präsident das Patentrezept für die unterentwickelten Länder.

Frellich, mit diesem „Entwicklungsmodell“ hat die Dritte Welt schon Erfahrung. Denn genau dieses Modell hat zu der katastrophalen Situation geführt, vor der wir stehen. Und aus Delegationen kreisen der armen Staaten kann man hören: „Das ist ja nur die Fortschreibung des jetzigen Zustands und soll den amerikanischen Firmen und den Multis ihre Gewinne sichern.“

Lernprozeß der Industriestaaten

Von Reagan, der gemeinsam mit Lopez Portillo im obersten Stock des „Sheraton“ untergebracht ist, wird es abhängen, ob die Gespräche überhaupt zu einem Ergebnis führen werden.

Der Großteil der Industriestaaten unterstützt mehr oder minder die Aspirationen der Dritten Welt. Vor allem die Konzeption, daß es zu globalen Verhandlungen und Lösungen kommen müsse. Da hat ein Lernprozeß stattgefunden: Eine weitere Verschlechterung der Situation der Entwicklungsländer könnte die ja sowieso engen Märkte noch weiter schrumpfen lassen; die mögliche Zahlungsunfähigkeit von Schuldnerländern könnte das Weltfinanzsystem zusammenbrechen lassen, wie damals im neunundzwanziger Jahr.

All diese Ängste haben bei vielen, vor allem in Europa, zu klaren Erkenntnissen geführt, daß ein neues Weltkrisenmanagement immer dringender wird. Mit Interesse erwartet man die Haltung von Frau Thatcher, die bis jetzt in Nord-Süd-Fragen noch jedesmal mit Reagan ging. Man ist gespannt auf das Auftreten Mitterrands, und Ungewißheit besteht darüber, wie sich die Vertreter der Oststaaten, Saudiarabien, Nigeria und Venezuela, verhalten werden.

Eine Denkschrift Kreiskys

Bundeskanzler Kreisky wird in Abwesenheit mit einer Denkschrift, die an die Teilnehmer der Konferenz verteilt wird, seine konkrete Version des „Wegs aus der Sackgasse“ präsentieren: Eine Art Marshallplan für die Dritte Welt. In den nächsten 15 Jahren sollen von den Oststaaten und den Industriestaaten etwa 100 Milliarden Dollar Kredite und 100 Milliarden Dollar in Form von Geschenken den armen Ländern für konkrete Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung gestellt werden.

Wie der Marshallplan im Nachkriegs Europa zum Wiederaufbau geführt hat und dem Geberland gleichzeitig wirtschaftlich günstige Bedingungen für Investitionen und Handel gebracht hat, so soll etwas Ähnliches jetzt für die Dritte Welt gemacht werden. Außenminister Pahr, der statt Kreisky an dem Gipfel teilnimmt, wird auch in diese Richtung argumentieren.

Wird der Gipfel in Cancun ein Erfolg? Viele meinen, er sei schon vor dem Beginn und ganz egal, wie er ausgeht, ein Erfolg. Weil allein schon das Faktum, daß die Staatsmänner so unterschiedlicher Länder, wie des bitterarmen Bangla Desch und der USA, wie Jugoslawiens und Großbritanniens, Saudiarabiens und Tansanias, zusammen an einem Tisch sitzen und über das Nord-Süd-Problem verhandeln, eine Sensation ist.

Keiner glaubt wirklich, daß bei dieser Konferenz direkt viel verändert werden kann. Der „Economist“ fragt ironisch: „Gott hat in sechs Tagen die Welt erschaffen, wie soll nun hier in Cancun in 36 Stunden die Welt verändert werden?“ Was ein Fehlschlag dieses Gipfels wäre, ist jedoch allen klar. Das wäre dann, wenn man hier auf der mexikanischen Insel auseinandergehen sollte und die Monsterveranstaltung ein Intermezzo bliebe, ohne die Türen für globale Lösungen dieses Problems des Überlebens der Menschheit auch nur ein bißchen geöffnet zu haben.

Sicher, auf Konferenzen werden bestehende internationale Kräftekonstellationen, hinter denen ja ganz handfeste Interessen stehen, nicht wirklich verändert. Das geht anders vor sich. Aber Welchen können heute und morgen im Hotel mit dem Blick auf die Karibische See gestellt werden.

Brandt: USA mußten wegen Cancun einiges hinzulernen

BONN (dpa). Vorsichtig positiv hat SI-Präsident, SPD-Vorsitzender und Leiter der unabhängigen Nord-Süd-Kommission Willy Brandt die Aussichten beurteilt, daß sich Washington — trotz seiner Forderungen nach mehr „eigenen Anstrengungen“ der Dritten Welt und verstärkten privaten Entwicklungsleistungen — auch an den internationalen Bemühungen zur Überwindung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern beteiligt.

Er sehe, daß sich in der Nord-Süd-Politik der USA etwas entwickle, sagte Brandt in Bonn in einem Interview der westdeutschen Nachrichtenagentur DPA.

Ohne den Gipfel von Cancun wären in Washington manche Schwerpunkte anders gesetzt worden. Man könne sogar sagen, daß die Berater, die Präsident Reagan zunächst von der Teilnahme abgeraten hätten, „hinzulernen“ mußten. „Auch der mächtigste Staat der Welt ist nicht ganz unabhängig davon,

was andere ihm raten“, erklärte Brandt unter Hinweis darauf, daß die Staatsführer von Mexiko und Kanada den US-Präsidenten zur Reise nach Cancun überredet hätten.

Der frühere westdeutsche Bundeskanzler zeigte sich zuversichtlich, daß sich bei dem bevorstehenden „Nord-Süd-Gipfel“ im mexikanischen Cancun ein paar positive Ansätze zeigen oder Impulse ausgehen können, um die Lage in den Entwicklungsländern zu verbessern.

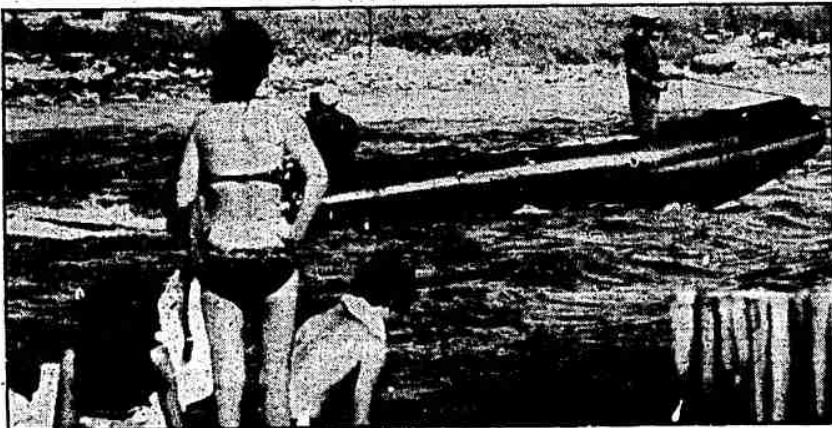


Photo: ap

Scharf bewacht wird der Nord-Süd-Gipfel in dem mexikanischen Badeort. Soldaten auf Bootspatrouille

Nord-Süd-Gefälle in Zahlen: Schweden 133mal Bangla Desch

CANCUN (ap). Das starke Nord-Süd-Gefälle zwischen den reichen Industrie- und armen Entwicklungsländern, die bei der Donnerstag in Cancun in Mexiko beginnenden Gipfelkonferenz vertreten sind, wird in einer Aufstellung des jeweiligen Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung deutlich. Die Liste entstammt einer Statistik der Weltbank von 1979.

	Dollar		Dollar
1. Schweden	11.930	12. Brasilien	1.780
2. BRD	11.730	13. Mexiko	1.640
3. USA	10.630	14. Algerien	1.590
4. Frankreich	9.950	15. Elfenbeinküste	1.040
5. Kanada	9.640	16. Nigeria	670
6. Japan	8.810	17. Philippinen	600
7. Österreich	8.630	18. Guyana	600
8. Saudiarabien	7.280	19. Tansania	260
9. Großbritannien	6.320	20. China	260
10. Venezuela	3.120	21. Indien	190
11. Jugoslawien	2.430	22. Bangla Desch	90

TAGBLATT FÜR ÖSTERREICH

AZ

Arbeiterzeitung
GEGRÜNDET 1947 Nr. 246
 S. 6.—
 Diner 25
 Lire 800
 Freitag,
 23. 10. 1981
 Tel. 85 54 16. P. b. h.

Wintereinbruch mit Verkehrschaos

WIEN, INNSBRUCK (AZ). Mit voller Wucht ist Donnerstag der Winter über Westösterreich hereingebrochen. Es gab Schneemengen bis zu 30 Zentimetern, auf den Straßen herrschte teilweise das Chaos. Die Brennerstraßen waren gesperrt.

Autofahrer, die in Tirol, Salzburg oder Oberösterreich Donnerstag früh zur Arbeit fahren wollten, trauten ihren Augen nicht: Die fahrbaren Untersätze mußten teilweise erst ausgeschauelt werden. Auf den Brennerstraßen der Inntalautobahn und anderen Bergstraßen blieben reihenweise Lkw ohne Winterausrüstung hängen, (Seite 9.)

DEUTSCHER BUNDESTAG
 Wissenschaftliche Abteilung
 PRESKODOKUMENTATION

Flugverbot für SAAB

WIEN (AZ). Acht der vierzig SAAB-105-O-Düsenjäger des österreichischen Bundesheeres mußten abstürzen, bis man aus den Unglücksfällen die Konsequenzen zog: Über alle Flugzeuge dieses Typs wurde ein vorübergehendes Flugverbot verhängt. Die Maschinen sollen einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden, um etwaige technische Mängel aufzuspüren. Am 27. Oktober wird im Bundesministerium für Landesverteidigung das weitere Schicksal der SAAB diskutiert.

mit AZ THE MA

Die Protestanten

Zum 200. Jahrestag des Tolerationpatentes berichtet „AZ-Theme“ über die Reformation in Österreich, die Wiedertäufer, die Austreibung der Protestanten aus Salzburg, die Lage unter Dollfuß und Hitler und die „Mustergemeinde“ Siget.

Sechs Rapidier im Teamkader

Sechs Rapidier, überraschend auch Steinbauer, sind im Fußballteamkader, der für das Trainingspiel am Dienstag gegen Nitra genannt wurde. (Seite 7.)

Zwölf Jahre Haft für Franz Lagor

Die Fakten waren eindeutig, das Gericht verzichtete auf die Einvernahme weiterer Zeugen und urteilte rasch: Franz Lagor, „Staatsfeind Nummer 1“, muß für 12 Jahre hinter Gitter. (Seite 9.)

Großer Tag Österreichs in Cancun — Botschaft des Bundeskanzlers an Konferenz

„Marshallplan“ Kreiskys: Sofortaktion für Dritte Welt

CANCUN (AZ, apa, afp). In einer Botschaft an die Teilnehmer der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancun (Mexiko), die von Außenminister Pahr verlesen wurde, sprach sich Bundeskanzler Kreisky nachdrücklich für ein sofortiges Aktionsprogramm aus, das ähnlich wie der Plan des US-Außenministers Marshall beim europäischen Wiederaufbau vor allem den ärmsten Ländern zugute kommen sollte. Dieser „Marshallplan“ Kreiskys war in Cancun in aller Munde.

Die offizielle Eröffnung der Konferenz durch den mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo, der sie gemeinsam mit Bundeskanzler Kreisky einberufen hatte, erfolgte Donnerstag um 10 Uhr Ortszeit (17 Uhr MEZ). An dem Gipfeltreffen nehmen zehn Präsidenten, sieben Ministerpräsidenten und fünf Außenminister teil. Die Außenminister, darunter auch Pahr aus Österreich und Genscher aus der BRD, vertreten ihre aus Gesundheitsgründen verhinderten Staatschefs oder Regierungschefs.

Insgesamt sind 22 Industrie- und Entwicklungsländer vertreten: Algerien, Bangla Desch, Brasilien, BRD, China, Elfenbeinküste, Frankreich (Mitterrand), Großbritannien (Thatcher), Guyana, Indien (Indira Gandhi), Japan, Jugoslawien, Kanada (Trudeau), Mexiko, Nigeria, Österreich, Philippinen, Saudiarabien, Schweden, Tansania, USA (Reagan) und Venezuela. Sie vertreten zwei Milliarden Arme und 560 Millionen wohlhabende Menschen.

Der österreichische Vorschlag, der von Staatssekretär Nußbauer präsentiert wurde, sieht vor, daß den Ländern der Dritten Welt in einem Zeitraum von 15 Jahren von den Industriestaaten und den OPEC-Ländern 200 Milliarden Dollar zur Verbesserung ihrer Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Basissektoren zur Verfügung gestellt werden. Der Betrag soll je zur Hälfte in Form von Schenkungen durch die Industrieländer und von günstigen Krediten, unter Beteiligung der erdölproduzierenden Länder, aufgebracht werden. Kreisky forderte rasches und konzentriertes Handeln. (Siehe ausführliche Berichte auf Seite 3.)



Eines der zahlreichen bilateralen Gespräche am Rande von Cancun: Reagan und Premier Zhao Ziyang

Friedhelm Busse kam auch gern nach Österreich

Neonazichef hatte Einreiseverbot

WIEN, MÜNCHEN (apa, AZ). Der Chef der neonazistischen „Volkssozialistischen Bewegung“, Friedhelm Busse, dessen Organisation in München in ein Feuergefecht mit der Polizei verwickelt war, hatte ebenso wie die beiden bei der Schießerei getöteten Rechtsextremisten Aufenthalts-

verbot in Österreich. Das Aufenthaltsverbot für den 52-jährigen Busse war verhängt worden, nachdem er am Geburtstag Hitlers am 20. April 1978 vor dessen Geburtshaus in Braunau am Inn demonstriert hatte.

Die Bundesleitung der NDP drohte Donnerstag jeder Zeitung

eine Entgegnung an, die behauptet, daß Busse am 11. April trotz des Einreiseverbots einreisen wollte, um auf Einladung von NDP-Chef Burger als Ehrengast am Bundesparteitag der NDP teilzunehmen. Die NDP bestreitet auch jeden Kontakt mit der Volkssozialistischen Bewegung (Seiten 2 und 3).

Manfred Scheuch: Man spricht davon

Nicht einmal 24 Stunden waren verstrichen zwischen dem auch im Fernsehen groß herausgestellten Eintreten des Ex-ÖVP-Obmanns Dr. Taus für eine Zusammenarbeit der beiden großen Parteien im Interesse der Verstaatlichten — was von manchen Kommentatoren sogleich als eine Art **Mitverantwortung** interpretiert wurde — und der Dringlichen Anfrage der Volkspartei im Bundesrat, wo man vom Bundeskanzler Auskunft über die „dramatische Lage in der Verstaatlichten“ heischte. Der Eindruck drängt sich auf, daß es der ÖVP wieder einmal — entgegen allen Lippenbekenntnissen — nur darum geht, die sozialistische Regierung vor der Öffentlichkeit — schuldig werden zu lassen. Das ist für den Start einer Zusammenarbeit ein denkbar schlechtes Vorzeichen. Es wurde auch nicht besser durch die Beteuerungen des ÖVP-Obmanns Mock, daß die Taus-Aussagen zur Verstaatlichten einen „Kern der ÖVP-Vorstellungen“ umreißen und sein Kommentar „immerhin Gewicht“ habe: Nach wirklicher Tüchtelung zwischen dem Obmann und seinem Vorgänger klang dies nicht.

Eines sollte jedenfalls auch den VP-Verantwortlichen einleuchten: daß das (realitätswidrige) Gerede von einer katastrophalen Situation der Verstaatlichten dieser nur Schaden kann. Mitverantwortung? Mit Schwarzmalerei und Panikmache läßt man eine solche auch auf sich: Aber sie bekäme dadurch rein negative Vorzeichen.

Lohnrunde für Metallarbeiter Einigung oder Kampfmaßnahmen

WIEN (AZ). Donnerstag trafen Vertreter der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und der Arbeitgeberseite zur vierten Verhandlungsrunde über die Löhne der Arbeiter in der Metallindustrie zusammen. Von dem Ergebnis dieser Lohnrunde wird es abhängen, ob es zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen kommt oder nicht.

Wie die AZ berichtete, lautet das für die Gewerkschafter unannehmbare Angebot der Unternehmenseite auf eine Erhöhung der Ist-Löhne um 5,2 Prozent und der kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 7,2 Prozent, die am 1. Dezember in Kraft treten sollte.

Demgegenüber fordert die Gewerkschaft eine siebenprozentige Steigerung der Ist-Löhne und eine neunprozentige Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne per 1. Oktober.

Die Verhandlungen dauerten bei Redaktionsschluß noch an.

Testwahl in London

LONDON (dpa). Im Bezirk Croydon-Nordwest in London fand Donnerstag eine Nachwahl zum Unterhaus statt, die von allen Parteien als wichtiges Stimmungsbarmeter für das politische Klima Großbritanniens gewertet wird. Letzte Meinungsumfragen sagten einen Sieg der wenige Wochen alten sozialliberalen Allianz voraus; die bisher in dem Bezirk dominierenden Konservativen auf Platz 2 verdrängen würde.

und wieder BAWAG im KONSUM

HALLEIN, Mauttorpromenade 1, Tel. (06245) 28 11

Am Freitag, dem 23. Oktober 1981 von 15.30 — 17.00 spielt die BERGNAPPENKAPELLE HALLEIN

FEIERN SIE MIT UNS
 ... und holen Sie sich ein kleines Geschenk

Teilnehmer des Nord-Süd-Gipfels von Cancun erhielten einen Brief des österreichischen Bundeskanzlers über sein Projekt

Kreiskys Marshallplan in aller Munde

AZ-REDAKTEUR GEORG HOFMANN-OSTENHOF BERICHTET AUS CANCUN

CANCUN (AZ). Der Vorschlag Bundeskanzler Kreiskys für eine Art Marshallplan für die Dritte Welt hat hier in Cancun eingeschlagen. Noch bevor die Botschaft Kreiskys, des Kovaters der Nord-Süd-Gipfelkonferenz im mexikanischen Badeort, in Details bekannt wurde, war er in aller Munde. Seit Donnerstag halten nun alle Teilnehmer den Brief Kreiskys plus Anhang in Händen. Das Modell ist zweifellos bestechend. Die historische Parallele wird von allen verstanden.

So wie die Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg durch massive Bereitstellung von Geldern den raschen Wiederaufbau Westeuropas möglich machten, so soll heute von der industrialisierten Welt gegenüber dem Süden ein „Sofortprogramm aufgestellt werden“, das helfen soll, „durch massive Investitionen die Verwendung der eigenen Kräfte zu verbessern“. Diese so möglichen Investitionen in Infrastruktur wie Transportwesen, Fernmeldewesen, Erziehung usw. würde einerseits den Ländern Voraussetzungen für ihre Entwicklung geben, aber andererseits der industrialisierten Welt neue und bessere Voraussetzungen für Handel und Investitionen in der Dritten Welt schaffen.

Selbsthilfe durch Hilfe

Schon Tage vor der Konferenz, nachdem der österreichische Botschafter in Mexiko, Missong, angekündigt hatte, daß diese Idee von Österreich eingebracht würde, griff die mexikanische Presse die österreichische Initiative auf. In Leitartikeln und Kommentaren wurde dieses Projekt als Ausweg aus der immer bedrohlicher werdenden Situation der Entwicklungsländer angepriesen. Wenn die englischsprachige mexikanische Zeitung „The News“ ihren Leitartikel mit der Frage schließt: „Ist es nicht Zeit, die Selbsthilfe durch Hilfe anderer im großen Rahmen anzugehen, jene Idee, die der US-General George Marshall im Auge hatte?“, so ist das nur ein Beispiel für viele Stimmen in der mexika-

nischen Öffentlichkeit.

Mittwoch gab es keine Pressekonferenz, bei der nicht der Marshallplan für die Dritte Welt ein Schwerpunkt der Journalistenfragen war. Die meisten Gipfelteilnehmer, wie der britische Außenminister Carrington und sein mexikanischer Kollege Castaneda, wollten noch nicht dazu Stellung nehmen, da sie den Text Kreiskys plus der Konkretisierung in einem Anhang zum Brief noch nicht kennen. Für die Journalisten, die nach Informationen hungerten, war der österreichische Vorschlag das Konkreteste und Interessanteste, was sie bis dahin gehört hatten.

Haig ablehnend

Außenminister Haig freilich war da schon viel definitiver, und zwar im Sinn einer Ablehnung. Die Bedingungen damals zur Zeit des europäischen Wiederaufbaus seien anders gewesen; als heute: „Ich würde unser Herangehen nicht Marshallplan nennen. Wir bevorzugen Flexibilität beim Angehen der Probleme. Unsere erste Blickrichtung ist der private Sektor, private Investitionen und Verstärkung des Handels.“ Und etwas später: „Transfer von Ressourcen (Übertragung von Naturschätzen), da sind wir dagegen.“ Von Umverteilung halte er nichts. „Daß Kreiskys vorgeschlagenes Projekt das Herz der Cancun-Diskussion trifft, ist klar. Einerseits entspricht es den Aspirationen vieler Länder der Dritten Welt, die einen Ressourcen-Transfer von den Reichen zu den Armen anstreben;



Mexikos Staatsobershaupt Lopez Portillo begrüßt US-Präsident Reagan

und die im österreichischen Plan vorgesehenen 200 Milliarden Dollar in Form von Geschenken und Krediten sind zweifelsohne so ein Ressourcetransfer.

„Handel, nicht Hilfe“

Gleichzeitig aber knüpft Kreisky damit auch an die amerikanische Tradition und Geschichte an. Trotz dieser Reverenz vor Washington stößt das bei Reagan und Haig offensichtlich nicht auf viel Gegenliebe. Ein Marshallplan für die Dritte Welt paßt halt so gar nicht in das von Reagan und Haig propagierte Konzept mit dem „neoliberalen“ Motto „traid not aid“ (Handel nicht Hilfe) und den natürlichen und wundersamen Hel-

lungskräfte des freien Spiels der Weltmarktkräfte.

Dementsprechend treten die USA gegen sogenannte globale Verhandlungen des Nord-Süd-Problems auf. Sie favorisieren einerseits bilaterale Verhandlungen, andererseits wollen sie, wenn schon Institutionen, nur die vorhandenen Organisationen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds einbeziehen. Alles Organisationen, in denen die USA durch ihre starke finanzielle Beteiligung das Sagen haben und ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen für Kreditvergabe blöndend gemacht werden können. Demgegenüber stehen die meisten Länder der Dritten Welt. Sie wollen, daß die Nord-Süd-Fragen in

der UNO-Vollversammlung behandelt werden sollen, wo die armen Länder mehr Gewicht haben, als etwa im Internationalen Währungsfonds. Die striktesten Vertreter dieser Position, die Algerier, sagen es hier in Cancun ganz deutlich. Für sie ist die Konferenz gescheitert, wenn sie nicht einen globalen Verhandlungsprozeß im Rahmen der UNO in Gang setzt.

Interessanterweise hat sich England in dieser Frage von der amerikanischen Position entfernt. Lord Carrington hat bei der Pressekonferenz vom Mittwochabend klar gesagt: „Das sind globale Probleme, und als solche sollten sie im Rahmen der UNO gelöst werden.“ Frau Thatcher war bis jetzt fast in allen Fragen auf derselben Linie wie Reagan geblieben.

Zahlreiche bilaterale Gespräche

Seit Mittwoch ellen Delegationsmitglieder und Sendboten von Stock zu Stock des Sheraton-Hotels, um für die ganze Zeit in Cancun zahlreiche bilaterale Gespräche zwischen Staatschefs zu arrangieren. So lernte Reagan schon Mittwoch, unter vielen anderen, Indra Gandhi und den chinesischen Premier Zhao Ziyang kennen. Donnerstag, knapp vor dem offiziellen Beginn der Gespräche, traf etwa Außenminister Pahr mit US-Präsident Reagan zusammen, nachdem er schon Mittwoch mit UNO-Generalsekretär Waldheim und dem mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo gesprochen hatte.

Wie gesagt, „Fraktionen“ sind nicht fixiert, Tendenzen aber absehbar. Endgültige Gewißheit über den Ausgang dieser historischen Konferenz wird man aber erst Freitagabend haben.

Wegen der umfangreichen Cancun-Berichterstattung können wir die Jugend-Serie erst Samstag beginnen. Wir bitten unsere Leser um Verständnis.

Die von Pahr in Cancun verlesene Botschaft Kreiskys

Für ein sofortiges Aktionsprogramm

CANCUN (apa). Frieden und Sicherheit in unserer Welt sind nach Ansicht von Bundeskanzler Kreisky zunehmend gefährdet, falls es nicht gelingt, die immer schwieriger werdenden Probleme der Entwicklungsländer zu lösen. In einer von Außenminister Pahr verlesenen Botschaft Kreiskys an die Teilnehmer des Nord-Süd-Gipfels im mexikanischen Cancun erklärte der Bundeskanzler, die Probleme der Entwicklungsländer, Hunger, Unterernährung, Armut, Zahlungsbilanzprobleme, Verschuldung, die Verschlechterung der „Terms of Trade“ (Handelsbedingungen), würden durch Rezession, Arbeitslosigkeit und steigende Inflation in den Industrieländern verstärkt.

Trotz eines zunehmenden Bewußtseins für diese Fragen sei der Nord-Süd-Dialog in den letzten Jahren praktisch zum Stillstand gekommen.

Die Arbeit und der Bericht der Brandt-Kommission hätten neue Perspektiven aufgezeigt und in letzter Konsequenz Präsident Lopez Portillo und ihn, Kreisky, dazu motiviert, dieses Gipfeltreffen vorzuschlagen. Die Probleme seien vielfältig und komplex, und auch die Idee globaler Verhandlungen selbst spiegle die Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Staaten wie ihrer Probleme wider. Eine Lösung könne nur durch eine integrierte, globale Denkungsweise erzielt werden. Es sei die Aufgabe des Gipfeltreffens, den politischen Anstoß zu geben, die bestehenden internationalen Einrichtungen zu aktivieren. Kreisky sprach sich ausdrücklich gegen die Schaffung neuer Institutionen aus.

Trotz der Probleme, die das Konzept globaler Verhandlungen in den Vereinten Nationen aufwerfe, sei es allgemein anerkannt, daß angesichts der Interdependenz der Probleme auch alle Lösungsversuche miteinander in Bezug

stehen müßten. Das schließe selbstverständlich getrennte Beratungen über Fragen besonderer Dringlichkeit nicht aus. Es müßten in enger Zusammenarbeit mit den bestehenden Einrichtungen und den Organisationen, die sich mit Entwicklungsfragen beschäftigen, Umfang, Prioritäten und Arbeitsmethoden festgelegt werden.

Wenn sich alle in Cancun auf diese Vorgangsweise einigen könnten, würde, so meint Kreisky weiter, ein Vorschlag des Gipfeltreffens an die UNO, in diesem Sinn zu arbeiten, die Überwindung des derzeitigen Stillstands und den Beginn eines neuen Kapitels in den Nord-Süd-Beziehungen ermöglichen. Seiner Überzeugung nach sei rasches und konzentriertes Handeln zur Sicherung der Lebensmittelvesorgung, der Verbesserung des Welthandels, der Stärkung der Finanzkraft und zur Sicherung der Energieversorgung, vor allem im Interesse der Entwicklungsländer, dringend notwendig und auch möglich.

Parallel zu den sicherlich komplizierten Verhandlungen sprach sich Kreisky nachdrücklich für ein sofortiges Aktionsprogramm aus, das — gestützt auf die Er-



Für rasches Handeln: Kreisky

fahrungen des europäischen Wiederaufbaus mittels Marshallplans — vor allem den ärmsten Ländern zugute kommen sollte. Kern dieses Programms sind massive Investitionen, durch die die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden sollen, ihre Ressourcen (Naturschätze) zu nutzen. Die Investitionen sollen vor allem zum Ausbau der Infrastruktur, also Transport, Fernmeldewesen, aber auch Ausbildung, verwendet werden.

Kreisky führte abschließend aus, daß er um die großen Schwierigkeiten wisse, die der Verwirklichung dieser und anderer Vorschläge entgegenstehen. Dennoch glaube er, daß gerade das Treffen von Cancun so etwas wie eine Wasserscheide in der Geschichte der Nord-Süd-Beziehungen darstellen könne.

So soll der Marshallplan für Dritte Welt funktionieren

WIEN, CANCUN (apa). Den Ländern der Dritten Welt sollen in einem Zeitraum von 15 Jahren von den Industriestaaten und den OPEC-Ländern 200 Milliarden Dollar zur Verbesserung ihrer Infrastruktur und ihrer wirtschaftlichen Basissektoren zur Verfügung gestellt werden. Dieser Betrag soll je zur Hälfte in Form von Schenkungen durch die Industrieländer und von günstigen Krediten unter Beteiligung der erdölproduzierenden Länder aufgebracht werden. Prinzipiell wird festgestellt: Den Entwicklungsländern soll geholfen werden, sich selbst zu helfen. Dies sind die Kernpunkte des österreichischen Vorschlags, der auf dem Nord-Süd-Gipfel in Cancun von Staatssekretär Professor Adolf Nußbaumer präsentiert wurde.

Ziel des Programms ist die Finanzierung und Durchführung von Großprojekten, insbesondere auf den Gebieten des Transport- und Kommunikationswesens, der Energieversorgung, der Bewässerung und Landwirtschaft, doch sollen auch Investitionen in Industrie und Bergbau gefördert werden. Diese Projekte sollen die Beschäftigung und Versorgungsanlage in den Entwicklungsländern nachhaltig verbessern.

Als weiteres Ziel wird die Erweiterung des Handels zwischen allen beteiligten Ländern bezeichnet. Die an dem Programm teilnehmenden Staaten sollten sich daher insbesondere zu einem Abbau der Zollschranken gegenüber jenen Produkten der Entwicklungsländer verpflichten, die durch das Programm exportfähig werden.

Nach den Vorstellungen des Programms sollte für die Verwaltung der Mittel kein zentra-

ler Fonds geschaffen werden. Vielmehr sollten die finanzierenden Länder und Stellen ihre Beiträge direkt für konkrete Projekte ihrer Wahl widmen. Auch lokale Kosten sollten teilweise die Hartwahrung finanziert werden. Schenkungen und Kredite sollten in den Empfängerländern zur Bildung von Counterpart-Funds (Fonds aus Verkaufserlösen) Anlaß geben, aus denen Kosten im Inland finanziert werden könnten. Für die Aufbringung der Mittel durch die Industrieländer wären Quoten entsprechend der Aufteilung der OECD-Mitgliedsbeiträge festzulegen.

Das Gesamtprogramm sollte von einem Board (Aufsichtsrat), dem die Projektauswahl obliegen würde, geleitet werden. Bei der Verwirklichung des Programms oder der einzelnen konkreten Programme sollten auch die stärker industrialisierten Entwicklungsländer eingeschaltet werden.